

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans Raupach
Der Zusammenbruch
des deutschen Ostens

Josef Henke
Flucht und Vertreibung
der Deutschen aus ihrer
Heimat 1944–1947

Falk Wiesemann
Flüchtlingspolitik
und Flüchtlingsintegration
in Westdeutschland

ISSN 0479-611 X

B 23/85
8. Juni 1985

Hans Raupach, Dr. iur. habil., geb. 1903, o. em. Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas an der Universität München, Direktor des Ost-Europa-Instituts München 1962—1975.

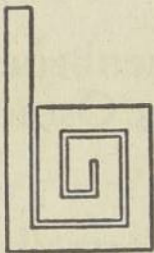
Veröffentlichungen u. a.: Der tschechische Frühnationalismus, 1938 u. 1967; Geschichte der Sowjetwirtschaft, 1964; System der Sowjetwirtschaft, 1965; Wirtschaft und Politik in Osteuropa. Aufsätze und Vorträge, 1968; Wirtschaft und Gesellschaft Sowjetrußlands 1917—1977, 1977; Das wahre Bildnis des Joh. Seb. Bach, 1984.

Josef Henke, Dr. phil., geb. 1944 in Erwitte/Westf.; Studium der Geschichte und Romanistik in Münster, Nancy und Freiburg; Archivoberrat im Bundesarchiv in Koblenz, Referatsleiter für Parteienschriftgut (insbes. NSDAP), Unterlagen aus alliierten Kriegsverbrecherprozessen und Sammlungen der „Ost-Dokumentation“ zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen.

Veröffentlichungen u. a.: England in Hitlers politischem Kalkül, Boppard 1973; (Bearb. zus. mit G. Granier und K. Oldenhage), Das Bundesarchiv und seine Bestände, Boppard 1977; (zus. mit J. Dülffer und J. Thies), Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln-Wien 1978; Economic Reconstruction in Europe. The Reintegration of Western Germany. Report on the relevant historical material in the Bundesarchiv, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 137 (1981); Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982); Verführung durch Normalität — Verfolgung durch Terror. Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/84.

Falk Wiesemann, Dr. phil., geb. 1944 in Fürstenfeldbruck; Studium der Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politik an der Universität München; 1975—1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München; seitdem Akademischer Rat am Historischen Seminar der Universität Düsseldorf.

Veröffentlichungen u. a.: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33, Berlin 1974; Mitherausgeber von: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, München 1977; Mitherausgeber von: Die jüdischen Gemeinden in Bayern, München 1979; Mitverfasser von: Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der britischen Besatzungszone, in: D. Petzina/W. Euchner (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945—1949, Düsseldorf 1984; Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen, in: W. Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt 1985; Herausgeber von: Zur Geschichte und Kultur der Juden im Rheinland, Düsseldorf 1985.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Zusammenbruch des deutschen Ostens

„Niemand (ist) im geringsten von der Sicherung unserer Zustände überzeugt; das Eroberte kann wieder verloren gehen. Bayern kann sich wieder ganz auf eigene Füße stellen, die Rheinprovinz geht flöten, Ost- und Westpreußen auch, und ein Polenreich (was ich über kurz oder lang für wahrscheinlich halte) entsteht aufs neue ... das sind Dinge ... die auch fast in jedes Deutschen Vorstellung als eine Möglichkeit leben.“

Theodor Fontane, Brief vom 5. August 1893. Aus: Briefe in zwei Bänden, Berlin-Weimar 1980, Bd. II, S. 297.

Die deutsche Katastrophe heißt Verlust etwa eines Viertels des Volksbodens, Flucht, Vertreibung, auch Tötung von 12 Millionen Menschen, allmähliche Assimilierung da und dort verbliebener Reste. Berlin, die nördliche Metropole ¹⁾ der Deutschen, liegt heute nach dem Verlust der Ostprovinzen, der Quellen seiner geschichtlichen Existenz und Lebenskraft, am Ostrand der politisch geteilten Nation.

Ein Vorgang von solcher Dimension und Tragweite ist mit vereinfachenden Begriffen der Historie nicht zu fassen und unfassbar auch für das Geschichtsbewußtsein des einzelnen; bedarf es doch schon einer Gedankenmühe, sich nur vorzustellen, daß mit der Verdrängung der Deutschen aus dem Osten eine weltgeschichtliche Wende von millenärer Bedeutung sich vollzogen hat. Wie ein Schiebewegicht zwischen der atlantischen und eurasischen Macht ist ein Viertel der deutschen Nation zurückversetzt worden, fast bis in ihre Ausgangsstellung zu Beginn der Ostsiedlung im Hoch-Mittelalter. Seither stehen sich die beiden Supermächte an der Elbe unmittelbar gegenüber, und wir leben gleichsam auf einer Erdbebenspalte der Weltpolitik.

Zahlen geflüchteter und ausgesiedelter Menschen und Quadratkilometer aufgegebenen Siedlungsräume reichen nicht aus, um die Größe und die Folgewirkungen dieses Verlustes nicht nur für die eigene Nation zu ermessen. Ausgesiedelt wurde ja eine Leistungskraft, die das geistige und materielle Ostmitteleuropa entscheidend geprägt hatte. Ihre Kontinuität beruhte vornehmlich auf den von deutschen Kolonisatoren erschlossenen und

kultivierten Siedlungsböden. Stadtbürger kamen und gingen; das bäuerliche Land brachte allein den ständigen Nachwuchs der städtischen und industriellen Schichten hervor. Würden Deutsche in Osteuropa je wieder gebraucht, kehrten sie nicht mehr als Bauern wieder. Das ist das unwiederbringlich Verlorene.

Über die Entstehung und den Untergang des deutschen Volks- und Kulturbodens in Ost-, Mittel- und Südosteuropa nachdenken heißt, das Blickfeld der politischen Geschichte im engeren Sinne zu verlassen, deren vornehmster Gegenstand das Handeln von Persönlichkeiten ist, die Geschichte machen.

Dieser Entwurf einer vorwiegend sozialgeschichtlichen Erklärung der Ursachen lenkt den Blick auf Bedingungen und Formen der nationalen Existenz, die zwei Generationen zuvor noch weithin bekannt, heute aber von den Trümmern des Zusammenbruchs verdeckt und vergessen sind. Die uns und die Nachkommen bedrückende Frage, ob es so kommen mußte, die Fragen nach dem jeweiligen Grad politischer Entscheidungsfreiheit, nach den Motiven und der Moral der Verantwortlichen sind in dieser Sicht der Dinge freilich nicht zu beantworten.

Die Sozialgeschichte beschreibt das Wirkungsgeflecht der namenlosen Gesamtheiten, die daraus hervorgehenden Wandlungen der Daseinsgrundlagen als wesentliche Bedingungen der politischen Aktionen, ferner soziale Strukturen und Prozesse, die sich als das Ergebnis des Verhaltens und Zusammenwirkens vieler bilden und die vom einzelnen nur gering zu beeinflussen sind; in ihrer Gesamtheit erscheinen sie gleichsam als naturwüchsige Vorgänge. Diese Einsicht veranlaßt wiederum darüber zu reflektieren, ob die Grenzen politischer Handlungsfreiheit in jedem hi-

¹⁾ Der südlichen deutschen Metropole Wien widerfuhr ähnliches nach 1918, doch ohne Verlust eines nationalen Vorlandes und bei Fortbestehen einer relativ offenen Nachbarschaft zu den Völkern des Donaumaues.

storischen Moment nicht viel enger gezogen waren, als die Nachlebenden es wahrhaben möchten.

Auf unser Thema bezogen bedeutet das: Erklären wir uns die Katastrophe der deutschen Stellung in Ost-Südosteuropa aus dem Versagen von politischer Führung vor dem Ersten Weltkrieg, als Folge des wahnwitzigen Imperialismus eines Diktators im zweiten oder als das Endergebnis eines sozialen Geschehens, das über lange Zeiträume schon die allmähliche, unabwendbar erscheinende Erosion des deutschen Daseins ostwärts der Oder und jenseits der Sudeten und Karpaten herbeigeführt hat? In solcher Sicht erscheinen dann die Verantwortlichen eher als Rollenträger in einer nationalen Schicksalstragödie.

Durch über ein Jahrhundert tiefgreifender sozialer Wandlungen sowie nationalstaatlicher Bestrebungen vorbereitet, von weltpolitischen Gegensätzen ausgelöst, ist die Katastrophe mit der Ursachenforschung politischer Zeitgeschichte allein nicht zu erklären. Auch das Regime Hitlers, die Personifizierung des nahenden Unheils, ist in seiner Entstehung und Bewegungsrichtung auf dem Hintergrunde gesellschaftlicher und volksgeschichtlicher Prozesse zu sehen, die als Schicksalsmächte das Tun oder Unterlassen von Personen und Organisationen ermöglichten oder herbeiführten.

Nach 1945 hat die vordringende Sowjetmacht und ihr Gefolge den deutschen Osten und das Deutschtum in Osteuropa bis auf geringe Reste ausgelöscht. Jedermann weiß, daß die Lawine des Unheils durch den Angriff Hitlers losgetreten wurde. Doch genügt es, diesen epochalen Vorgang, zeitgeschichtlich reduziert, auf Angriff und Gegenstoß, imperialistische Gewalt und Gegengewalt zu erklären? Auch ohne einer Sinngebung des Sinnlosen nachzuspüren, fühlt man sich gedrängt, zu einer Erkenntnis überpersönlicher, langwirkender Ursachen zu gelangen, die jene verhängnisvolle Aktion und Reaktion herbeigeführt haben mögen.

Den Ursachen dieses Geschehens in geschichtlicher Tiefe nachzugehen heißt, die Entstehung der verlorengegangenen Position im Osten als Ergebnis der deutschen Ostkolonisation seit dem Mittelalter zu begreifen. Die große Siedlungsbewegung, getragen von allen sozialen Gruppen jener Zeit, begann im 8. Jahrhundert in den östlichen Alpenländern und lief im Hochmittelalter weit in die seit der Völkerwanderung von den Westslawen,

Madjaren und baltischen Völkern bewohnten Gebiete aus. Der Nordosten wurde vom Deutschen Ritterorden in der Art von Kreuzzügen gegen Heiden erobert — vergleichbar mit der etwa gleichzeitigen Eroberung Irlands durch den englischen Ritteradel; darin vergleichbar auch im Rückschlag nach Jahrhunderten. Während sich in Ostpreußen ein deutscher Neustamm in Verschmelzung mit den prussischen Eingeborenen bildete, blieben die Deutschen jenseits der Memel eine Oberschicht ohne bäuerlichen Untergrund. Im Geschichtsmythos der Ostslawen, aber auch im Geschichtsbild der Westeuropäer gelten die Kreuzzüge des Ordens als Typus des deutschen Vordringens nach dem Osten schlechthin.

Die deutsche Ostbewegung — dieser bedeutendste Vorgang der europäischen Volksgeschichte nach der Völkerwanderung — vollzog sich jedoch ganz überwiegend als friedliche Durchdringung bis dahin ungenutzter Lebensräume. Durch fünf Jahrhunderte kamen die Einwanderer aus allen Altstämmen, auch aus den Niederlanden, in großen Schüben oder in allmählicher Zuwanderung — ein anonymes Geschehen ohne historisches Spektakulum. Eben deshalb entbehrt es der Anschaulichkeit und ist in das Schulwissen der Gebildeten nie recht eingegangen. In westeuropäischen Abhandlungen zur Sozialgeschichte erscheint es nirgends als ein herausragendes Phänomen. Im Selbstverständnis der Völker Ost-Südosteuropas aber wird der Anteil der Deutschen an der Landeserschließung und städtischen Zivilisation verkleinert oder als unerwünschtes Eindringen in angeblich autochthone Siedlungsgebiete dargestellt. In der Propaganda, z. B. in tschechischen Denkschriften zu den Pariser Verträgen (1920) oder in der polnischen Annexionspolitik, wurden diese Thesen höchst wirksam eingesetzt.

Betrachtet man die Ostbewegung frei von nationaler Mythenbildung, die auch auf deutscher Seite manchmal antithetische Übertreibungen zeitigte, so fügt sie sich ein in die Typologie anderer großer Siedlungsströme, die vom nördlichen Europa der Neuzeit ausgingen, insbesondere der Kolonisation Nordamerikas und Sibiriens. Sie wurden ausgelöst vom Bevölkerungsdruck und vom Ausdehnungsdrang technisch-organisatorischer Überlegenheit des Ausgangslandes. In den Prärien Amerikas und den Tundren östlich des Ural ergossen sie sich in dünn besiedelte Gebiete primitiver Stammeskulturen. Dahin-

gegen waren Polen, die böhmischen Länder und Ungarn am Ausgang des Mittelalters schon festgefügte Staaten mit geistlichen und weltlichen Hierarchien, deren Herrscher die Deutschen herbeiriefen, um im Vergleich mit dem fortgeschrittenen Westen offenbare Rückstände ihres Landes aufzuheben.

Der zeitliche Vorsprung des westlichen Europa in der sozialwirtschaftlichen Entwicklung ist allein schon aus seiner begünstigten geographischen Lage zu erklären. Das ozeanische ausgeglichene Klima mit langen Vegetationsperioden begünstigte eine differenzierte Bodenkultur und dementsprechende Agrarordnungen. Die Absatzwege zwischen Stadt und Land waren relativ kurz. Reichgegliederte Küsten und bedeutende Handelsstädte an schiffbaren Flüssen belebten den Fernhandel.

Auf den Überbleibseln der von den Römern hinterlassenen städtischen Zivilisation war nach der Völkerwanderung ein wirtschaftlich und rechtlich durchorganisiertes Städtewesen sowie eine frühbürgerliche Gesellschaft entstanden, die ihre Autonomie gegenüber den feudalen Gewalten durchsetzte. Mittels Rodung und Trockenlegung wurden im Landumbau neue Nahrungsflächen außerhalb der Gemengelage der fortschritthemmenden Gewinnfluren erschlossen und individuell zu bewirtschaftende Fluren in Langhufendörfern angelegt.

Die Rationalisierung der arbeitsteiligen Wirtschaft der Städte und der eigenverantwortliche Ackerbau waren Voraussetzung und Folge einer rechnenden Geldwirtschaft, die die naturale Tausch- und Abgabewirtschaft allmählich abzulösen begann und die Bildung stabiler Landesherrschaft ermöglichte. Diese produktiven wirtschaftlichen und rechtlichen Errungenschaften waren die tragenden Elemente der Ostbewegung.

Der Einfluß der deutschen Siedlertätigkeit auf die Herausbildung einer neuen Kulturlandschaft ist am historischen Siedlungsbild Schlesiens deutlich zu erkennen. Die im Landesausbau durch Rodung erfahrenen Ankömmlinge aus dem mittleren Franken, ausgestattet mit eisernem Gerät, legten ihre Waldhufendörfer so an, daß die zu den in Reihen beiderseits eines Bachlaufes gereihten Höfe ihre geschlossene Langflur in genormten Flurgrößen hinter sich hatten. Dadurch wurde eine vom Flurzwang freie Bewirtschaftung möglich. Im schlesischen Flachland überwog die aus der slawischen Agrarverfas-

sung überkommene Gutswirtschaft mit frondienstpflichtigen Kleinbauern, die in der Folgezeit auch die Rechtsverhältnisse der bis zur Bauernbefreiung nur zu gemessenen Diensten verpflichteten Kolonistendörfer beeinflusst hat. Nicht alle Teile der slawischen Vorbevölkerung sind in der Bildung des schlesischen Neustammes aufgegangen. Nördlich der Oder und in Oberschlesien behielt die autochtone Bevölkerung ihre Sprache und Wesensart.

Die Stadtsiedlungen wurden planmäßig nach einem Grundschema rechtwinkliger Straßenzüge angelegt und auch vordeutsche Stadtsiedlungen (Kastellanien) diesem möglichst angepaßt. Mit ihren großen Marktplätzen (Ringe) bildeten diese Städte in ziemlich gleichmäßigen Abständen die zentralen Orte für den Gütertauschverkehr auch mit dem bäuerlichen Umland. Das deutsche stadtbürgerliche Element durchdrang auch alte und neue Städte ostwärts weit über das geschlossene deutsche Volksgebiet hinaus. Darüber weiter hinausgehend wurde deutsches Recht (Magdeburger, Lübisches, Nürnbergerisches) von den Städten Ostmitteleuropas als Ordnungsform des wachsenden Handelsverkehrs vom Westen bis an den Dnjepr und zum Schwarzen Meer rezipiert.

Ähnlich wirkten die Klostergründungen verschiedener kolonisatorisch begabter Orden an der Verbreitung der in Westeuropa entwickelten Kultur. Die deutsche Ostbewegung war somit der wichtigste, wenn auch nicht einzige Träger der ersten, vom Westen ausgehenden Modernisierung des vordem ganz vorwiegend bäuerlichen Osteuropa. Die wechselseitige Durchdringung und Verschmelzung in allen Sozialschichten der beteiligten Nationen, ein Ferment der sozialen Entwicklung des Ostens schlechthin, ist als Ganzes jedoch nicht mehr zu erfassen.

Jenseits des geschlossenen, erweiterten Volksbodens entstanden isolierte Siedlungen, auch als geschlossene Gebiete, die sich, wie die Siebenbürgener, als sozial vollständige Volksgruppen konsolidierten oder allmählich in anderen Völkern aufgingen.

Im 18. Jahrhundert folgte die zweite große Welle der Ostsiedlung, diesmal von den Habsburgern und von russischen Zaren herbeigerufen, um die von Turkvölkern geräumten Landschaften an der unteren Donau sowie zwischen Dnjepr und Wolga zu besiedeln. Nach 1813 verlockte noch einmal die Aussicht auf Neuland und Militärbefreiung

Schwaben und friesische Mennoniten zur Auswanderung nach Bessarabien, dem Südrussland und vereinzelt bis in den Kaukasus. Gleichzeitig mit dem Umbrechen un bebauter Steppenböden in Nordamerika entstanden so in der Batschka, im Banat und in der Ukraine neue Getreidekammern für die wachsende Industriebevölkerung der nördlichen Welt.

Beim Betrachten früher verbreiteter, heute nicht mehr gezeigter Volkstumskarten gewinnt man einen ersten räumlichen Eindruck von der Nachbarschaft und auch von der Gemengelage der zahlreichen, numerisch meist kleineren Völker in Ost-Südosteuropa, mit den Deutschen als der einzigen unter allen beheimateten Nation. Das flächige und statische Kartenbild sagt freilich nichts aus über die nationale und soziale Schichtung und Dynamik in dieser ethnisch, politisch und wirtschaftlich wohl differenziertesten Region der Welt. Eben die Verzahnung in dieser Völker Vielfalt bildete den existentiellen Hintergrund des Aufstiegs und des Niederganges der Deutschen.

Die Dynamik des gesellschafts- und nationalpolitischen Kräftespiels in diesem „Zwischen-europa“ ist nicht einfach zu beschreiben. Aber ebenso wie ihr Ursprung läßt sich die Umkehr der deutschen Ostbewegung auf bestimmende sozialökonomische Umstände zurückführen. Ist ihr Vordringen zurückzuführen auf einen gleichsam mechanisch wirkenden Ausgleich zwischen Auswanderungsdruck und wirtschaftlich-technischer Überlegenheit im Westen einerseits und relativem Entwicklungsrückstand im Osten andererseits, so liegt es nahe, zu fragen, welche vergleichbaren Faktoren analog die Gegenbewegung ausgelöst und schließlich die Katastrophe der deutschen Oststellung herbeigeführt haben mögen.

Meine Antwort: Seit Beginn des vorigen Jahrhunderts bewirkten Industrialisierung, Bevölkerungsvermehrung und allgemeine Bildung sowohl den Aufstieg nationaler Bürgerschichten als auch die Auflösung der vom Grundadel, von Heer und Bürokratie noch mühsam zusammengehaltenen übernationalen Monarchien. An diesen sozialen und politischen Prozessen hatten die Deutschen ihren Anteil, wenn auch in unterschiedlichen Ausgangs- und Interessenlagen. Wie kam es aber, daß die Umwälzungen des bürgerlichen Zeitalters zu ihrem Nachteil, schließlich zu ihrer Vertreibung und den großen Gebietsverlusten geführt haben? Die genannten Faktoren betrafen unmittelbar zunächst nur die außerhalb

des Deutschen Reiches lebenden Deutschen. Aber als der Aufstand der Nationen die Monarchien der Habsburger und der Zaren zerstört hatte, rückten die Lebensfragen der ehemals in Österreich-Ungarn und der in Polen siedelnden Deutschen dem Reich unmittelbar auf den Leib.

Zehn Jahre darauf erschütterte die Weltwirtschaftskrise die sozialen Strukturen auch Mittel-Osteuropas und daher auch die Ostprovinzen des Reiches. Deren offenkundiger Niedergang signalisierte Gefahr für ganz Deutschland. Die Notstandsgesetze, die vorwiegend auch die Ostprovinzen stützen sollten, ebneten den Weg zur Diktatur. Die Nationalsozialisten glaubten dann in Schicksalsverbundenheit aller Ostdeutschen, die offensichtlich gegen die ganze Nation verlaufenden langzeitlichen Wandlungen mit imperialer Gewalt umkehren zu können und lösten damit die Lawine des Zusammenbruchs aus.

Dieser Zusammenhang der Notlage der Deutschen draußen mit der Strukturkrise des Reiches und der daraus hervorgehenden Politik sei nun an zwei Teilgebieten erläutert, nämlich am Nationalitätenproblem in den böhmischen Ländern und an den wirtschaftlichen Problemen der preußischen Ostprovinzen in der Zeit zwischen den großen Kriegen.

Seit Jahrhunderten siedelten die Deutschen der böhmischen Länder vorwiegend in den Randgebieten und bildeten außerdem die gehobenen bürgerlichen Schichten in den zentralen Orten wie Prag, Pilsen, Brünn und Olmütz, die inmitten des von den Tschechen bewohnten, fruchtbaren Inneren des Landes lagen. Die industrielle Revolution erfaßte zunächst die alten Heimwerkergebiete der deutschen Gebirgsgegenden. Die nachfolgende Schwerindustrie fand ihre naturgegebene Basis von Erz und Kohle im Landesinneren. Durch Zustrom von freigesetztem Landvolk entstand mit den Vorstädten von Prag und Pilsen sowie im Braunkohlengebiet um Brüx das tschechische Industrieproletariat; mit dem aufsteigenden Kleinbürgertum bildete es die Masse der Stadtbevölkerung. Die Deutschen gerieten in eine politisch einflußlose Minderheit. Ihr vielfältiges, mit dem gesamten deutschen Sprachbereich verbundenes kulturelles Leben wurde fortan wesentlich von den jüdischen Mitbürgern getragen, die seit der Emanzipation daran vollen Anteil nahmen.

Waren die Juden schon vor der deutschen Ostwanderung an einigen Knotenpunkten

des Ost-West-Verkehrs ansässig gewesen, so verdichteten sich ihre zunächst abgeschlossenen Gemeinden innerhalb der neuen Stadtgründungen zu Zentren des grenzüberschreitenden Fern-, Kredit- und Geldhandels. Ihre geistig-religiösen Vororte (z. B. Prag) waren gleichzeitig kommerzielle Mittelpunkte. Ihre quantitative Bedeutung verdeutlicht z. B. der jüdische Anteil an der Bevölkerung Prags von 40 v. H. im Jahre 1665 und noch von einem Drittel im Jahre 1702²⁾.

Während der Ostkolonisation wurden die Juden von den Landesfürsten, gleich den Deutschen, privilegiert und gegen Pogrome geschützt. Ihre Bedeutung für das Steueraufkommen und die Kapitalbeschaffung bewahrte sie auch vor der 1744 durch Maria Theresia bereits verfügten Ausweisung. Im bürgerlich-industriellen Zeitalter eröffnete die Emanzipation den Juden Osteuropas den ihrem Unternehmungsgeist, ihrer Geschäftsbegabung und Sparsamkeit entsprechenden sozialen Aufstieg. So überwog ihre Beteiligung an den freien und akademischen Berufen bei weitem ihren Anteil von etwa 1,5 v. H. an der Bevölkerung Böhmens. Der Anteil jüdischer Studenten an der Prager deutschen Universität stieg 1890 auf 27 v. H., an der tschechischen auf nur 1,8 v. H. Ihr Einfluß in allen Wirtschaftszweigen der böhmischen Länder war schlechthin dominierend³⁾.

Obwohl der Anteil der Juden, die sich nach anfänglicher Zweisprachigkeit zum Tschechischen bekannten, zunahm, gab es um 1900 „eine Generation von Juden, die sich ohne Bedenken, fast problemlos, zu den Deutschen zählten und ein kämpferisches Deutschtum betätigten“⁴⁾. Ohne Unterschiede in diesem Verhältnis im übrigen Osteuropa zu berücksichtigen, läßt sich behaupten, daß die Juden im kulturellen und wirtschaftlichen Lebensbereich durch Jahrhunderte und gesteigert im bürgerlichen Zeitalter mit den Deutschen in einer — für sie freilich bis zum Zerreißen leidvoll gespannten — Symbiose verbunden waren⁵⁾, deren Zerstörung durch das Regime Hitlers wie eine Vorwegnahme des ostdeutschen Schicksals erscheint.

²⁾ W. Brosche, Das Ghetto von Prag, in: Die Juden in den böhmischen Ländern (Vorträge des Collegium Carolinum), München — Wien 1983, S. 87 ff.

³⁾ S. die Beiträge im Abschnitt „Die Juden in der modernen Industriegesellschaft, ebenda, S. 201—280.

⁴⁾ Max Brod, Der Prager Kreis, Stuttgart 1966.

⁵⁾ Vgl. Chr. Stölzl, Kafkas böses Böhmen. Zur Sozialgeschichte eines Prager Juden, München 1975.

Der nationale Aufstieg der Tschechen ist die typische Wiedergeburt aller kleineren Völker Ost-Südosteuropas. Die moderne Produktionsweise beförderte die Bildung neuer, mobiler Sozialschichten; überkommene Privilegien und Institutionen des alten Ständestaates schwanden dahin. Die Industrien benötigten allgemeine und höhere Schulbildung auf der Grundlage der Volkssprache. Daran scheiterte der Versuch Joseph II., Deutsch als einheitliche Staatssprache im habsburgerischen Vielvölkerstaat einzuführen⁶⁾. Die nationale Bildungsschicht gründete Kulturvereine, baute sich Nationaltheater; 1882 wurde die Carolinische Universität in Prag in eine deutsche und tschechische geschieden. Der Nationalisierung des Kulturlebens entsprach der völkische Korporativismus der Bauern, im Gewerbe und Kreditwesen unter der Parole, nur mit den eigenen Volksgenossen Handel zu treiben.

Es blieb nicht aus, daß die sozial ziemlich homogenen und nationalistisch motivierten Volksgemeinschaften dem Überbau eigener Staatlichkeit zustrebten. Die Legitimation dazu war bei den Völkern je nach ihrer Staatstradition verschieden, bei den Tschechen wurde sie mit Berufung auf das kontinuierliche böhmische Staatsrecht begründet. Ihr Anspruch erhielt Auftrieb, als im sogenannten Ausgleich nach 1867 den Magyaren die eigene Staatlichkeit im Verbands der Habsburger Monarchie zugesprochen wurde. Böhmisch und Tschechisch bzw. Ungarisch und Magyarisch lauten in den Nationalsprachen identisch. Andere Völker in diesen Kronländern erschienen dann schon durch die Namensgebung des Staates als minderberechtigt, letztlich zur Entnationalisierung bestimmt.

Welche Sprache sollte für den mündigen Bürger vor Gericht, im Behördenverkehr gelten? In Böhmen erreichte der böhmische Sprachenstreit um 1897 einen Höhepunkt. Das Land sollte in rein- und gemischtsprachige Kantone aufgeteilt werden. Die Tschechen, im Vorteil der Kenntnis beider Sprachen, wollten eine unitarische Lösung. So bildeten sich schon vor der Jahrhundertwende die Fronten zwischen einem deutsch-autonomistischen und dem tschechisch-nationalstaatlichen Konzept. Bei anstehenden Wahlen zum österreichischen Reichsrat neigten die Deutschen

⁶⁾ H. Raupach, Der tschechische Frühnationalismus, Essen 1938, Nachdruck Darmstadt 1969.

fortan zur großdeutsch-antisemitischen Partei Schönerers in Wien.

Die unhaltbare Lage der Monarchie beleuchtet folgendes Zitat: „Regierung und Tschechen stecken unter einer Decke und sind sich über das zu spielende Spiel völlig einig. Es gibt keine *objektive* Regierung, die über den Streitenden stünde... Den Deutschen wird zugemutet, daß sie sich fügen. Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter solchen Verhältnissen der letzte Rest politischen Sinnes und Rücksichtnahme auf die staatlichen Bedürfnisse verlorengelassen... Die Deutschen sind mutlos, weil sich bei ihnen während eines 20jährigen vergeblichen Ringens für die alten österreichischen Regierungsprinzipien die Auffassung eingeschlichen hat, daß die Krone entschlossen ist, in neue Bahnen zu lenken und die Vorherrschaft des Deutschen Elements im Staate fallenzulassen... Das erklärt den unglaublichen Einfluß der Leute vom bedenklichen Schlage eines Schönerer und Wolf... ich kann nur dann an die Sanierung unserer zahlreichen Staatsgebrehen glauben, wenn den Deutsch-Österreichern diejenige Stellung im Staate zurückgegeben wird, die ihnen durch den Geist der 1867er Verfassung und auch infolge ihrer höheren Kultur zukommt.“⁷⁾

Ein Zeugnis von vielen, das zeigt, wie weit der nationale Zerfallprozeß der Monarchie gediehen war, ehe ihr der verlorene Krieg den Todesstoß gab. Adolf Hitler, ein Nachfolger Schönerers, geprägt von der Angst vor der drohenden Übermacht der Slawen und dem Widerwillen gegen das kommerzielle und intellektuelle Übergewicht der Juden im Wien seiner Wanderjahre⁸⁾, ließ diese Gefühle im Reich virulent werden, als man sich nach den Gebietsverlusten des Versailler Friedensdikтата der latenten Bedrohung im Osten erst richtig bewußt wurde.

Die Bedrängnis der Auslandsdeutschen und die Zukunftsangst in den Ostprovinzen des Reiches wurden von den Nationalsozialisten in ihrer Wahnvorstellung vom „neuen Lebensraum im Osten“ eingebunden. Fundamental für den Ursprung dieser Partei, aber wenig bekannt ist es, daß ihr Name und ihr Pro-

gramm als deutsch-bömisches Gegenstück zur antisemitisch kleinbürgerlichen Partei (národně socialistická strana) des Tschechen Václav Klobučák entstanden war. Hitlers Ideologie erscheint, so wie er selbst, als ein Zerfallsprodukt der Habsburger Monarchie.

Von allen ausländischen Gruppen standen die Deutschen der böhmischen Länder in ihrer Millionenzahl räumlich und gefühlsmäßig dem Reichsvolk am nächsten. Ihre in der Weltwirtschaftskrise verzweifelnde Notlage spürte man unmittelbar. Die vorwiegende Konsumgüterindustrie in den sudetischen Gebirgen hatte frühere Absatzmärkte eingebüßt, während die Schwerindustrie in den tschechischen Landesteilen der Staatsräson halber auch durch Rüstungsaufträge gestützt wurde. Arbeitslosigkeit und Hunger in den Randgebieten nahmen dem Autonomiegedanken der sudetendeutschen Sammlungsbewegung Konrad Henleins die Überzeugungskraft. Er wich einem nationalen und sozialen Irredentismus, als nach 1934 im benachbarten Reich die Arbeitslosigkeit aufhörte.

Auch im übrigen Ost-Mitteleuropa standen die dort siedelnden Deutschen unter dem zunehmenden Druck von Bodenenteignung und anderer Benachteiligung zugunsten der Staatsnationen. Deutschland tat viel, um die Kräfte der Selbsthilfe zu stärken, hütete sich aber aus guten Gründen vor offizieller Intervention. Von der Reichsgrenze bis an die Wolga blieben die Deutschen ihrem Schicksal überlassen.

Die Kleinstaaten, die nach dem Zusammenbruch der drei übernationalen Monarchien vom Baltikum bis zur Donau entstanden — in der Vorstellung der Westmächte auch als Pufferzone zwischen der deutschen und der russischen Macht —, bedeuteten in ihrer militärischen Schwäche und Uneinigkeit für das Reich keine Gefahr, viel eher ein Feld wirtschaftlicher Kooperation.

Die den Osten des Reiches unmittelbar bedrohende Gefahr ergab sich vielmehr aus der benachteiligten Lage und ungünstigen Wirtschaftsentwicklung in den preußischen Ostprovinzen. Sie war durch die Grenzziehung des Versailler Vertrages zugunsten des neu-erstandenen Polen nachhaltig erschwert worden. Die Ursachen der andauernden Krise gingen aber zurück auf tiefgreifende Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur seit Beginn des Industriezeitalters und darin letztlich auf das Offenbarwerden eines naturgegebenen Wohlstandsgefälles

⁷⁾ Aus einem Schreiben des österr.-ung. Botschafters in St. Petersburg A. L. v. Aehrental vom 20. 8. 1899, in: E. Rutkowski, Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, München-Wien 1983, S. 716.

⁸⁾ S. H. Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Wiesbaden 1984, S. 198 und an anderen Stellen.

vom Westen zum Osten des Reiches: Im Nordwesten gab es die günstige Konstellation von Kohle, Erz, billigem Wassertransport und klimabegünstigter Landwirtschaft, im Nordosten fehlten fast völlig industrielle Rohstoffe; über weithin arme Böden (bei vorwiegend kontinentalem Klima) führten lange, z. T. schlecht ausgebaute Landtransportwege zu fernen industriellen Produktions- und Verbrauchszentren.

Im vorindustriellen Zeitalter traten diese Unterschiede in den Wirtschaftsgrundlagen nicht voll in Erscheinung. Ostdeutschland versorgte Schottland, die Niederlande, Norwegen, sogar Oberitalien über See mit Getreide. Noch um 1840 war Preußen ein wichtiges Getreideexportland. Die Erschließung riesiger neuer Getreideanbauflächen in Amerika und Südrußland, niedrige Produktionskosten und billige Seefracht mit Dampfschiffen ließen die Getreidepreise in Preußen von 235 M je to 1871/75 auf 174 M 1886/90 sinken. Um 1900 wurde kanadisches Getreide in Hamburg billiger angeboten als das 180 km mit der Bahn aus Mecklenburg herangeführte. Unter den Anbaubedingungen im nordöstlichen Preußen galten nur Roggen und Kartoffeln als ertragssicher. Aber die Bevorzugung des Weizens, der Absatzrückgang für Kartoffelsprit (Schnaps) bei wachsendem Masseneinkommen führten dazu, daß bereits in den konjunkturell günstigen Jahren 1924—1927 Roggen nicht mehr wirtschaftlich angebaut werden konnte und Spirit von Staatswegen dem Benzin beizumischen war.

Während der Weltwirtschaftskrise verschlimmerte die Ungunst der Natur- und Verkehrsbedingungen in Ostdeutschland die Wirkungen von Überangebot und sinkender Nachfrage auf den Agrarmärkten. Für stützende Maßnahmen hatte der Staat immer weniger Geld; strukturpolitische Maßnahmen aber stießen an Grenzen, die von den Betriebsformen und der Agrarverfassung der östlichen Teile Deutschlands gesetzt waren. Die vorherrschenden Großbetriebe standen wegen der Absatzkrise und des Mangels an einheimischen Arbeitskräften („Leutenot“) vor Schwierigkeiten, deren volkswirtschaftliche Folgewirkungen die Richtung jeder zu ergreifenden Abhilfe bestimmten. Vorschläge radikaler Lösungen — d. h. Abschaffung der Gutsbetriebe — beschworen die Gefahr einer Staatskrise herauf.

Trotz verhältnismäßig geringer Produktivität hatte sich der Großbetrieb als ein den natürli-

chen Bedingungen entsprechendes System behauptet. Verhältnismäßig kurze Bestell- und Erntezeiten mit hohen Arbeitsspitzen erforderten den Einsatz konzentrierter Betriebsmittel und Arbeitskräfte. Das Kontinentalklima, ärmere Böden, die dadurch gegebene geringere Grenzproduktivität von Kapital und Arbeit erzwangen eine extensive und auf wenige Anbauarten beschränkte Bodennutzung. Das erklärt auch das Vordringen der Großbetriebe nach den Stein-Hardenbergischen Reformen von 1811. Die Regulierung, d. h. Auflösung der bisherigen wechselseitigen Abhängigkeit von Gutsherr und Bauer, die Abwanderung der „nicht-gespannfähigen“ Bauern, die freie Verfügung über den Boden schufen zwar die Voraussetzungen einer rationalen Landwirtschaft. Aber in Gebieten mit überwiegend Großbetrieben entstanden schon zu Beginn des Industriezeitalters Probleme, die in Krisenzeiten das sozialwirtschaftliche Gefüge der Ostprovinzen im Ganzen erschütterten.

Von der Hauptsorge, dem Arbeitermangel, waren auch die bäuerlichen Familienbetriebe betroffen. Aber dem Großbetrieb fiel es noch schwerer, einen Arbeiterstamm durch den beschäftigungsarmen Winter zu halten. Er war deshalb auf Saisonarbeit angewiesen. Wanderarbeiter konnte nur der benachbarte Osten mit seiner agrarischen Überbevölkerung stellen. Diese drückten mit ihren geringen Lohn- und Sozialansprüchen auf den Lebensstandard des deutschen Landarbeiters. Die Gefahr der Aushöhlung des ostdeutschen Sozialgefüges wurde erkannt und mit zeitweiliger Sperrung des weiteren Zuzugs bekämpft. Doch handelte es sich hier nur um eine Teilerscheinung eines langen gesamteuropäischen Prozesses, wie der Massenzug polnischer Bergarbeiter ins Ruhrgebiet und nach Nordfrankreich zeigt oder die Anwesenheit von 300 000 ukrainischen Landarbeitern in Frankreich vor 1939. Dieser Drang war durch isolierte Maßnahmen nicht zu bekämpfen, vor allem nicht durch Preisgabe der naturbedingten landwirtschaftlichen Großbetriebsform im Osten.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Weimarer Demokratie stand vor diesen Problemen im Zeichen der Zerreißungsschäden der neuen Grenzen und der Weltwirtschaftskrise. Arbeitsrechtliche Sicherung der Löhne und Einschränkungen der Wanderarbeit erhöhten die Arbeitskosten. Das Ausweichen auf Maschinen führte zur rasch wachsenden

Verschuldung auf etwa das Doppelte gegenüber dem Westen⁹⁾.

1931 wurden 90 v. H. der kurzfristigen Schulden als uneinbringbar bezeichnet. Nachfrage-rückgang und Kreditgefährdung bedrohten die gewerblichen Lieferanten und die auf Solidarhaftung gestellten Hypothekenbanken (Landschaften). In steigendem Maße mußten Reichsmittel zur Zinsverbilligung und Umschuldung eingesetzt werden. Diese Stützungsaktionen erfolgten auf dem Höhepunkt der Deflationskrise und Arbeitslosigkeit. Die aufgewendeten Mittel wurden teilweise aus Belastungen der ebenfalls notleidenden westdeutschen Industrie oder über die Staatshaushalte Preußens und des Reiches aufgebracht. Als sie nicht mehr ausreichten, verlangten die Rechtsparteien, gestützt auf Erklärungen des Reichspräsidenten Hindenburg, einen „gesetzlichen Zahlungsaufschub für die Landwirtschaft und ein fünfjähriges Sanierungsprogramm mit einer Mrd. RM“.

Die Unerfüllbarkeit solcher Forderungen führte mit zum Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller. Sein Nachfolger Brüning kündigte „eine durchgreifende, umfassende Osthilfe an. Gesundung der östlichen Landwirtschaft ist Grundlage der nationalen und volkspolitischen Rettung des Deutschen Ostens.“ Doch auch ihm gelang es selbst mit Notverordnungen nicht, die politischen und finanztechnischen Schwierigkeiten der Osthilfe zu überwinden. „Konnten die bedenklichen Aspekte der Ostpreußenhilfe noch als regional und materiell begrenzte Mißstände gelten, so untergrub die Kritik an der vergrößerten (d. h. auf alle Grenzprovinzen) ausgedehnte Osthilfe die Autorität der Regierungen, das Prestige des Präsidenten, der diese Regierungen stützte, und die Geltung der ländlichen Bevölkerungsschichten, die zum Kostgänger staatlicher Subventionen herabsanken. Die Osthilfe, d. h. die Sanierung der ostelbischen Landwirtschaft, war zu einer Schicksalsfrage der deutschen Republik geworden.“¹⁰⁾

Der unter dem Namen „Osthilfe“ eingeleitete Lastenausgleich war mit dem Odium belastet, der Stützung des Großgrundbesitzes zu die-

⁹⁾ Dazu und zum folgenden H. Raupach, Interregionaler Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Reiches, in: W. Conze und H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967.

¹⁰⁾ D. Hertz-Eichrodt, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919—1930, Köln—Opladen 1969, S. 337.

nen. So kam es, daß der Gedanke bäuerlicher Siedlung als Lösung der Strukturfrage sich einer geradezu romantischen Popularität erfreute. Eine Übersicht der Siedlungsbemühungen muß freilich zu dem Schluß kommen, daß diese Möglichkeit objektiv sehr begrenzt war. Siedlungsland konnte naturgemäß nur dort erworben werden, wo andere Landwirte gescheitert waren. Noch enger waren die Grenzen für eine auskömmliche Kapitalausstattung gesetzt. Wettbewerbsfähigkeit bei Roggen und Kartoffeln war durch die überlegene Leistung schon vorhandener Betriebe kaum erreichbar. Wie sollten dann die Siedler auf den leichten Böden des Ostens mehr als das doppelte einer Zinsleistung hervorbringen, die die Bauern im Westen in eine aus eigener Kraft nicht mehr lösbare Verschuldungskrise gestürzt hatte? Die Voraussetzungen für eine normale „innere Kolonisation“ — wie man dieses politisch erstrangige Programm seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert nannte — waren eben nicht mehr gegeben.

Die Idee der Industrialisierung Ostpreußens, schon im Kronrat Kaiser Wilhelms II. 1891 formuliert, wurde nach der Abschnürung durch den polnischen Korridor von allen Regierungen weiterverfolgt. Umfassende staatliche Stützungsmaßnahmen (Tarif- und Subventionen, verbilligte Kredite, Lenkung durch staatliche Aufträge, notfalls Verstaatlichung notleidender Betriebe) wurden angesichts des Fehlens marktwirtschaftlicher Antriebe für unerläßlich gehalten¹¹⁾. Schon aus wehrpolitischen Erwägungen wurden diese Anstrengungen nach 1933 mit den Mitteln autoritärer Staatsführung noch verstärkt fortgesetzt. Trotzdem beklagte der Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch 1938 „die wieder beginnende Abwanderung, die Wirkungslosigkeit des Appells an den Idealismus“, verlangte Schutz vor der „Interessenpolitik von Wirtschaftsgruppen im Reich“. Am 30. Juni 1939 berichtet das Reichsministerium des Innern: „Im Osten hat die Entwicklung des Jahres 1938 die schweren Gefahren, die sich aus der bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Lage ergeben, noch gesteigert... die Eingliederung der Ostmark (d. h. Deutsch-Österreichs, H. R.) und des Sudetenlandes haben den völkischen und wirtschaftlichen Lebensraum der preußischen Ostgebiete weithin geschmälert... die bevölkerungs- und wehrpoli-

¹¹⁾ Alle wesentlichen Dokumente bei F. Richter, Industriepolitik im agrarischen Osten. Ein Beitrag zur Geschichte Ostpreußens zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1984.

tischen Folgen der Abwanderung für die Ostgebiete sind ebenso erschreckend wie die wirtschaftliche Aushöhlung." Der Zusammenhang zwischen der nationalsozialistischen territorialen Expansionspolitik und der Strukturschwäche der Ostgebiete wurde so erstaunlich offen dargelegt.

Der industrielle Rückstand Ostpreußens sollte überwunden werden, um eine bedrohliche Strukturschwäche und Krisenanfälligkeit zu mildern. Die Versuche scheiterten an den Nachteilen der geographischen Lage. War Ostpreußen in dieser Hinsicht am schlechtesten gestellt, wie lagen die Dinge in Schlesien, das in den Grenzen und mit den Absatzmöglichkeiten vor 1920 das Bild einer ausgeglichenen Agrar-Industriellandschaft geboten hatte? Es genügt, die Probleme des einzigen schwerindustriellen Kerns Ostdeutschlands, des oberschlesischen Industriereviere, hervorzuheben, die sich wiederum auf allgemeine Standortfragen und die Folgen der neuen Grenzziehung, die Zollschranken und den Verlust nahegelegener Absatzgebiete zurückführen lassen. Die Eisenerzförderung war von ihrem Höhepunkt (1889) mit 800 000 t bis 1920 auf 47 000, einem Siebzehntel, zurückgegangen. Zunächst hatte der Bau des Mittellandkanals die Lage verschlechtert, später kam hinzu die große Entfernung von den noch verbliebenen Absatzgebieten. Weite Streuung der verarbeitenden Betriebe verteuerte die Frachten für Halbfabrikate. Billige Kohle und niedrige Löhne konnten diese Nachteile nicht ausgleichen. Die Weltwirtschaftskrise ließ die Standortnachteile, besonders beim Erzbezug aus dem Ausland, noch stärker hervortreten¹²⁾. Schon 1930 stellte H. Rogmann fest, daß die ostdeutschen Gewerbe, von innerdeutschen Märkten zurückgedrängt, an Überbesetzung litten, daß die Arbeitslosigkeit in Schlesien stetig über dem Reichsdurchschnitt lag und das Gewerbe vielfach von der Substanz lebte¹³⁾.

Zu der Frage, ob nicht fortgesetzte binnenwirtschaftliche Anstrengungen der dreißiger Jahre die Strukturkrise Ostelbiens hätten lösen können, meine ich, daß die anfänglichen Erfolge der Arbeitsbeschaffungs- und Agrarpolitik der Nationalsozialisten die Probleme des deutschen regionalen Wohlstandsgefälles nur überlagerten, aber nicht lösten. Unter die-

ser Decke blieben idealistische Strukturveränderer und Landesplaner am Werke, um die ostdeutschen Provinzen etwa dem württembergischen Sozialmodell anzugleichen. Aber als nach erreichter Vollbeschäftigung die Produktionsfaktoren wieder knapp wurden, traten die alten Tendenzen der Abwanderung aus der ländlichen Arbeit, der Westwanderung nach den Arbeitsplätzen mit höherem Einkommen, wieder zu Tage und zeigten an, daß durch die Binnenkonjunktur die regionalen Schwächen Ostdeutschlands nicht zu beseitigen waren.

Ist die hier vertretene Auffassung von den strukturellen Ursachen der Krise des Deutschen Reiches nicht widerlegbar, so wäre zu folgern, daß es in der Lage wachsender Standortnachteile des deutschen Ostens keinen Ausweg mit Mitteln parlamentarischer Haushaltspolitik und freier Marktwirtschaft mehr gab.

Jedenfalls fühlte sich der überzeugte Demokrat Brüning, der letztlich über die Osthilfepolitik („Agrarbolschewismus“) gestürzt war, genötigt, mit Notverordnungen eine Art autoritärer Wirtschaftspolitik einzuleiten. Die Nationalsozialisten haben es verstanden, auch dieses Instrumentarium zur Aufhebung der Demokratie zu benutzen. Hitler und seine Satrapen in den Ostprovinzen haben trotz ihres Mißtrauens gegen den Grundadel die bestehende Agrarordnung nicht angetastet, gleich, ob dabei Einsicht in betriebliche Notwendigkeiten oder ein politischer Instinkt mitsprach, die überkommene Agrarverfassung auch in der beabsichtigten Ostexpansion zu nutzen.

Wenn es sich so verhielt, dann läge auch der Schluß nahe, daß die nationalsozialistische Provokation des Zweiten Weltkrieges, von Hitlers Lebensraumideologie abgesehen, als ein Ausbruch aus einer ausweglosen Lage anzusehen wäre. Ausweglos auch deshalb, weil ein Zurück zum regionalen Wohlstandsausgleich im Inneren einen Zwangssparprozeß von spartanischer Härte erfordert hätte. Dazu war aber die NSDAP am allerwenigsten bereit, die ihre Macht mit dem Versprechen der Bereicherung angetreten hatte. Es ist auch nachträglich zu fragen, wie die durch Lohnstopp zurückgestaute Inflation hätte wieder abgebaut¹⁴⁾, wie die wachsenden Kosten der

¹²⁾ K. Seidl, Deutschlands verlorene Montanindustrie. Die Eisen- und Stahlindustrie Oberschlesiens, Stuttgart—Köln 1955.

¹³⁾ H. Rogmann, Ostdeutschlands große Not. Zahlen und Tatsachen, Berlin 1930.

¹⁴⁾ Für Hitler war eine auf fast 400 Mrd. RM angewachsene Reichsschuld durch „Einschaltung von 20 Millionen billiger Arbeitskräfte (aus den eroberten Ostgebieten) in den deutschen Wirtschaftsprozess, mit Jahreslöhnen um 1 000 RM, ein nach dem Siege leicht zu lösendes Problem“. — S.H. Picker (Anm. 8), S. 140.

eingeleiteten Autarkiepolitik auf die Allgemeinheit hätten abgewälzt werden können.

Deutschland war bei seiner Rohstoffarmut mehr als andere auf Außenhandel angewiesen. In der Verengung der Weltmärkte und angesichts möglicher Boykottmaßnahmen gegen das NS-Regime wurde der Gedanke der äußersten Selbstversorgung den rüstungswirtschaftlich bestimmten Vierjahresplänen H. Görings zugrunde gelegt. Die Erwartungen von Wirtschaft und Publizistik richteten sich dann auf den Donaauraum — ein Gedanke, der schon von den großen Nationalliberalen (Fr. List um 1850, Fr. Naumann 1916), österreichischen Marxisten (K. Renner 1915) und 1930 von den Jungkonservativen (Tatkreis, G. Wirsing) gehegt wurde. Die handelspolitische Abschottung der weitgehend autarken Weltmächte während der großen Depression gab dieser Idee neuen Auftrieb.

Aber die Weltwirtschaftskrise hatte vollends offenbart, daß die noch überwiegend agrarischen, kleinbäuerlichen Volkswirtschaften zwischen Deutschland und der Sowjetunion wegen ihrer Dorfarmut ohne ausreichendes Eigenkapital, dem Ausland verschuldet, auf den Weltmärkten nur begrenzt wettbewerbsfähig, untereinander handelspolitisch uneins und mit Rohstoffen schwach ausgestattet, dem Reich keine wirksame außenwirtschaftliche Ergänzung zu sein schienen¹⁵⁾.

Die Strukturkrise der ostdeutschen Landwirtschaft erwies sich als ein weiteres Hemmnis einer konstruktiven Politik im weiteren Mitteleuropa. Denn die aus den gleichen Ursachen leidenden Agrarstaaten Ost- und Südosteuropas erwarteten von der industriellen Vormacht Deutschland die Abnahme gerade der Produkte, die von den deutschen Bauern selbst nicht abzusetzen waren. Schon diese Probleme stellten ein autarkes Mitteleuropa unter deutscher Wirtschaftshegemonie in Frage.

Der Anschluß des notleidenden Deutsch-Österreichs und des exportabhängigen Sudetenlandes vergrößerte die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Für vielleicht denkbare, langfristige Lösungen der wirtschaftlichen Probleme des nun faktisch beherrschten Donaoraumes nahmen sich die Nationalsozialisten unter dem Druck der inneren Verschuldung und aus rüstungswirtschaftlich-strategi-

schen Überlegungen keine Zeit. Mit der Besetzung des tschechischen Böhmen wurde die Beschränkung auf den endlich erreichten Nationalstaat aufgegeben und der imperialistische Zug bis zu den Erdölquellen des Kaukasus zur Gewinnung von vermeintlich vorhandenem Lebensraum angetreten.

Aufgegeben wurde auch die konservative Politik der autonomen Bestandserhaltung der deutschen Volksgruppen¹⁶⁾. Die NSDAP betrachtete von nun an die noch draußen gebliebenen Deutschen fremder Staatsangehörigkeit als Stützpunkte politischen Einflusses und schließlich der direkten Machtausübung; der SS dienten sie als Rekrutierungsfeld.

Der Ausgang dieses letzten Ausbruchsversuches aus der beengten Lage Deutschlands zwischen den rohstoffreichen Weltmächten Amerika und Rußland, wie sie Fr. Naumann schon 1916 in seiner Schrift „Mitteleuropa und die deutsche Zukunft“ voraussah, bestimmt seither unser nationales Dasein.

Was nützt eine vorwiegend sozialgeschichtliche Erklärung der Vorgänge, die die größte Katastrophe der deutschen Volksgeschichte herbeigeführt haben? Im Rückblick läßt sich alles Vergangene auf diese oder jene Weise zu Kausalketten verknüpfen und auch meinen, daß bei anders gestellten Weichen die Dinge hätten, jedenfalls nach der eigenen gegenwärtigen Vorstellung, auch günstiger verlaufen können. Das bleibt jedoch in jedem Falle eine nachträglich von Mitverantwortung freie Spekulation.

Mit einem nachträglichen sozialwirtschaftlichen Kalkül läßt sich immerhin der gewesene Spielraum denkbarer Alternativen einigermaßen einengen, indem z. B. erwogen wird, mit welchen sozialen Kosten Maßnahmen zur Strukturänderung einer gefährdeten Provinz durchgeführt, wie die dazu notwendigen Ausgleichslasten besser gestellten Regionen hätten auferlegt werden, und ob in solcher Lage der Staat die erforderliche Umverteilung noch mit demokratischen Mitteln hätte durchsetzen können. An diesem Punkt hat die politische Geschichte das Wort, sofern sie nicht nur Haupt- und Staatsaktionen als solche anvisiert.

Wie stand es aber um eine vorausschauende Betrachtung unseres Problems bei den Zeit-

¹⁵⁾ H. Raupach, *The Impact of the Great Depression on Eastern Europe*, in: *Journal of Contemporary History*, London 1969.

¹⁶⁾ H. J. Jacobsen, Hans Steinacher, Boppard 1970. — Ein Lehrstück: W. Greiff, *Das Boberhaus in Löwenberg/Schles. 1933—1937*. Selbstbehauptung einer nonkonformen Gruppe.

genossen der heute als bedrohlich erkennbaren Entwicklung für den deutschen Osten? Von den vermutlich wenigen, die es laut zu sagen wagten — für die Anonymen sprach Fontane in dem eingangs zitierten Brief —, seien hier nur drei aufgerufen:

1860 liest man in einer politischen Streitschrift: „Die befestigte Stellung der Russen an der Weichsel bedroht Deutschland mehr als alle französischen Festungen zusammengekommen ... Böhmen russisch! ... da von Eger bis Lauterburg im Elsaß nur 45 deutsche Meilen sind, so wird Norddeutschland durch den französischen Keil einerseits, und noch weit mehr den russischen andererseits von Süddeutschland getrennt und die Teilung Deutschlands wäre fertig. Der direkte Weg von Wien nach Berlin ginge durch Rußland, ja selbst der direkte Weg von München nach Berlin. Dresden, Nürnberg, Regensburg wären Grenzstädte gegen Rußland, unsere Stellung gegenüber den Slawen wäre (im Süden wenigstens) wie vor Karl dem Großen“. (Karl Marx in „Herr Vogt“, 1860, S. 81)

Fünf Jahre davor meinte Friedrich Engels (Deutschland und der Panslawismus, in: Neue Oder-Zeitung vom 24. 4. 1855): „der Panslawismus ist eine Bewegung, die nicht nur die Unabhängigkeit anstrebt, sondern auch die Auslöschung dessen, was eine tausendjährige Geschichte geschaffen hat“¹⁷⁾. Angesichts der Gefahren aus dem Osten waren selbst die Väter des internationalistischen Sozialismus an alldeutscher Gesinnung nicht zu übertreffen.

Ein Menschenalter später (in seiner Freiburger Antrittsvorlesung von 1895) sah Max Weber für das kaiserliche Deutschland eine Struktur- und Lebenskrise voraus, die aus den ostelbischen Latifundien und der darauf beruhenden Herrschaftsstruktur hervorgehen würde. Sein Hauptargument war der ständige Zuzug polnischer Landarbeiter, die mit ihrer Anspruchslosigkeit das einheimische Arbeitsangebot unterboten und das Sozialgefüge aushöhlten. Seine Folgerung war: „Großbetriebe, welche nur auf Kosten des Deutschtums zu erhalten sind, sind vom Standpunkt der Nation wert, daß sie zugrunde gehen“. Die volkswirtschaftlichen Kosten, letzten Endes das na-

tionalpolitische Risiko dieser Operation, hat Weber nicht berechnet.

Derartige Visionen beeindruckten uns Nachlebende, weil sie sich erfüllt haben, aber wann hätten jemals Mitlebende auf Cassandra gehört? Es liegt im Selbsterhaltungstrieb, daß Voraussagen kommenden Unheils dazu herausfordern, ihm zu begegnen. Tatenlosigkeit wäre nicht zu ertragen und Unterlassen einer Handlung erscheint schlimmer als das Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.

Aber den Nachlebenden ist es auferlegt, darüber zu reflektieren, ob alles so kommen mußte, wie es gekommen ist. Die Größe der Verluste im Osten — das folgenreichste Geschehen in der deutschen Volksgeschichte seit tausend Jahren — übersteigt offenbar das Fassungsvermögen unserer zeitgeschichtlichen Orientierung. In einem Sammelband zur Frage der „Identität der Deutschen“, einem repräsentativen Querschnitt zur deutschen Frage, wird das Verständnis in den beiden Teilstaaten Restdeutschlands erörtert, ohne daß die verlorenen Ostgebiete als Element des Selbstbewußtseins zu erwähnen waren¹⁸⁾; Kundgebungen der Heimatvertriebenen wecken Aufmerksamkeit als Politikum, aber kaum eine allgemeine staatsbürgerliche Teilnahme. Es ist auch zu bezweifeln, ob in den Schulen die „Ostkunde“, in den Lehrplänen der Länder mehr oder minder verankert, das so komplizierte Geschehen in der Vielvölkerzone des vergangenen Osteuropa dem Gedächtnis vermitteln kann. Die Geschichte der deutschen Staaten erfaßt das Thema aber nicht, weil volksgeschichtliche Vorgänge Staatsgrenzen durchdringen.

Für die Welt sind die Gebiets- und Siedlungsverluste der Deutschen im europäischen Osten und Südosten eine vollendete Tatsache. In dem auf drei Staaten aufgeteilten Volk — die Deutschen Österreichs sind als unmittelbar beteiligte hierbei gewiß einzubeziehen — regt sich kein spontanes Interesse an der Vorgeschichte und dem Ausmaß dieser ungeheuren Einbuße an Lebensraum, Vermögen und Geltung.

Jede Wunschvorstellung von Wiederherstellung und Rückkehr, das Beharren auf völkerrechtlichen oder moralischen Grundsätzen sind an sich verständlich und achtbar. Läßt sich aber vom endlichen Erfolg her der fran-

¹⁷⁾ Fr. Engels stritt den kleinen Völkern des Ostens jede Daseinsberechtigung ab: „Ihre ganze Existenz überhaupt ist ja schon ein Protest gegen eine geschichtliche Revolution ... ihr Verschwinden vom Erdboden ist auch ein Fortschritt.“ (Neue Rhein-Zeitung, 1849; MEW 6, S. 172).

¹⁸⁾ W. Weidenfeld (Hrg.), Die Identität der Deutschen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 200), Bonn 1983.

zösische Revanchismus nach dem Verlust des überdies deutschsprachigen Elsaß-Lothringen oder das jahrhundertlange Verlangen der Polen nach Restitution ihres Nationalstaates damit vergleichen? Bei jenen ging es „nur“ um Revision und Veränderung willkürlich versetzter Staatsgrenzen. Wir hingegen stehen vor dem Verlust von durch Jahrhunderte kultivierten Volksbodens und der völligen Entwurzelung der dort ansässigen deutschen Stämme und Volksgruppen — ein wahrhaft radikaler Unterschied.

In der Welt, wie sie ist, erschiene es schon als unvorstellbar, daß von den jetzigen Bewohnern wieder freizugebende Flächen durch deutsche Bauern oder Kleinstädter wiederbesiedelt werden könnten; woher sollten diese auch kommen? Freizügigkeit in dem erhofften „Europa ohne Grenzen“ könnte zwar deutsche Unternehmer, Fachleute, Kapital in den europäischen Osten ziehen, aber Transfer von Wissen und Kapital ist nicht gleich Bevölkerung.

Das einstige Vordringen von Deutschen und Niederländern nach dem Osten war — abgesehen von den Kreuzzügen nach Nordost — das Ergebnis eines natürlichen West-Ost-Gefälles von Wirtschaftskraft, organisatorisch-technischem Vorsprung sowie Bevölkerungs-

überschuß und wurde politisch ausgelöst vom landesherrlichen Wunsch nach Modernisierung zurückgebliebener Territorien¹⁹⁾.

Den Gegenstoß bewirkten gleichfalls säkulare Kräfte des demographischen, sozialen und nationalbewußten Aufstiegs der zum industriell-bürgerlichen Weltstand strebenden Völker in der östlichen Nachbarschaft, den das Hitler-Regime durch einen besinnungslosen Gegen-schlag zu überwältigen gedachte. Die den deutschen Osten verheerende Gewalt jener Gegenbewegung verband sich schließlich mit der russisch-eurasischen Macht, die nach einem Menschenalter nachholender Industrialisierung imstande war, traditionelle, ehemals auch panslawistisch begründete Expansionsziele in Ostmitteleuropa zu erreichen.

Ohne ein Bedenken dieser in der neueren Geschichte einzigartigen Dynamik der beschriebenen sozialwirtschaftlichen Vorgänge als dem Hintergrund des politischen Geschehens kann über unsere nationale Vergangenheit und Zukunft nicht nachgedacht werden.

¹⁹⁾ Das historische Gegenstück dazu ist die russische Kolonisation Mittel- und Nordasiens, hier allerdings mit dem Ergebnis imperialer Dauerherrschaft.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und Südosten 1944–1947

I. Historiographische Bedingtheiten

Auch vierzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Darstellung eines seiner folgenreichsten Ergebnisse, nämlich die Flucht und Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus dem Osten, keineswegs nur eine historisch-wissenschaftliche Aufgabe. Zweifellos — dies zeigt allein die Heftigkeit der öffentlichen Diskussion um die Lösung des diesjährigen Treffens der Schlesier — berührt jede publizistische wie wissenschaftliche Beschäftigung mit den Geschehnissen im Osten vor rund vier Jahrzehnten auch politische und moralische Kategorien. Sie führen nicht selten zu einer wissenschaftlichen Enthaltensamkeit gerade bei einem Thema, das im Interesse der historischen Wahrheitsfindung eine umfassende Behandlung fern aller vordergründigen, oft tagespolitisch motivierten oder verhängnisvoll als „volkspädagogisch“ deklarierten Beweggründe nicht nur verdient hätte, sondern eben wegen der politischen Brisanz geradezu gebietet.

Gewiß, bereits in den fünfziger Jahren — kaum ein Jahrzehnt nach den Ereignissen — setzte für deren historisch-wissenschaftliche Darstellung die vielbändige, vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte herausgegebene „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ in jeder Hinsicht auch heute noch richtungweisende Maßstäbe¹⁾. Auch aus diesem Grunde erscheint die zögernde Haltung erklärbar, mit der in der Folgezeit — im Grunde bis zum Erscheinen der in erster Linie für ausländische Leser gedachten Arbeit des amerikanischen Völkerrechtlers A. M. de Zayas im Jahre 1977²⁾ — Historiker an die notwendige Aufarbeitung von Teilgebieten

des Gesamtkomplexes herangingen und so einer mehr publizistischen, aber auch tagespolitischen Zwecken dienenden Auswertung der verfügbaren Quellen das Feld überließen, die vorwiegend auf die dokumentarische Darstellung individueller Vertriebenenenschicksale in einzelnen Vertreibungsgebieten abhob.

Gewiß mag auch die außergewöhnliche Quellenlage zu diesem Ergebnis beigetragen haben: Vertreibungsereignisse gehören zu den historischen Vorgängen, die in amtlichen Unterlagen — in der Regel die Quellenbasis, von welcher der Historiker ausgeht — aus der Natur der Sache heraus nur höchst unzulänglich dokumentiert sind oder deren Erforschung an Hand amtlicher Quellen aus politischen Gründen erschwert wird. Dazu gehören im besonderen Maße auch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Bundesminister für Vertriebene seit 1950 bereits vorhandene, insbesondere aus der Tätigkeit einiger Arbeitskreise von Vertriebenenorganisationen entstandene Sammlungen von Erlebnisberichten und anderen Aufzeichnungen privater Herkunft systematisch erfaßt und durch methodisch moderne Befragungsmethoden so entscheidend ergänzt, daß für das Publikationsprojekt der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen“ eine breite Ausgangsbasis von Ersatzquellen geschaffen werden konnte. Diese Materialien wurden nach Übernahme in das Bundesarchiv in der „Ost-Dokumentation“ zusammengefaßt und durch zusätzlich erworbene oder im Bundesarchiv erarbeitete Sammlungen, durch wissenschaftliche Erhebungen und nicht zuletzt durch

¹⁾ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-Europa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, bearbeitet von Theodor Schieder, Bde. I—V, 3 Beihefte, Bonn 1953—1961, unveränderter Nachdruck (ohne Beihefte) im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv), München 1984.

²⁾ Alfred M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, München 1977 (hier zitiert nach der Taschenbuch-Ausgabe bei dtv, München 1981²⁾; Originalausgabe unter dem Titel „Nemesis at Pots-

dam“, London 1977. Erst vierzig Jahre nach den Geschehnissen im Osten wird der von Wolfgang Benz herausgegebene Sammelband „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen“, Frankfurt 1985 (Fischer-Taschenbuch, erscheint im Juni 1985) eine Bilanzierung des Wissens- und Forschungsstandes, auch aus nichtdeutscher Sicht, sowie eine wissenschaftliche Analyse verschiedener Aspekte des Flucht- und Vertreibungsgeschehens vor dem Hintergrund volkstums-politischer und allgemein politischer Zusammenhänge versuchen.

nachgelassene Papiere beträchtlich erweitert³⁾.

Diese seinerzeit noch neuartige Überlieferungsgattung setzte allerdings im Sinne der geforderten Wahrheitsfindung die Anlegung spezifischer Maßstäbe der Quellenkritik voraus, die damals erst entwickelt werden mußten⁴⁾. Statistische und andere quantifizierende Aussagen — nicht einmal letzte Sicherheit hinsichtlich einer in allen Einzelheiten korrekten Wiedergabe von Tatsachen im Sinne eines juristischen Beweises — sind bei diesen Quellen im Grunde nicht zu erreichen. Auch ist die Verführung zur bloßen Summierung von Einzelschicksalen besonders groß; ferner erscheint hier die Aufgabe des Historikers, durch Abstrahierung zu allgemein gültigen Aussagen zu gelangen, besonders schwierig. Die Summierung der in den Erlebnisberichten niedergelegten Einzelschicksale verdeutlicht indessen bei aller Subjektivität der Darstellung und der offenkundigen Begrenztheit des menschlichen Wahrnehmungs-, Erinnerungs- und Darstellungsvermögens in besonderer, unmittelbarer Eindringlichkeit Flucht und Vertreibung der Deutschen als einen historischen Gesamtvorgang, der künftigen Generationen verständlich zu machen ist, um Wiederholungen zu verhindern.

Vor allem aber waren es Motive politischer Natur, die Historiker und Verleger vor der Aufarbeitung des Themenkomplexes zurückschrecken ließen. Wann immer das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen und dessen besondere Quellenlage zur Sprache kam, konnte man sich heftiger Proteste vor allem aus osteuropäischen Ländern, aber auch aus dem westlichen Ausland und dem Inland sicher sein⁵⁾. Deren Grundtenor war und ist

³⁾ Vgl. Das Bundesarchiv und seine Bestände, hrsg. von Gerhard Granier, Josef Henke, Klaus Oldenhave, Boppard 1977³, S. 713 ff.

⁴⁾ Vgl. Werner Conze, Die Dokumentation der Vertreibung. Ein Beispiel zeitgeschichtlicher Methode, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 5 (1954), S. 236—238; Martin Broszat, Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2 (1954), S. 202—213; Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 8 (1960), S. 1—16.

⁵⁾ Vgl. z. B. die bei Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, Arget 1984², S. 48 ff., zusammengestellten Verlautbarungen im Zusammenhang mit der Diskussion um die Freigabe der vom Bundesarchiv im Auftrag der Bundesregierung erstellten „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen“ (Bundesarchiv-Bestand Ost-Dok. 1 Anhang).

es, zunächst das Thema als politisch unerwünscht im Hinblick auf aktuelle Bedürfnisse zu bezeichnen. Man versuchte weiter, die angeblichen Intentionen der Autoren und ihrer Arbeiten zu diskreditieren, indem man ihnen von vornherein eine bewußte Verschleierung der beispiellosen Verbrechen des NS-Regimes, vor allem in den besetzten Gebieten, unterstellte. Schließlich bestritt man nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ den historischen Vorgang von Flucht und Vertreibung und tat die einschlägigen Dokumente — insbesondere die über 40 000 Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs — schlicht als Fälschungen oder Relikte aus der Mottenkiste des Kalten Krieges ab⁶⁾.

Gewiß, welcher verantwortungsbewußte Staatsbürger — sei er Lehrer, Historiker, Politiker oder lediglich an der historischen Wahrheit Interessierter — möchte schon in den Verdacht geraten, er wolle über das vielfältige Leid der ihrer angestammten Heimat beraubten Deutschen aus dem Osten die in deutschem Namen begangenen Morde und Verbrechen, insbesondere das unsägliche Grauen der nationalsozialistischen Vernichtungslager, relativieren oder gar vergessen machen, um so vielleicht zu einer moralischen Neubewertung der Terrorherrschaft des NS-Regimes in Deutschland oder Europa zu kommen? Aber eben weil die unvorstellbaren Tragödien etwa in Nemmersdorf, Metgethen und Königsberg, in Lamsdorf, Brünn oder Aussig in einem ursächlichen Zusammenhang stehen mit den Morden der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinter der deutschen Ostfront, mit den Massenvernichtungslagern etwa in Treblinka, Chelmno, Auschwitz und Majdanek⁷⁾, eben weil die mehrfach geschändete und anschließend grausam ermordete Ostpreußin ebenso ein Teil derselben geschichtlichen Wahrheit ist wie die kaltblütig liquidierte weißrussische Bäuerin oder die in der Gaskammer vernichtete Jüdin, eben weil es gilt, eine Wiederholung eines solchen millionenfachen Mordes und Terrors politisch und moralisch unmöglich zu machen, ist die Erforschung und zu vermittelnde Erfahrung der gesamten Wirklichkeit unserer jüngeren Vergangenheit eine unbestreitbare historische wie politische Notwendigkeit.

⁶⁾ Ahrens (Anm. 5), S. 51 ff.

⁷⁾ Darauf haben auch die Autoren der „Dokumentation der Vertreibung“ (Anm. 1) unermüdlich hingewiesen; vgl. z. B. Schieder (Anm. 4), S. 13.

Auschwitz und Nemmersdorf aus den Quellen zu beschreiben und — gleichsam als Summe der verschiedenen Darstellungen und Deutungen — als eine von tagespolitischen Opportunitäten unabhängige Mahnung „wider das Vergessen“ und in ihrer jeweiligen Bedingtheit miteinander zu begreifen (auch wenn beide Namen sicherlich nicht immer in einem Atemzug nennbar sind), hat nichts mit vordergründigem „Aufrechnen“ zu tun, nichts aber auch mit einer unwissenschaftlichen, po-

litisch oder ideologisch verordneten Unterdrückung oder Leugnung des einen oder anderen Teils derselben historischen Wahrheit, wohl aber alles mit einer verantwortungsbe- wußten Suche nach Erfahrung und Vermittlung der gesamten komplexen Wirklichkeit eines zutiefst von Unmenschlichkeit geprägten Abschnitts unserer gemeinsamen Vergangenheit. Dies kann als eine, und zwar wesentliche Voraussetzung für eine bessere Zukunft politisch und gesellschaftlich Wirkung zeigen.

II. Diplomatisches Vorspiel und politische Wirklichkeit

Die Existenz besonderer Quellen zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten erweist sich bei einem Blick auf die diplomatische Vorgeschichte des Beschlusses „einer ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ aus Ost- und Südosteuropa, wie ihn die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 faßte, geradezu als eine glückliche Fügung. Denn das namenlose Leid auf den vereisten Fluchtstraßen des Ostens, auf dem brüchigen Eis des Haffs, auf den von Torpedos getroffenen Flüchtlingstransportern, in den Deportationslagern im Innern Rußlands gerinnt in den diplomatischen Quellen zum völkerrechtlich hantierbaren Begriff des „Bevölkerungstransfers“, der noch dazu als beinahe natürliche Begleitmaßnahme angeblich notwendiger territorialer Umgestaltungen bzw. als angemessenes Mittel zur Lösung ethnischer Konflikte betrachtet wurde⁸⁾.

Die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit der Konferenzsäle von Teheran, Jalta und Potsdam einerseits und dem Elend der Flüchtlingstrecks andererseits findet ihre Entsprechung in der Kluft zwischen der Sprache der diplomatischen Quellen und den Erlebnisberichten Betroffener. Mehr noch: Hier erweist sich einmal mehr die Unzulänglichkeit einer historischen Methode, die sich lediglich auf konventionelle amtliche Behördenakten stützt, wenn es gilt, die Wirklichkeit von Einzelschicksalen als historischen

Gesamtvorgang erfahrbar zu machen. Ohne die aufgrund des Fehlens amtlicher Unterlagen entstandenen Sammlungen der Zeugenberichte würden Flucht und Vertreibung nach dem Tode der letzten unmittelbar Betroffenen künftigen Generationen vielleicht nur als eine diplomatische Frage zweiten Ranges auf den entscheidenden Konferenzen des Zweiten Weltkrieges erscheinen, nicht aber in der bedrückenden Wirklichkeit millionenfachen Leides und Todes überliefert bleiben.

Daß diese verhängnisvollen Auswirkungen auf die Betroffenen bei Konferenzbeschlüssen über „Bevölkerungsverschiebungen“ kaum beachtet, sondern ausschließlich angebliche Vorteile „einer größeren Homogenität der Bevölkerung und der Beseitigung alter tiefverwurzelter Streitfragen“⁹⁾ gesehen wurde, war bereits eine Erfahrung aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gewesen. Bei der Bildung der ethnisch heterogenen Staaten in Ost- und Südosteuropa nach 1918 war die schon seit dem Aufstieg der nationalen Einigungsbewegung im 19. Jahrhundert zumindest latent vorhandene Idee, durch die Aussiedlung ethnischer Minderheiten aus einem Staatsverband eine „nationale Purifizierung“¹⁰⁾ zu erreichen und Volksgruppenkonflikte dauerhaft zu lösen, erstmals konkret realisiert worden. Die leidvolle Härte und Ungerechtigkeit bei der Umsiedlung von Griechen und Türken seit 1923 verblaßte bei zunehmender örtlicher und zeitlicher Distanz. Es blieb die fixe Idee eines „faszinierenden Musterbeispiels für die Durchführbarkeit radikaler ethnischer Entmi-

⁸⁾ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam — Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Anm. 2), S. 49—69, dort auch weiterführende Literaturangaben. Herrn Henke danke ich sehr für seine Bereitschaft, mir sein Manuskript vorab zur Verfügung zu stellen. Auf seine Thesen stützen sich im wesentlichen die Darlegungen in diesem Abschnitt.

⁹⁾ So der britische Außenminister Lord Curzon auf der Konferenz von Lausanne 1923, auf der die Umsiedlung von Griechen und Türken beschlossen wurde. Zit. nach K.-D. Henke (Anm. 8), S. 50.

¹⁰⁾ Schieder (Anm. 4), S. 11.

schung¹¹⁾). Sie bot sich bei den Verhandlungen der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges als beherrschendes Argument geradezu an, zumal es nun um das weitere Schicksal der Deutschen ging, deren Konzeption einer rassenideologisch begründeten Hegemonie in Europa und in der Welt millionenfaches Leid über die von ihnen beherrschten Völker gebracht hatte.

Freilich, um eine „ethnische Entmischung“ konnte es nur bei einem geringeren Teil der von der vereinbarten „Umsiedlung“ schließlich betroffenen Deutschen gehen. Rund 60% von ihnen gehörten nicht zu deutschen Minderheiten in einem anderen Staatsverband, sondern stammten aus den auch vor Hitlers territorialen Eroberungen zum Deutschen Reich gehörigen Gebieten jenseits von Oder und Neiße (also aus der damaligen Provinz Ostpreußen, aus der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, aus Pommern, Schlesien und Ost-Brandenburg). Sie wären erst durch die Oder-Neiße-Linie 1945 zu einer gewaltigen Minderheit im neuen polnischen Staatsgebiet geworden. Ihr Schicksal ist also unmittelbare Folge der Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition über die polnischen Nachkriegsgrenzen.

In dieser Frage hatte man von zwei Prämissen auszugehen: Einmal galt Polen mit Recht als eines der Hauptopfer der kriegerischen Expansion des NS-Regimes, zum andern hatte Stalin nie einen Zweifel daran gelassen, daß er die ostpolnischen Gebiete, die der Sowjetunion als Folge seines Paktes mit Hitler vom 23. August 1939 zugefallen waren, nicht mehr herausgeben werde. Wollte man aber an der neuen polnischen Ostgrenze festhalten, so stellte sich die Frage einer angemessenen Entschädigung Polens im Norden und Westen auf Kosten des besiegten Deutschland. Bereits die erste Kriegskonferenz zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin Ende November 1943 in Teheran brachte eine Einigung über diese beiden Grundlagen: die Endgültigkeit der polnischen Ostgrenze und das Prinzip der polnischen „Westverschiebung“, deren präzise Ausmaße indessen offen blieben.

Es erwies sich als folgenreich, daß die Westmächte sich mit Rücksicht auf die Sowjetunion allmählich bewußt über die Wünsche der anti-sowjetisch eingestellten polnischen Exilregierung in London hinwegsetzten. Die Londoner Exilpolen lehnten nämlich nicht

nur die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion ab, sondern schreckten im Hinblick auf das spätere Verhältnis Polens zu Deutschland auch vor einer übertriebenen Ausdehnung der polnischen Grenzen nach Westen zurück. Sie ließen sich auch von Churchill, der seit Teheran immer häufiger von der Oder als der künftigen polnischen Westgrenze sprach, nicht für die Vereinbarungen von Teheran gewinnen. Ihr Kurswert als alliierter Verhandlungspartner bröckelte allerdings mit der Bildung des prosowjetischen „Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung“ — auch „Lubliner Komitee“ genannt — im Sommer 1944 stark ab. Die Lubliner Polen erkannten die sowjetischen Grenzregelungswünsche voll an und erhielten von den Sowjets erstmals auch Versprechen hinsichtlich eines späteren Grenzverlaufs an Oder und Lausitzer Neiße. Ende 1944 trat die UdSSR erstmals auch öffentlich für die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ein. Einen Monat vor dem Treffen in Jalta auf der Krim erfolgte die Anerkennung der ausschließlich aus Lubliner Polen bestehenden Provisorischen Regierung der Polnischen Republik durch die Sowjetunion.

Diese Entwicklung der politischen Verhältnisse Polens beobachteten die Westmächte mit steigender Besorgnis. Als Stalin Anfang Februar 1945 in Jalta Verständnisbereitschaft in dieser Frage erkennen ließ, bestätigten Churchill und Roosevelt auch formell die russische Westgrenze, billigten im Prinzip auch die Oder-Linie als neue polnische Westgrenze, ja machten gegen eine Grenzziehung im südlichen Teil entlang der Lausitzer Neiße im wesentlichen lediglich Gegengründe praktischer Art geltend: Die Integration solch umfangreicher deutscher Gebiete würde die polnischen Nachkriegsregierungen vor gewaltige Schwierigkeiten stellen. Eine präzise Festlegung des endgültigen Grenzverlaufs in völkerrechtlich verbindlicher Form mußte man einer späteren Friedenskonferenz überlassen. Faktisch führte dieser Zustand der Unsicherheit jedoch zur Schaffung vollendeter Tatsachen und damit zur Präjudizierung einer Grenzregelung, die nur durch einen Friedensvertrag mit Deutschland völkerrechtlich wirksam werden konnte¹²⁾.

Drei Tage nach Abschluß der Konferenz von Jalta gestattete der Oberste Verteidigungsrat der UdSSR die Einsetzung polnischer Verwaltungsdienststellen in den von der Roten Ar-

¹¹⁾ K.-D. Henke (Anm. 8), S. 50.

¹²⁾ Ebd., S. 53.

mee besetzten Gebieten. Im März 1945 erfolgte bereits die Errichtung der fünf neuen polnischen Wojwodschaften Masuren, Pommern, Oberschlesien, Niederschlesien, Danzig. Westliche Proteste konnten durch die unverbindliche Erklärung, diese örtlichen Maßnahmen hätten nichts mit dem endgültigen Grenzverlauf zu tun, leicht entschärft werden.

Indessen sahen sich die westlichen Alliierten auf der Konferenz von Potsdam mit der faktischen Ausgliederung der reichsdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße aus der sowjetischen Besatzungszone konfrontiert. Man protestierte daher auch gegen diesbezügliche einseitige sowjetisch-polnische Aktionen. Ins Gewicht fielen nunmehr auch die schwerwiegenden Probleme, die Briten und Amerikaner als Folge der Abtrennung weiter, vorwiegend landwirtschaftlich genutzter Landstriche und der Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen für die eigenen Besatzungszonen zu erkennen glaubten. Als Stalin jedoch bei der Regelung der Reparationen zu Zugeständnissen bereit war, honorierten seine westlichen Verbündeten dies mit ihrer Sanktionierung der polnischen Verwaltung in den Oder-Neiße-Gebieten und darüber hinaus mit der Zustimmung zur Massenausweisung der deutschen Bevölkerung aus „Polen“, der Tschechoslowakei und Ungarn. Zwar wurde erneut bekräftigt, daß der genaue Verlauf der polnischen Grenzen bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle, mit der Potsdamer Lösung wurden aber „faits accomplis“ bestätigt und der Verlauf der deutsch-polnischen Grenze nicht de iure, aber de facto festgeschrieben. Der nördliche Teil Ostpreußens mit der Provinzhauptstadt Königsberg wurde hingegen der Sowjetunion überlassen.

Gleichzeitig wurde auch das Schicksal jener Millionen Deutschen besiegelt, die als ethnische Minderheiten aus den intakt gebliebenen oder nach der Niederlage der Achsenmächte wiederhergestellten Staaten Ost- und Südosteuropas bereits vertrieben waren oder noch vertrieben wurden. Es handelte sich um die im Potsdamer Protokoll genannten Deutschen aus der Tschechoslowakei (also die Sudetendeutschen, die Deutschen aus dem ehemaligen Protektorat Böhmen und Mähren und aus der Slowakei), aus Polen — gemeint sind neben der Bevölkerung der reichsdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße die Deutschen aus den 1939 in das Deutsche Reich eingegliederten (Reichsgaue Danzig-

Westpreußen und Wartheland sowie Ost-Oberschlesien) und angegliederten Gebieten und aus dem „Generalgouvernement“ (also aus dem restlichen Polen ohne die von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete) — sowie um die Deutschen aus Ungarn. Faktisch betroffen waren aber auch die starken deutschen Volksgruppen in Südosteuropa, vor allem in Jugoslawien und Rumänien, sofern sie nicht bereits während des Krieges auf deutsche Veranlassung hin umgesiedelt und in ihren neuen Wohnstätten in den ein- oder angegliederten Gebieten Westpolens bzw. Sloweniens von dem allgemeinen Flucht- und Vertreibungsgeschehen erfaßt worden waren.

Mit den Potsdamer Formeln wurde der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, daß die Frage von Grenzverschiebungen unmittelbar verknüpft war mit einem ungewissen Schicksal, ja, der existentiellen Gefährdung, in jedem Fall mit der Entwurzelung von Millionen in den Vertreibungsgebieten ansässiger Deutscher. Diese Verknüpfung freilich war den für eine politische Neuordnung Ostmitteleuropas nach Hitlers Niederlage verantwortlichen Staatsmännern und Diplomaten im Prinzip stets bewußt und wurde von ihnen ausdrücklich gewollt¹³⁾. Trotz aller Differenzen, die auf den Kriegskonferenzen zwischen den Großmächten in Einzelfragen wie der westlichen Neiße oder der endgültigen Zahl der „Umzusiedelnden“ auftraten, war ihnen aber letztlich das Problem der exakten Grenzregelung wie der damit verbundenen Massenvertreibung nicht wichtig genug, um darüber einen ernsthaften Streit entstehen zu lassen oder gar Polen, die Sowjetunion und andere betroffene Länder wirkungsvoll daran zu hindern, die militärische, politische und moralische Niederlage Deutschlands dazu zu nutzen, mit den Deutschen „ein für alle Mal reinen Tisch zu machen“¹⁴⁾.

Reinen Tisch mit der deutschen Bevölkerung zu machen, war von jeher auch feste Absicht der von Staatspräsident Beneš geführten tschechoslowakischen Exilregierung in London im Hinblick auf die politische und soziale Zukunft des Landes nach einer deutschen Niederlage gewesen. Mehrere Faktoren hatten dazu beigetragen, daß die radikalste Lö-

¹³⁾ Im einzelnen K.-D. Henke (Anm. 8) und insbesondere zur Haltung der Westmächte de Zayas (Anm. 2).

¹⁴⁾ K.-D. Henke (Anm. 8), S. 59. Zitat aus Churchills Unterhausrede vom 15. 12. 1944.

sung des Minderheitenproblems in der Tschechoslowakei bei den Westmächten, insbesondere bei der britischen Regierung, überraschend schnellen Anklang und grundsätzliche Zustimmung gewann.

Die mit Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs auf der Münchner Konferenz 1938 in völkerrechtlich verbindlicher Form erfolgte Eingliederung der von rund 3,5 Millionen Deutschen bewohnten Sudetengebiete in das Deutsche Reich hatte sich im Bewußtsein der britischen Regierung und Öffentlichkeit zu einer Art Trauma entwickelt. Spätestens mit seinem Einmarsch in Prag am 15. März 1939 hatte Hitler bewiesen, daß ihm die in vieler Hinsicht berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen nach Selbstbestimmung lediglich als Vehikel seiner expansionistisch-ideologischen Zielvorstellungen auf dem europäischen Kontinent gedient hatten. „München“ hatte darüber hinaus nach Ansicht vieler Engländer, vor allem der nunmehr die Regierung bildenden „Anti-Appeasers“ um Churchill und Eden, den Krieg, der Großbritannien an den Rand des Untergangs gedrängt hatte, erst möglich gemacht. Hinzu kam die allseits, auch von der Sowjetunion anerkannte Autorität der Persönlichkeit von Eduard Beneš. Er gewann unter Ausnutzung des Schocks von München die Alliierten für seine Konzeption, die Tschechoslowakei nach der deutschen Niederlage in den alten Grenzen wiedererstehen zu lassen, darüber hinaus mit einer allgemeinen „Aussiedlung“ der Sudetendeutschen den angeblichen Hauptgrund für den „Weg nach München“ und gleichzeitig auch das angebliche Haupthindernis für eine künftige gedeihliche Entwicklung seines Landes zu beseitigen. Daß damit für Millionen ein grauenvolles Schicksal besiegelt wurde, macht die Diskrepanz zwischen politischer Begründbarkeit und daraus folgenden konkreten menschlichen Auswirkungen einmal mehr deutlich.

Insgesamt hatten Anfang 1945 — vor allem nach der Konferenz von Jalta — die maßgeblichen Politiker der Sowjetunion und der übrigen osteuropäischen Länder das sichere Gefühl gewonnen, daß die Anglo-Amerikaner kaum in der Lage, aber auch nicht wirklich willens waren, ihren in den Verhandlungen vorgebrachten und durchaus ernst gemeinten Ermahnungen zu einer geordneten Durchführung der „Bevölkerungstransfers“ energischen Nachdruck zu verleihen¹⁵⁾. Die Folge war, daß

die im Sudetenland und in den Oder-Neiße-Gebieten zurückgebliebenen bzw. dorthin zurückgekehrten Deutschen Opfer „wilder Austreibungen“ und der planmäßigen Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wurden, dann aber auch schon von „eentlichen“ Vertreibungsaktionen erfaßt wurden, noch ehe auf der Potsdamer Konferenz verbindliche Beschlüsse getroffen wurden.

Alarmiert durch das einseitig eingeleitete Ausgreifen Polens bis zur westlichen Neiße und das dadurch verursachte Anwachsen der Vertriebenenzahlen weit über die bis dahin von Großbritannien tolerierten sechs bis sieben Millionen hinaus brachte Churchill in Potsdam plötzlich schwerwiegende moralische Bedenken gegen die Massenausreibung vor. Stalin tat diese mit dem — keineswegs den Tatsachen entsprechenden — Hinweis ab, aus den Ostgebieten seien ohnehin bereits alle Deutschen vor der Roten Armee geflohen. Indessen genügte Stalins Kompromißbereitschaft in der Reparationsfrage, um die Zustimmung der Westmächte zur Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch Polen zu erhalten. Dabei zeigte sich, daß auch die damit verbundene Frage der Massenausweisung in den Augen der Konferenzteilnehmer nicht mehr als nur ein Randproblem war, „nämlich eine unschöne, aber unvermeidliche Folge der Neuordnung Europas nach dem Willen der Großmächte“¹⁶⁾. Um höherer Ziele willen wurde auch die Massenvertreibung in der nunmehrigen realen Größenordnung akzeptiert: Artikel XIII der Potsdamer Erklärung sah die „ordnungsgemäße Überführung“ deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn vor.

Daß selbst diese, von den Westmächten angeblich der Sowjetunion abgetrotzte „menschliche und geordnete“ Durchführung der Austreibung sich angesichts des über Millionen hereingebrochenen Sturms von Vergeltung, Rache und Haß als zynische, grausame Ironie erwies, ist bekannt. Daß die Westmächte zu irgendwelchen Sanktionen weder in der Lage noch willens waren, bleibt nicht zweifelhaft. Indessen bleibt zu bedenken: Die totale Niederlage des NS-Regimes war nicht der Zeitpunkt, sich nachhaltig und effektiv für die Interessen eines Volkes zu engagieren, dessen Kriegsmaschinerie man soeben unter ungeheuren blutigen Opfern besiegt hatte und dessen Führung sich — wie man gerade in Bergen-Belsen, Buchenwald oder Auschwitz

¹⁵⁾ Ebd., S. 65.

¹⁶⁾ Ebd., S. 68.

erlebt hatte — beispielloser Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatte. Eines vermeintlichen Randproblems wegen war man nicht bereit, die Schwierigkeiten im Verhältnis zu dem für die Nachkriegsordnung unentbehrlichen sowjetischen Koalitionspartner noch weiter zu vergrößern. Die Sieger einigten sich auf Kosten der zu bestrafenden Besiegten. Die Chance eines umfassenden Neubeginns etwa auf der Grundlage der Atlantik-Charta wurde vertan. Dies kann ange-

sichts des beispiellosen Terrors des NS-Regimes und noch dazu von einem Angehörigen dieses 1945 besiegten, in unerhörtem Maße schuldig gewordenen Volkes nicht gewertet werden. Wie sich jedoch die diplomatischen Entwicklungen und politischen Beschlüsse in konkrete menschliche Einzel- und Massenschicksale umsetzten, deren quantitative und qualitative Ausmaße erneut alle Vorstellungskraft überstiegen, muß aus historischer wie politischer Sicht darstellbar bleiben dürfen.

III. Die Flucht

1. Ostpreußen

Während in Jalta und Potsdam noch über künftige Grenzziehungen und damit verbundene „Bevölkerungstransfers“ debattiert wurde, hatten bereits Millionen von Menschen auf der Flucht vor der Roten Armee ihre angestammte Heimat verlassen. Stalin konnte daher in Jalta und in Potsdam darauf verweisen, daß die Massenflucht der Deutschen die nachträgliche Ausweisung vereinfachen, wenn nicht gar entbehrlich machen würde. Die Katastrophe, die mit dem Einmarsch der Roten Armee über die deutsche Bevölkerung im Osten hereinbrach und in weiten Landstrichen kaum noch einen Menschen — Mann, Frau oder Kind — übrigließ, die Millionen in die Flucht, in die Deportation, vielfach auch in den Tod trieb¹⁷⁾, geriet so zu einem zynischen Argument für die Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer definitiven Totalausreibung. Die Massenflucht vor dem Kriegsgeschehen blieb damit nicht eine — sonst in vielen Kriegen zu beobachtende — mit der Rückkehr in die wenn auch vielfach zerstörte Heimat endende Episode, sondern bildete das bewußt oder unbewußt von den Siegern so inszenierte Vorspiel zur endgültigen Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.

Dieser gewaltsamen Verdrängung war bereits während des Krieges eine Phase der vertrag-

lich geregelten „Rücknahme“ von deutschen Bevölkerungsteilen aus Siedlungsgebieten jenseits der Reichsgrenze vorausgegangen. Betroffen waren vor allem:

- Baltendeutsche aus Estland, Lettland und Litauen, deren angestammte Siedlungsgebiete 1939/40 von der deutschen Reichsregierung der Sowjetunion zugestanden worden waren;
- deutsche Volkszugehörige aus den ostpolnischen, 1939/40 ebenfalls von der Sowjetunion annektierten Gebieten Wolhynien und Galizien;
- deutsche Volkszugehörige aus Bessarabien, der Bukowina (Buchenland) und Dobrudscha, also aus den Gebieten, die 1939/40 zum größten Teil von Rumänien an die Sowjetunion abgetreten worden waren;
- Volksdeutsche aus Kroatien, Serbien und der Gottschee, also aus dem ehemals jugoslawischen Staatsgebiet, sowie
- die zahlenmäßig kleine deutsche Volksgruppe aus Bulgarien.

Diesen volksdeutschen Umsiedlern wurden neue Heimstätten vor allem in den deutschen Ostgebieten sowie in den dem Reich ein- bzw. angegliederten Ostgebieten (insbesondere im Wartheland) und in Slowenien zugewiesen. Sie teilten dort beim Zusammenbruch der deutschen Front 1944/45 das allgemeine Flucht- und Vertreibungsschicksal der Deutschen in Ost- und Ostmitteleuropa.

Mit der sowjetischen Großoffensive im Sommer 1944 und dem raschen Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Mitte gerieten erstmals die bisher allgemein als sicher angesehenen östlichen Reichsgebiete in den Bannkreis der herannahenden Front. Mitte Oktober 1944 richtete sich ein erster Angriff der Roten Armee gegen die Ostgrenze Ostpreußens. Teile der östlichen Kreise wurden be-

¹⁷⁾ George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, Stuttgart 1967, S. 269. Allgemeine Darstellungen der Ereignisse in: Dokumentation der Vertreibung (Anm. 1), Bd. I/1, bei de Zayas (Anm. 2), S. 79ff., sowie Jürgen Thorwald, Es begann an der Weichsel, Stuttgart 1956; ders., Das Ende an der Elbe, Stuttgart 1958; neuerdings Günter Böddeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, München — Berlin 1980; Frank Grube/Gerhard Richter, Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947, Hamburg 1980, sowie Wolfgang Benz (Hrsg.), (Anm. 2).

setzt, ehe ein deutscher Gegenstoß Anfang November die Front wieder bis in die Nähe der alten Grenze zurückdrängte¹⁸⁾. Die Nachrichten aus den zurückeroberten Gebieten überstiegen die schlimmsten Befürchtungen. Die von der Roten Armee an der Zivilbevölkerung begangenen, vor allem für den Ort Nemmersdorf (Kreis Gumbinnen) dokumentierten und von neutralen Beobachtern bestätigten Greueltaten wurden zum Inbegriff dessen, was jedem bevorstand, der nicht rechtzeitig fliehen konnte oder auf dem Treck von der Roten Armee überrollt wurde. Die Opfer wurden nicht nur von Ausraubungen und Plünderungen heimgesucht, sondern auch planmäßig, bisweilen bestialisch ermordet. Frauen und Mädchen jeden Alters traf das Los mehrfacher Vergewaltigungen, ehe sie dann häufig auf z. T. grausame Weise getötet wurden¹⁹⁾. Der Name Nemmersdorf wurde zum Symbol für unaussprechliche Angst²⁰⁾, die nicht mehr nur als Ergebnis der massiven antibolschewistischen Zweckpropaganda des NS-Regimes abgetan werden konnte. Die Ereignisse von Nemmersdorf beschleunigten die Fluchtbewegungen nicht nur in Ostpreußen, zumal sich nach der sowjetischen Großoffensive Mitte Januar 1945 herausstellte, daß sie kein Einzelfall bleiben sollten. In Nemmersdorf und Umgebung wurde erstmalig jener grausige Charakter des Flucht- und Vertreibungsgeschehens bekannt, welcher die Gesamtheit der vielen Tausend Erlebnisberichte und Zeugenaussagen trotz aller Unterschiedlichkeit auch hinsichtlich der Glaubwürdigkeit in Einzelheiten in erschreckender Übereinstimmung prägte. Daran grundsätzlich zu zweifeln, kann allenfalls politisch-ideologische,

¹⁸⁾ Speziell zu den Ereignissen in Ostpreußen s. Hans Graf von Lehndorff, *Ostpreußisches Tagebuch*, München 1961 (Taschenbuchausgabe bei dtv), sowie Edgar Günther Lass, *Die Flucht. Ostpreußen 1944/45*, Bad Nauheim 1964.

¹⁹⁾ Vgl. u. a. de Zayas (Anm. 2), S. 80 ff., Böddeker (Anm. 17), S. 11 ff., *Dokumentation* (Anm. 1), Bd. I/1, S. 7 ff. Speziell zum Aspekt der im Zusammenhang mit dem Flucht- und Vertreibungsgeschehen an Deutschen begangenen Verbrechen s. die Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (Bundesarchiv — künftig: BArch — Ost-Dok. 1 Anhang), insbesondere den zusammenfassenden Bericht des Bundesarchivs an den Bundesminister des Innern vom 28. Mai 1974 (BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387), sowie die im wesentlichen aus den Quellen des Bundesarchivs erarbeiteten Publikationen von Heinz Nawratil, *Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung*, München 1982, und Wilfried Ahrens, *Verbrechen an Deutschen* (Anm. 5).

²⁰⁾ Vgl. de Zayas (Anm. 2), S. 80.

nicht aber historisch-wissenschaftliche Motive haben.

Deutsche Schutzmaßnahmen in Form von Evakuierungs- und Räumungsplänen für die Zivilbevölkerung, sofern sie überhaupt ergriffen wurden, waren höchst unzureichend oder wurden zu spät in Kraft gesetzt. Hinzu kam, daß die Wucht der sowjetischen Großoffensive vom Januar 1945 die vorgesehenen Räumungsstraßen und Aufnahmegebiete schnell unpassierbar bzw. unerreikbaar machte. Verste Straßen und Wege sowie die bittere Kälte eines besonders harten Winters ließen die zumeist auftretenden chaotischen Verhältnisse und die Panik noch qualvoller werden. Geradezu verhängnisvoll erwies sich nun, daß die zuständigen Bevollmächtigten der Partei unter der Führung der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare die häufig von militärischen Dienststellen rechtzeitig empfohlenen vorbeugenden Evakuierungsmaßnahmen als Defaitismus oder gar Verrat denunzierten²¹⁾. Demgegenüber propagandistisch stark herausgestellte Verteidigungsmaßnahmen wie die im Herbst 1944 unter Einsatz aller arbeitsfähigen Männer errichtete „Ostpreußenstellung“ und auch die zuerst in Ostpreußen erfolgte Aufstellung des Volkssturms konnten die Gewalt der sowjetischen Angriffe in keiner Weise hemmen oder gar abwenden. Immer wieder ergab sich die Situation, daß die drohende Gefahr trotz aller alarmierenden Anzeichen von den Verantwortlichen bagatellisiert oder gar unter Hinweis auf den noch nicht ergangenen Räumungsbefehl schlicht geleugnet wurde, so daß die Bevölkerung — falls nicht entschlossene Eigeninitiative eine rechtzeitige Flucht möglich machte — in den meisten Fällen viel zu spät zu einer überstürzten Entscheidung von einer Minute zur anderen gezwungen war²²⁾. Die hier und da noch verbreitete Legende, die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee sei Folge von „Zwangsmaßnahmen der NS-Behörden“ gewesen, steht in eklatantem Widerspruch zu allen Erlebnisberichten der Beteiligten²³⁾.

²¹⁾ Vgl. *Dokumentation* (Anm. 1), Bd. I/1, S. 10 E ff.; Lass (Anm. 18), S. 11 f.

²²⁾ Vgl. Lass (Anm. 18), S. 11; Böddeker (Anm. 17), S. 21.

²³⁾ Vgl. Leserbrief in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 35 vom 11. 2. 1985 und Erwiderung von Gotthold Rhode in Nr. 53 vom 4. 3. 1985; vgl. auch de Zayas (Anm. 2), S. 90 f.

2. Militärischer Zusammenbruch und Fluchtbewegungen 1945

Der Höhepunkt der Katastrophe der deutschen Ostgebiete begann mit der sowjetischen Großoffensive vom 12./13. Januar 1945. Aus Brückenköpfen an der mittleren Weichsel stießen die Sowjets gegen Schlesien und frontal gegen die mittlere Oder vor, während zwei weitere Angriffskeile Ostpreußen abriegelten. Die mit äußerster Wucht sowie großem Truppen- und Materialaufwand geführten Angriffe erzielten sehr rasch entscheidende Wirkungen. Von einer zusammenhängenden deutschen Abwehrfront konnte schon nach wenigen Tagen keine Rede mehr sein. Zur militärischen Katastrophe kamen Chaos und Elend der in Massen vor den sowjetischen Angriffsspitzen nach Westen flüchtenden deutschen Zivilbevölkerung hinzu. Statt von vorausschauenden Evakuierungsplänen wurden die Fluchtwege weitgehend von den militärischen Operationen bestimmt, falls es infolge der Schnelligkeit des russischen Vormarsches überhaupt noch zur Flucht kam oder falls die Trecks nicht ohnehin von den Angreifern überrollt und vielfach zerschossen wurden.

Bereits Ende Januar 1945 standen Verbände der Roten Armee in Schlesien an der Oder bei Brieg und nördlich von Breslau. Im Mittelabschnitt hatten sie die Oder bei Fürstenberg und Küstrin erreicht und ganz Ost-Brandenburg besetzt. Nur einem Teil der Flüchtlinge war es gelungen, rechtzeitig über die Oder zu kommen, wo man sich vorerst noch in Sicherheit wähen konnte.

Den ostpreußischen Flüchtlingen wurde der Weg nach Westen rasch versperrt. Der im Norden aus Richtung Ebenrode und Schloßberg auf Königsberg angesetzte sowjetische Vorstoß drang gegen die Halbinsel Samland vor und führte am 31. Januar zur Einkesselung von Königsberg. Dabei kam es in der Gartenvorstadt Metgethen, die voll von Flüchtlingen zumeist aus Königsberg war, zu unbeschreiblichen Exzessen, bei denen wiederum vor allem Frauen Opfer schlimmster Grausamkeiten wurden²⁴). Der Angriff aus südlicher Richtung stieß durch das südwestliche Ostpreußen auf Elbing und erreichte am 26. Januar das Frische Haff. Damit waren alle Land- und Bahnverbindungen Ostpreußens

mit dem Reich abgeschnitten. Den noch in Mittel-Ostpreußen befindlichen Flüchtlingstrecks blieben als Auswege lediglich das Samland mit dem Seehafen Pillau, vor allem aber der gefahrenvolle — oft unter sowjetischem Artillerie- und Tieffliegerbeschuß liegende — Weg über das Eis des Frischen Haffs auf die Nehrung und von dort entweder in das Weichseldelta nach Westen oder ebenfalls nach Pillau im Osten. Ende Januar waren in einem schlauchartigen, an das Frische Haff angelehnten Kessel um Heilsberg, Braunsberg und Heiligenbeil Hunderttausende von Flüchtlingen zusammengedrängt. Unzählige Menschen waren ferner im eingeschlossenen Königsberg sowie im westlichen Samland bedroht.

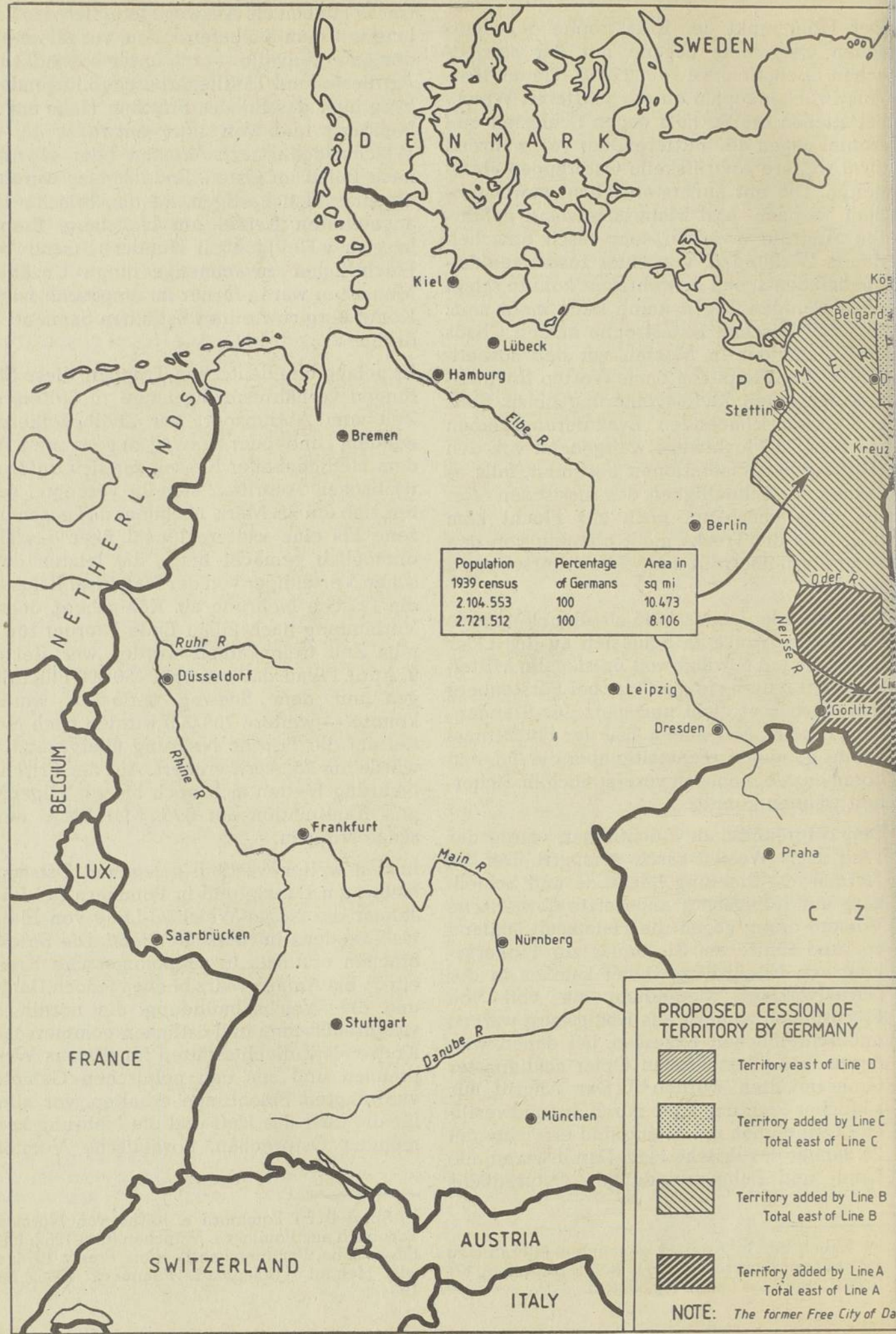
Es gelang den deutschen Truppen, diese Stellungen verhältnismäßig lange zu halten, um Zeit zum Abtransport der Zivilbevölkerung auf dem Land- oder Seeweg zu gewinnen. Aus dem Heiligenbeiler Kessel, der sich unter sowjetischen Angriffen ständig verengte, setzten sich am 25. März, nachdem das geschmolzene Eis eine weitere Flucht über das Haff unmöglich gemacht hatte, die letzten deutschen Verteidiger von der Halbinsel Balga auf die Frische Nehrung ab. Königsberg, dessen Verbindung nach Pillau Ende Februar für einige Zeit freigekämpft worden war, fiel am 9. April. Pillau, das von über 450 000 Flüchtlingen auf dem Seeweg verlassen werden konnte — weitere 200 000 wurden nach Neutief auf die Frische Nehrung übergesetzt —, wurde am 25. April erobert. Auf der Frischen Nehrung hielten sich noch bis zur allgemeinen Kapitulation am 8./9. Mai Reste deutscher Truppen.

In den weiter westlich gelegenen Ostseegebieten um Danzig und in Pommern fiel Ende Januar die Nogat-Weichsel-Linie von Elbing bis Graudenz in russische Hand. Die Sowjets brachen erstmals in südpommerische Kreise ein²⁵). Bis Anfang März blieben jedoch Danzig und die Weichselmündung, die nördlichen westpreußischen und östlichen pommerischen Kreise als Zufluchtsstätten für die aus Westpreußen und aus den polnischen Gebieten verdrängten Flüchtlinge erhalten, vor allem für die über das Haff und die Nehrung kommenden Ostpreußen. Sowjetische Vorstöße

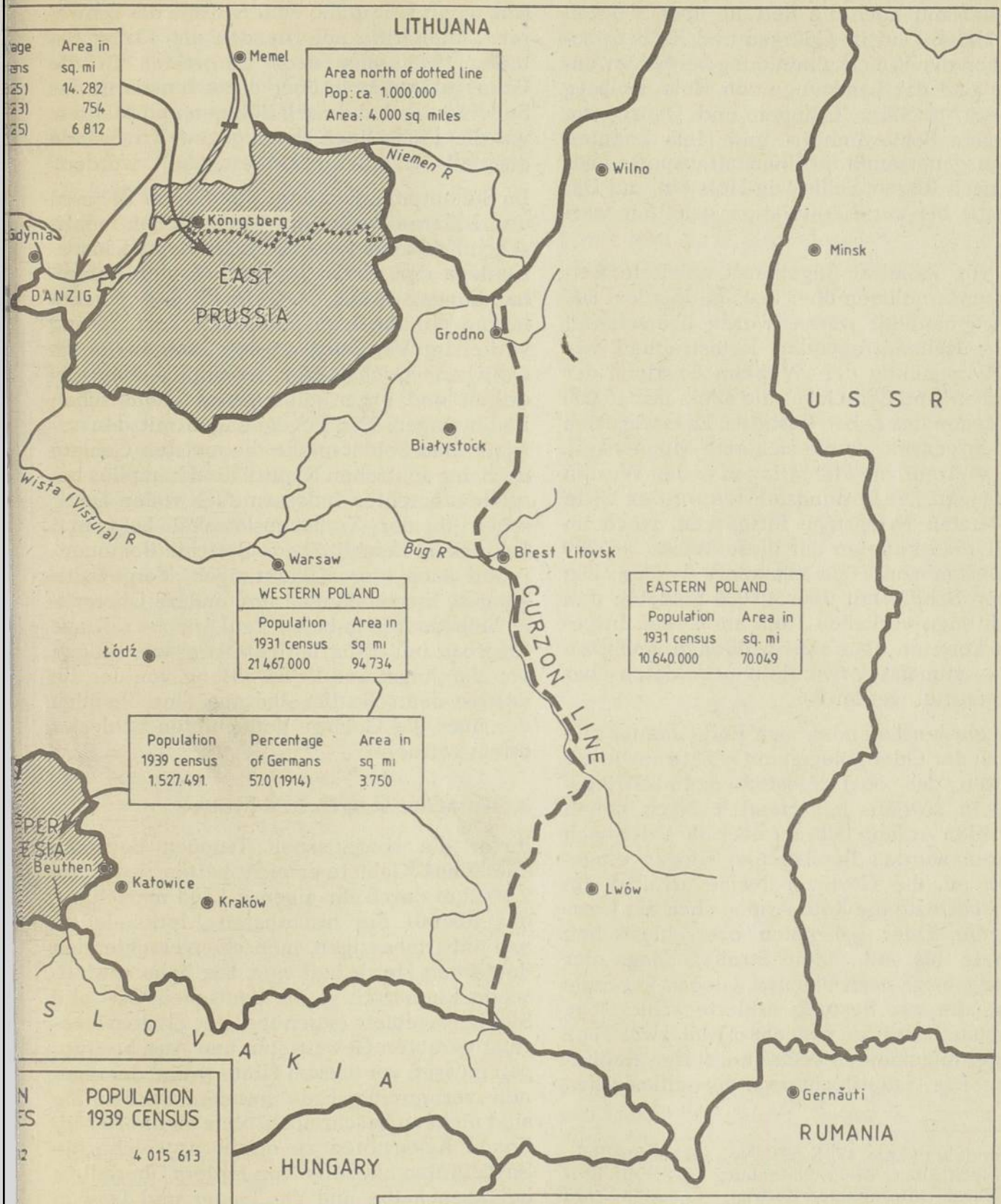
²⁴) Neben der in Anm. 19 genannten Literatur zu Vertreibungsverbrechen vgl. Böddeker (Anm. 17), S. 80 ff., und Lass (Anm. 18), S. 215 ff.

²⁵) Speziell zu Pommern s. Käthe von Normann, Tagebuch aus Pommern, München (dtv) 1962; Hans Edgar Jahn, Pommersche Passion, Preetz 1974, sowie Helmut Lindenblatt, Pommern 1945, Leer 1984.

GERMANY - POLAND : PROPOSED TERRITORIAL CHANGES



Germanische Planungen für die deutsch-polnische Grenze vor der Konferenz in Jalta)



Age	Area in sq. mi
25)	14,282
23)	754
25)	6,812

Area north of dotted line
Pop: ca. 1,000,000
Area: 4,000 sq miles

WESTERN POLAND	
Population 1931 census	Area in sq mi
21,467,000	94,734

EASTERN POLAND	
Population 1931 census	Area in sq. mi
10,640,000	70,049

Population 1939 census	Percentage of Germans (1914)	Area in sq. mi
1,527,491	57.0	3,750

POPULATION 1939 CENSUS	
2	4,015,613
2	835,884
4	4,851,497
2	2,104,553
4	6,956,050
2	2,721,512
4	9,677,562

PROPOSED ANNEXATIONS BY POLAND	AREA IN SQ. MILES	POPULATION 1939 CENSUS (Cumulative Totals)
East of Line D	14,766	3,406,613
East of Line C	21,578	4,242,497
East of Line B	32,051	6,347,050
East of Line A	40,157	9,068,562

NOTE: Tables include Danzig and exclude East Prussia north of dotted line (probable minimum annexation by USSR)

the above tables

durch Ostpommern zur Ostsee schnitten jedoch den Landweg nach Westen im März ab. Es blieb nur noch die Rettung über See von den Häfen Danzig, Gdingen und Kolberg sowie von der Weichselmündung bei Schiewenhorst und der Landzunge von Hela. Kolberg fiel am 18. März, Gdingen und Danzig am 27. März. Schiewenhorst und Hela konnten als Ausgangspunkt für Flüchtstransporte über See nach Rügen, Schleswig-Holstein und Dänemark bis zur Kapitulation gehalten werden.

Das von Admiral Engelhardt geleitete Rettungsunternehmen über See, an dem fast 800 Schiffe beteiligt waren, wurde überschattet von aufsehenerregenden Katastrophen wie der Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, der „Steuben“ und der „Goya“, die allein fast 15 000 Menschen das Leben kosteten. Es erwies sich aber insgesamt als die sicherste Möglichkeit, eine Vielzahl von Flüchtlingen in den Westen zu bringen. Die Rettungsfahrten wurden bis in die letzten Kriegstage fortgesetzt. Noch im April 1945 konnten auf diese Weise 387 000 Menschen von Hela evakuiert werden. Die letzten Schiffe mit über 40 000 Soldaten und Flüchtlinge verließen Hela am 6. Mai. Insgesamt konnten über zwei Millionen Zivilisten und — zumeist verwundete — Soldaten über See gerettet werden²⁶⁾.

In Schlesien befanden sich Ende Januar alle östlich der Oder gelegenen Gebiete sowie die Zentren des oberschlesischen Industriegebiets in sowjetischer Hand²⁷⁾. Nach neuen Angriffen Anfang Februar über die Oder nach Westen wurden Breslau und Glogau eingeschlossen, die Görlitzer Neiße erreicht. Im März besetzte die Rote Armee auch die westlich der Oder gelegenen oberschlesischen Gebiete bis auf einen Streifen längs der Grenzgebirge nach Böhmen. Glogau fiel Ende März, die zur Festung erklärte schlesische Hauptstadt Breslau erst am 6. Mai, zwei Tage vor der allgemeinen bedingungslosen Kapitulation. Die Hauptfluchtwege der schlesischen

Bevölkerung folgten dem Verlauf der Kampfhandlungen und führten entweder nach Sachsen, damit z. T. in die Feuerstürme der schweren Luftangriffe auf Dresden am 13./14. Februar 1945, oder nach Südwesten in die Grenzgebirge bzw. über diese hinaus in das Sudetenland und nach Böhmen und Mähren, wo die Flüchtlinge dann gegen Kriegsende ebenfalls „vom Schrecken eingeholt“ wurden.

Im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren waren nur die östlichen mährischen Kreise und das Ostsudetenland, insbesondere der Kreis Jägerndorf, von Kampfhandlungen erfaßt worden²⁸⁾. Die Evakuierung der dortigen deutschen Bevölkerung verlief im Vergleich zu den Ereignissen im östlichen Reichsgebiet verhältnismäßig geordnet und unter günstigeren klimatischen Bedingungen. Die Begegnungen mit den sowjetischen Soldaten, die die meisten Gebiete nach der deutschen Kapitulation kampflos besetzten, brachten indessen auch vielen Deutschen in der Tschechoslowakei Leid und Schrecken. Erschütternde Berichte dokumentieren auch hier Plünderungen, Vergewaltigungen, Erschießungen und andere Übergriffe. Selbstmorde in hoher Zahl, wie sie z. B. aus Karlsbad und Brüx berichtet werden, zeugen von der Angst und Verzweiflung, von der die dortige deutsche Bevölkerung einschließlich der über die Gebirge geflüchteten Schlesier erfaßt wurde.

3. Ausschreitungen und Motive

Bevor die sowjetischen Truppen deutsche (Siedlungs-)Gebiete erreicht hatten, waren sie 2 000 km durch ihr eigenes Land marschiert, das überall die furchtbaren Merkmale einer unbarmherzigen, menschenverachtenden deutschen Herrschaft trug. Die beim sowjetischen Einmarsch in die deutschen Ost- und Siedlungsgebiete gegenüber der Zivilbevölkerung verübten Gewalttaten und Ausschreitungen müssen vor diesem Hintergrund der eigenen „verbrannten Erde“ gesehen werden. Sie sind nicht zu beschreiben, ohne an die 20 Millionen Kriegstoten zu erinnern, welche die Sowjetunion als Folge von Hitlers Überfall zu beklagen hatte, und die Trauer und Leid in

²⁶⁾ Böddeker (Anm. 17), S. 59 ff.; vgl. auch Cajus Becker, *Flucht übers Meer*, Oldenburg 1964; Fritz Brustat-Naval, *Unternehmen Rettung — Letztes Schiff nach Westen*, Herford 1970; Egbert Kieser, *Danziger Bucht 1945. Dokumentation einer Katastrophe*, Esslingen 1978; de Zayas (Anm. 2), S. 99 ff.

²⁷⁾ Speziell zu Schlesien s. Johannes Kaps, *Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten*, München 1952/53; Rolf Becker, *Niederschlesien 1945*, Bad Nauheim 1965; Wolfgang Schwarz, *Die Flucht und Vertreibung. Oberschlesien 1945/46*, Bad Nauheim 1965; Karl Friedrich Grau, *Schlesisches Inferno*, Stuttgart 1966.

²⁸⁾ Böddeker (Anm. 17), S. 188 ff. Zu den Ereignissen im Sudetenland und in Böhmen und Mähren vgl. *Dokumentation* (Anm. 1), Bd. IV/1—2; *Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen*, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, München 1951⁴; E. Franzel, *Die Vertreibung — Sudetenland 1945/46*, 1967.

fast jede Familie gebracht hatten. Sie müssen gewertet werden im Zusammenhang mit dem Massensterben im eingeschlossenen und ausgehungerten Leningrad, mit der Schreckensherrschaft eines Erich Koch in der Ukraine, mit den Massenmorden und anderen Greuel-taten, die vor allem die SS und die Einsatzgruppen im besetzten Rußland in einem gnadenlosen ideologischen Vernichtungskrieg begangen hatten.

Allein den in Ostdeutschland operierenden Verbänden der 2. Weißrussischen Front gehörten über 50 000 Soldaten an, die aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion stammten²⁹⁾. Spontane Racheaktionen für die von der NS-Besatzung in ihrer Heimat oder gar an eigenen Familienangehörigen begangenen Morde und Gewalttaten mußten erwartet werden. Hinzu kam eine systematische Propagierung des Hasses gegen die faschistischen Okkupanten. Die vor den sowjetischen Offensiven verbreiteten Flugblätter und Rundfunksendungen enthielten Rufe nach Rache und Vergeltung, die in den ersten Wochen der Eroberungen auch in Aufrufen an die Truppe gerichtet wurden. In zahlreichen Artikeln, die seit 1943 regelmäßig in Partei-, Regierungs- und Armeezeitungen, später zum großen Teil auch als Flugblätter erschienen, forderten Ilja Ehrenburg und andere sowjetische Schriftsteller zur Rache und gnadenlosem Töten auf³⁰⁾. Infolge einer solchen Haßpropaganda sahen Soldaten und Offiziere der Roten Armee bei der Besetzung deutschen Gebiets zunächst unterschiedslos in jedem Deutschen, ob Mann oder Frau, ob Greis oder Kind, einen mit ungeheurer Blutschuld beladenen Faschisten³¹⁾. Darüber hinaus gerieten die in ihren Heimatorten verbliebenen Deutschen sehr leicht in den Verdacht, sie seien Partisanen mit geheimen Aufträgen. Die von der deutschen Propaganda stark herausgestellte Aufstellung des Volkssturms, insbesondere die in zahllosen Gerüchten verbreitete Tätigkeit des „Werwolfs“ sowie die wohlorganisierten sowjetischen Partisanenaktionen gegen die deutschen Besetzer waren in diesem Zusammenhang sicher von großer Bedeutung. Gegenüber den im deutschen Osten zahlreichen Großgrundbesitzern vereinte sich darüber hinaus der Haß gegen Faschisten und Kapitalisten.

²⁹⁾ BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 18.

³⁰⁾ Vgl. allgemein de Zayas (Anm. 2), S. 84 ff., BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 16 ff.; Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 61 E f.

³¹⁾ BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 19.

Eine letztlich entscheidende „Legitimation“ für ihr oft durch Alkoholeinfluß noch gesteigertes Vorgehen gegenüber der Bevölkerung erhielten die Truppen durch die Handlungsfreiheit, die nach Besetzung eines Gebiets oder einer Stadt von der sowjetischen Führung für eine gewisse Zeit gewährt wurde³²⁾. So folgte ein großer Teil der Soldaten der Aufforderung Ilja Ehrenburgs, der beim Betreten ostpreußischen Bodens Ende Oktober 1944 in der Armeezeitung Krasnaja Swesda unter dem Titel „Der Große Tag“ verkündet hatte: „Jetzt ist die Gerechtigkeit in dieses Land eingezogen. Wir befinden uns in der Heimat Erich Kochs, des Statthalters der Ukraine — damit ist alles gesagt. Wir haben oft genug wiederholt: das Gericht kommt! Jetzt ist es da!“³³⁾ Gerechtigkeit und Gericht vollzogen sich indes nicht oder kaum an Erich Koch und seinen verbrecherischen Helfershelfern, sondern an ganz überwiegend unschuldigen Menschen in „Ostpreußischen Nächten“, die Ehrenburgs Landsmann Alexander Solschenyzzin, damals ein junger Hauptmann der Roten Armee, in ihrer unbarmherzigen Grausamkeit eindrucksvoll beschrieben hat:

„Zweiundzwanzig, Höringstraße.
Noch kein Brand, doch wüst, geplündert.
Durch die Wand gedämpft — ein Stöhnen:
Lebend finde ich noch die Mutter.
Waren's viel auf der Matratze?
Kompanie? Ein Zug? Was macht es!
Tochter — Kind noch, gleich getötet.
Alles schlicht nach der Parole:
NICHTS VERGESSEN!
NICHTS VERZEIH'N!
BLUT FÜR BLUT! — Und Zahn für Zahn.
Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe,
und die Weiber — Leichen bald.
Schon vernebelt, Augen blutig,
bittet: Töte mich, Soldat!
Sieht nicht der getrübe Blick?
Ich gehör doch auch zu jenen!“³⁴⁾

Morde an Zivilpersonen waren beim Zusammentreffen der Roten Armee mit der deutschen Bevölkerung fast eine grausige Normalität³⁵⁾. Es handelte sich dabei zumeist um Exekutionen auf Grund irgendwelcher Ver-

³²⁾ Ebd., S. 21.

³³⁾ de Zayas (Anm. 2), S. 85 f.

³⁴⁾ Alexander Solschenyzzin, Ostpreußische Nächte, Darmstadt 1976, S. 35. Geschildert ist die Einnahme der ostpreußischen Kreisstadt Neidenburg.

³⁵⁾ Zum folgenden s. Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 63 E ff.; BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387 sowie die in Anm. 19 angegebene Literatur.

dachtsmomente oder Beschuldigungen, oft genug auch um rein willkürliche Handlungen einzelner Sowjetsoldaten. Auf der Flucht in Trecks befindliche Personen wurden Opfer sowjetischer Tiefliegerangriffe oder von Bodentruppen unter Beschuß genommen, vielleicht weil man unter ihnen deutsche Soldaten vermutete. Mitunter gerieten Flüchtlingstrecks in Gefechte zwischen sowjetischen und deutschen Truppen. Häufig wurden sie von sowjetischen Panzern rücksichtslos überrollt, wobei es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Kann man in diesem Zusammenhang vielleicht noch von zwangsläufigen Folgen aus Kriegshandlungen sprechen, so wird man uneingeschränkt von Übergriffen reden müssen, wenn überrollte Trecks ausgeplündert, bei den Trecks befindliche Männer erschossen, die Frauen vergewaltigt und z. T. anschließend ermordet wurden. Plünderungen, Brandschatzungen und Erschießungen in erheblichem Umfang werden auch aus Gemeinden und von Gutshöfen berichtet, in denen Flüchtlinge Zuflucht gesucht hatten oder deren Bewohner zurückgeblieben waren. Die Vermutung, daß dabei vor allem Personen in exponierten Parteistellungen betroffen waren³⁶⁾, kann aus den Quellen nicht bestätigt werden. In der Regel fielen den Exekutionen Personen zum Opfer, die an verbrecherischen Maßnahmen des NS-Regimes völlig unbeteiligt waren. Erschossen wurden häufig Unternehmer oder Gutsbesitzer, die sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt hatten, mitunter auch nur aus dem Grund, weil sie als verhaßte Kapitalisten denunziert wurden. Das gleiche Los traf Familien, bei denen Soldaten oder auch nur Waffen und Uniformen entdeckt wurden. Ebenfalls getötet wurden Männer, die bei den Vergewaltigungen ihrer Frauen, Mütter und Töchter Widerstand leisten wollten, Frauen, die sich nicht mißbrauchen lassen wollten, Alte und Schwache, die nicht erfüllen konnten, was man von ihnen verlangte, häufig genug auch Menschen, denen völlig belanglose Dinge, wie z. B. sprachliche Mißverständnisse, zum Verhängnis wurden³⁷⁾. Erst geraume Zeit nach der Besetzung des betreffenden Gebietes schritten örtliche Kommandobehörden, schon aus Gründen der Disziplinerhaltung, gegen diese mörderischen Willkürakte ein. Opfer von Tötungen wurden ferner Personen auf Verschleppungsmärschen in die Sammellager, wenn sie etwa vor

Erschöpfung nicht weitermarschieren konnten. Tötungen und schwere Mißhandlungen sind in Verbindung mit den Massenverhaftungen belegt, die vom NKWD in den Wochen und Monaten nach der Besetzung z. T. höchst willkürlich vorgenommen wurden.

Nahezu einmütig enthalten fast alle Erlebnisberichte Aussagen über die oft mit der Ermordung endende Vergewaltigung von Frauen und Mädchen. Dies war eine besonders brutale Folge der systematischen Haßpropaganda und verbreitete allenthalben unbeschreiblichen Schrecken. Auch eine besonders kritische Überprüfung der Quellenmaterialien läßt keinen Zweifel darüber zu, daß es sich nicht um Einzelfälle, sondern um Massenvergehen handelte. „Der Ausbruch Hitlers aus aller Vorstellungswelt hatte mit der politischen auch die moralische Weltordnung umgestülpt, nun führte man die Wahrheit des Satzes vor, daß auch der Haß gegen das Böse das Antlitz verzerrt.“³⁸⁾

Weitere Unmenschlichkeiten und zahlreiche Todesopfer sind infolge der Verhältnisse in den sowjetischen Lagern und Gefängnissen, insbesondere in Pr. Eylau und Graudenz, bezeugt. Kaum beschreibbare Zustände herrschten bei den Deportationen und in den Arbeitslagern im Innern der Sowjetunion. Von mehr als 400 000 im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland als „Reparationsverschleppte“ nach Rußland deportierten Deutschen überlebte kaum mehr als die Hälfte³⁹⁾. Eine äußerst hohe Sterbequote war schließlich unter den in den größeren Städten, insbesondere in Königsberg, verbliebenen Bewohnern infolge völlig unzureichender Lebensmittelzuteilungen, Krankheiten, Seuchen und anderer katastrophaler Lebensbedingungen zu verzeichnen⁴⁰⁾.

Systematische Plünderungen, Raubzüge und Brandstiftungen, die sich bis zur Niederbren-

³⁸⁾ Vgl. Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1 S. 60 E ff.; BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 31 ff.; Lehndorff (Anm. 18), S. 133, schildert die Begegnung mit einer Frau, die weit über hundert Mal vergewaltigt worden war. Zitat nach Wolf Jobst Siedler, Was im Mai 1945 wirklich geschah, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 103, v. 4. 5. 1985 (Beilage).

³⁹⁾ Zu den Deportationen vgl. Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 79 E ff., de Zayas (Anm. 2), S. 90, Bötdeker (Anm. 17), S. 157 ff.

⁴⁰⁾ BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 35. Zu besonders großen Verlusten kam es in Königsberg; nach Fritz Gause, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. III, Köln-Wien 1971, S. 170 ff., hatten von 110 000 Zivilisten, die bei der Kapitulation in der Stadt waren, nach dem Winter 1946/47 nur noch 25 000 überlebt.

³⁶⁾ So noch Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 63 E; dagegen BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 26.

³⁷⁾ Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 65 E.

nung ganzer Orte und Stadtteile ausweiteten, begleiteten den Einmarsch der sowjetischen Truppen. Sie mochten angesichts der brutalen Übergriffe gegen Leib und Leben der Bevölkerung als eine minder schwere Bedrohung angesehen werden. Infolge ihrer Ausmaße verursachten sie jedoch größere Schäden als die Bombenangriffe und eigentlichen Kriegshandlungen. Sie dauerten noch lange unter der russischen Besatzung fort und führten schließlich zu einer weitgehenden Verarmung und Zerstörung der Lebensgrundlagen der verbliebenen Bevölkerung, deren Vertreibung damit vorbereitet wurde⁴¹⁾.

Mochte die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee auch von besonders schweren Katastrophen und ungeahnten Gewalttaten gegen Leben und Gut der Flüchtenden begleitet gewesen sein, sie wurde von den Betroffenen nie als endgültiger Abschied von der Heimat, sondern durchweg als vorübergehende leidvolle Erscheinung aufgefaßt. Viele Flüchtlinge, denen der Fluchtweg abgeschnitten wor-

den war, kehrten daher in ihre Dörfer zurück. Die aus dem Ostsudetenland und aus Ostmähren evakuierten deutschen Bewohner, z. T. auch die aus Schlesien eingeströmten Flüchtlinge wurden von den Tschechen zur Rückkehr in ihre freilich zumeist geplünderte und z. T. zerstörte Heimat sogar gezwungen.

Auch ein Teil der geflohenen ostdeutschen Bevölkerung zog nach der deutschen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 wieder heimwärts. Oftmals wurden ihnen aber bereits die Straßen, insbesondere die Übergänge über Oder und Neiße blockiert. Vielfach wurden sie auch gleich nach ihrer Rückkunft in Lagern interniert oder zur Zwangsarbeit in den Osten deportiert. Die Rückkehrer, die ihr Ziel erreichten, fanden ihre Heimat verwüstet oder von Russen oder Polen besetzt vor. Manche konnten noch einige Monate in ihren Dörfern verbringen, bis sie sich in den Jahren 1946/47 ein weiteres Mal, nun aber endgültig, auf den Weg nach Westen machen mußten⁴²⁾.

IV. Die Vertreibung

Bevor Artikel XIII der Potsdamer Beschlüsse „geregelte und humane Umsiedlungen“ sanktioniert hatte, waren Polen und Tschechen bereits ohne westliche Zustimmung, aber mit deutlicher sowjetischer Ermunterung in den von ihnen verwalteten Gebieten zu „wildem Vertreibungen“ übergegangen⁴³⁾, auch um die Potsdamer Konferenzteilnehmer möglichst vor vollendete Tatsachen zu stellen. Schon lange vor Kriegsende zwangen die in den deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße neu eingerichteten polnischen Behörden einen Teil der Deutschen, ihre Wohnungen zu räumen, und schufen so Raum für die Ansiedlung der aus den ost- und innerpolnischen Gebieten einströmenden neuen polnischen Bewohner. Anhaltende Ausschreitungen, Übergriffe und Gewalttaten, die nun auch von Polen, insbesondere in den Gefängnissen und Internierungslagern, verübt wurden⁴⁴⁾,

veranlaßten viele, alles aufzugeben und noch vor der Vertreibung nach Westen zu flüchten. Haß und Vergeltung für die entsetzlichen Verbrechen, die das polnische Volk während der deutschen Besatzungsherrschaft erleiden mußte, trafen wiederum unterschiedslos Schuldige und Unschuldige, zumeist jedoch Unschuldige. Systematische Ausplünderungen und generelle Enteignungen, ständige Erniedrigungen, Drangsalierungen und Mißhandlungen, die permanente Drohung von Deportation und Internierung, schließlich Seuchen, schwere Krankheiten und die Entbehrung oft auch der notwendigsten Nahrungsmittel: dies waren die Umstände, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung führten und schließlich — oft von einer Stunde zur anderen — in der endgültigen Verjagung aus der Heimat gipfelten.

In der Tschechoslowakei setzten die Vertreibungen unmittelbar nach der deutschen Kapitulation ein. Vorausgegangen war der tschechische Aufstand vom 5. Mai 1945, der unter der in den Straßen Prags unablässig durch Lautsprecher verbreiteten Parole „Smrt Němcům — Tod den Deutschen“ zu fürchterlichen Racheakten unter der deutschen Bevölkerung im Sudetenland und in Böhmen und Mähren

⁴¹⁾ Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 66 E f.

⁴²⁾ Vgl. Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 23 E ff.; de Zayas (Anm. 2), S. 96 f.

⁴³⁾ Zum Gesamtvorgang der Vertreibung durch Polen und Tschechen s. Dokumentation (Anm. 1), Bd. I/1, S. 136 E ff., Bd. IV/1, S. 38 ff., sowie die in den Bänden I/1—2 und IV/1—2 abgedruckten Dokumente; de Zayas (Anm. 2), S. 123 ff.; Böddeker (Anm. 17).

⁴⁴⁾ Vgl. BArch Ost-Dok. 1 Anhang/387, S. 35 ff.

geführt hatte⁴⁵). In Prag kam es zu blutigen Massenausschreitungen, denen alle Deutschen ausgesetzt waren: „Mörder durften ungestraft töten, Sadisten ohne Furcht vor einem Gericht quälen, Räuber und Diebe sich bereichern, wie es ihnen gerade in den Sinn kam.“⁴⁶) In Gruppen zusammengetrieben, wurden viele unter Mißhandlungen und Erniedrigungen zu Aufräumungsarbeiten gezwungen, ständig bedroht von Gewaltakten aufgebrachter und aufgeputzter Tschechen. Vielen blieb nur der Sprung in die Moldau als Ausweg, um der Angst vor Schlägen und Foltern, um der Verzweiflung ein Ende zu machen.

Rache und Vergeltung für die jahrelange Unterdrückung durch das NS-Regime, insbesondere für die Opfer des von Deutschen verübten Massakers in Lidice, bestimmten das Verhalten vieler Tschechen gegenüber der deutschen Bevölkerung im ganzen Land. Die Ereignisse von Prag wiederholten sich in anderen Städten in vielfacher Weise. Auch dort ereigneten sich Mißhandlungen und Demütigungen, gab es Morde und Exekutionen. Die Zahl der Opfer des Aufstandes wird auf 3 500 bis 4 000 Zivilisten geschätzt. Aber auch in diesem Meer des Hasses und der Vergeltung gab es Lichtblicke, wenn sich z. B., wie zahlreiche Berichte dokumentieren, Tschechen schützend vor ihre deutschen Bekannten stellten und sie unter Einsatz des eigenen Lebens aufnahmen und in sichere Verstecke brachten.

Dem Aufstand folgten erste „wilde“ Vertreibungsaktionen. Zehntausende von Sudetendeutschen wurden in den Wochen nach der Kapitulation zur Flucht an die deutsche oder österreichische Grenze gezwungen. Die Deutschen der mährischen Hauptstadt Brünn, 20 000 Männer, Frauen und Kinder, hatten am Abend des 30. Mai 1945 genau zehn Minuten Zeit, ihre Habseligkeiten zu packen und ihre Häuser zu verlassen. Nachdem man ihnen sämtliche Wertsachen abgenommen hatte, wurden sie durch die Nacht zur österreichischen Grenze getrieben, dort von den Österreichern zurückgewiesen, von den Tschechen aber nicht wieder aufgenommen. Wochenlang vegetierten sie auf freiem Feld, gequält von

⁴⁵) Vgl. Böddeker (Anm. 17), S. 197ff.; Dokumentation (Anm. 1), Bd. IV/1, S. 51ff., sowie 2. Beiheft: Ein Tagebuch aus Prag 1945—46. Aufzeichnungen von Margarethe Schell, Bonn 1957 (im dtv-Nachdruck nicht aufgenommen).

⁴⁶) Böddeker (Anm. 17), S. 202.

Hunger und Typhus. Es starben täglich Hunderte⁴⁷). Der „Todesmarsch von Brünn“ sollte sich in vielen Orten im Sudetenland, Böhmen und Mähren wiederholen. Die noch Zurückbleibenden mußten auch hier die systematische Zerstörung ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensgrundlagen erleben. Gequält und geprügelt, diskriminiert und gedemütigt, gebrandmarkt mit einem großen „N“ (Nemec = Deutscher) wurden die Deutschen der Tschechoslowakei um ihre Heimat, um Haus und Hof gebracht⁴⁸).

Ein Blutbad ereignete sich am 31. Juli 1945 im sudetendeutschen Aussig an der Elbe, als man unter der tschechischen Bevölkerung eine Explosion im Kabelwerk den „Werwölfen“ zuschrieb. Frauen und Kinder wurden von der Brücke in die Elbe gestürzt, viele Menschen auf der Straße erschossen. Insgesamt gab es zwei- bis dreitausend Todesopfer⁴⁹). Auch in den übrigen Landesteilen folgte man den von tschechischen Zeitungen verbreiteten Aufrufen, die Deutschen so zu behandeln, „wie sie es verdienen“⁵⁰). Eine gewisse Ausnahme bildete der vorübergehend von amerikanischen Truppen besetzte westliche Teil Böhmens, wo schlimmere Exzesse verhindert werden konnten. Letztlich aber erlitt die Deutschen in Eger und Marienbad das gleiche Vertreibungsschicksal wie die Bewohner der russisch besetzten Städte Karlsbad, Aussig und Reichenberg.

Mit deutlichem Entsetzen beschrieb die gemischte Hilfskommission des Internationalen Roten Kreuzes das Elend der in Berlin und den vier Besatzungszonen ankommenden „entwurzelten Massen“, die „hungernd, krank und müde, oft voller Ungeziefer ... bald in diese, bald in eine andere Richtung“ zogen und immer weitergeschickt wurden. Hunderte von fast zu Tode verhungerten Kindern aus Pommern, die im Sommer 1945 an Ungeziefer und Krätze leidend per Schiff in Berlin landeten, machten Sinnlosigkeit und Unmenschlichkeit des Vertreibungsgeschehens besonders deutlich⁵¹).

⁴⁷) Ebd., S: 211ff.; de Zayas (Anm. 2), S. 125.

⁴⁸) Vgl. Böddeker (Anm. 17), S. 213; de Zayas (Anm. 2), S. 125.

⁴⁹) Vgl. Böddeker (Anm. 17), S. 231.

⁵⁰) Vgl. de Zayas (Anm. 2), S. 126f. Ein gnadenloses, blutiges Strafgericht hatte Staatspräsident Beneš den Deutschen in der Tschechoslowakei bereits während des Krieges unter dem Eindruck des Massakers von Lidice angekündigt (vgl. Böddeker, Anm. 17, S. 200f.)

⁵¹) de Zayas (Anm. 2), S. 127.

Auch die mit den Potsdamer Beschlüssen eingeleitete zweite Phase der Austreibungen zeichnete sich dadurch aus, daß die von den Westmächten festgeschriebene „ordentliche und humane Durchführung“ in keiner Weise realisiert wurde. Schon gar nicht ließ sich der im Artikel XIII ausdrücklich genannte Aufschub von Ausweisungsaktionen bis zur Herstellung von besseren Aufnahmebedingungen in den Besatzungszonen durchsetzen. Die entsetzlichen Umstände, unter denen sich Austreibung und Auszug der Deutschen aus dem Osten vollzogen, sowie das Schicksal der Millionen, von denen jede Nachricht fehlte, beschäftigte nun auch Churchill in seiner Unterhausrede vom 15. August 1945. Zu Recht vermutete er, „daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig teilt, abspielt“⁵²).

Zunehmend wurden auch westliche Behörden und Journalisten auf die unmenschlichen Lebensverhältnisse der Vertriebenen aufmerksam⁵³). Sie berichteten über den hoffnungslosen Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten, die hohe Sterblichkeit, die willkürlichen Drangsalierungen, vor deren Hintergrund die Austreibung schließlich als Ausweg erschien und nicht als gewalttätiger Eingriff, der er doch war. Sie sahen die in überfüllten, z. T. offenen Güterwagen und Viehwaggons zusammengepferchten Menschen, hörten von den mehrfachen Ausplünderungen vor der Abfahrt und während des tagelangen Transports, registrierten die Folgen der gänzlich unzureichenden Verpflegungsrationen. Sie erlebten das Massenelend bei der Ankunft und erschrakten über die hohe Zahl von Todesopfern, die z. T. aus den fahrenden Zügen geworfen werden mußten. In einem aus Toppau kommenden sudetendeutschen Vertriebenentransport, der achtzehn Tage unterwegs war, hatten von 2 400 Personen nur 1 350 überlebt. „Hier ist Strafe im Übermaß“, schrieb der politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 an das amerikanische Außenministerium, als sich beim Anblick von Leid und Verzweiflung der Ausgetriebenen die Erinnerung an die nationalsozialistischen Konzentrationslager einstellte, „aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken“⁵⁴).

Von „organisierten“ Umsiedlungen konnte man erst in den Jahren 1946 und 1947 sprechen, lange nachdem am 20. November 1945 der Alliierte Kontrollrat in Berlin Richtlinien für die Umsiedlung von Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn erlassen hatte. Die darin aufgestellten Zeitpläne wurden zunächst kaum beachtet, und trotz der Proteste der Westmächte setzte man die unregulierten Ausweisungsaktionen fort. Weder die westlichen Regierungen noch das Internationale Rote Kreuz erhielten die Gelegenheit, die Umsiedlungsverfahren zu beobachten oder gar zu überwachen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich auf Hilfeleistungen in den Aufnahmegebieten. Nur allmählich faßte man 1946/47 größere Gruppen in organisierten Transporten zusammen, „die sicher ebenso schwer auf den Ausgewiesenen lasteten, wie die ersten Vertreibungen, aber längst nicht mehr so viele Todesopfer forderten“⁵⁵). Es wurden Verpflegungsrationen vereinbart, die allerdings zunächst kaum eingehalten wurden. Der körperliche Zustand der Ankömmlinge war nach wie vor sehr schlecht. Immer noch empfanden ausländische Beobachter die Zustände als „alpträumhaft“ und den Vorgang der Massenentwurzelnung insgesamt als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“⁵⁶).

Doch tatsächlich verbesserten sich die äußeren Verhältnisse. Eine britische Sanitätsmannschaft überwachte in Stettin die Zusammenstellung der Transporte, die Sterblichkeitsquote sank deutlich. Eine Wiederholung der Katastrophe des Winters 1945/46, als Tausende an Unterkühlung starben oder während der langen Transporte in ungeheizten Wagen erfroren, konnte vermieden werden. Auch die Aufnahme der Vertriebenen in den Besatzungszonen konnte spürbar verbessert werden⁵⁷).

Demgegenüber lebten die Deutschen, die nicht sofort vertrieben wurden, weiterhin in schlimmen Verhältnissen. Ein besonders furchtbares Schicksal erlebten jene, die nicht in ihren Wohnungen bleiben durften, sondern bis zur Ausweisung in Lagern interniert waren. Die Berichte dokumentieren unmenschliche Verhältnisse, Hunger, Krankheiten, Seuchen, dazu brutale Übergriffe, Mißhandlungen, Folterungen und Exekutionen. Beson-

⁵²) Ebd., S. 124.

⁵³) Ebd., S. 138.

⁵⁴) de Zayas, ebd., S. 138, nimmt an, daß ohne diese Verbesserungen die Zahl der Flucht- und Vertreibungsoffer nicht zwei, sondern drei Millionen betragen hätte.

⁵²) Ebd., S. 128.

⁵³) Zum folgenden de Zayas (Anm. 2), S. 129ff.; Bödeder S. 290ff.

⁵⁴) Zitiert nach de Zayas (Anm. 2), S. 132.

ders bekannt geworden sind entsetzliche Geschehnisse, die sich im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt in der Tschechoslowakei sowie im berüchtigten schlesischen Lager Lamsdorf ereigneten. Nach Bezeugung eines ehemaligen deutschen Lagerarztes sind in Lamsdorf durch Hunger, Krankheiten, harte Arbeit und körperliche Mißhandlungen von 8 460 Internierten 6 488, darunter 628 Kinder, umgekommen⁵⁸⁾.

Ähnliche Verhältnisse, die in einigen Fällen zu Verfahren vor deutschen oder alliierten Gerichten in den Westzonen führten, sind aus zahlreichen anderen Lagern in Polen bzw. den deutschen Ostgebieten, in der Tschechoslowakei, auch in Jugoslawien, Ungarn und Rumänien bezeugt. Bemühungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die Umstände zu mildern, blieben erfolglos. Als seine Vertreter im Sommer 1947 Zutritt zu einigen polnischen Lagern erhielten, waren die meisten Deutschen schon vertrieben, viele Lager, darunter auch Lamsdorf, bereits aufgelöst.

Ab 1947/48 war ein deutliches Absinken der Zahl der Vertreibungstransporte zu beobachten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, insbesondere niedrigere Produktionskapazitäten, hatten sich — neben anderen — als unübersehbare Folgen der Vorgänge in den Vertreibungsgebieten herausgestellt. Wohl auch aus diesen Gründen wurden ab 1949 die Massenausreibungen allmählich eingestellt. 1950 waren in den ehemaligen Ostgebieten und in der Tschechoslowakei noch rund 1,35 Millionen Deutsche zurückgeblieben.

Die in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas ansässigen bzw. nach den zwischenstaatlich vereinbarten Umsiedlungen seit 1939 dort verbliebenen Volksdeutschen wurden zu einem großen Teil ebenfalls von den Katastrophen des Flucht- und Vertreibungsgeschehens erfaßt⁵⁹⁾. Auch für diese Gebiete liegt eine Vielzahl von Erlebnisberichten vor, die einmütig Verzweiflung, Erniedrigungen, Plünderungen, Deportationen, Vergewaltigungen und Tötungen bei der Besetzung durch sowjetische Truppen sowie

⁵⁸⁾ Heinz Esser, Lamsdorf — Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, Bonn 1971; ders., Die Hölle von Lamsdorf, Dülmen 1977; vgl. auch de Zayas (Anm. 2), S. 141 ff.; Böddeker (Anm. 17), S. 247 ff.; BArch Ost-Dok. 2/236 a—f.

⁵⁹⁾ Zum folgenden Dokumentation (Anm. 1), Bde. II (Das Schicksal der Deutschen in Ungarn), III (Das Schicksal der Deutschen in Rumänien) und V (Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien); zu Jugoslawien auch Böddeker (Anm. 17), S. 339 ff.

Drangsalierungen, Internierungen, Mißhandlungen und anschließende völlige Entwurzelung aus der angestammten Heimat eindringlich schildern. Dies gilt vor allem für die starke deutsche Volksgruppe in den nach der deutschen Besetzung Jugoslawiens 1941 dem Reich angegliederten slowenischen Gebieten (Süd-) Kärnten, Krain und Untersteiermark, einschließlich der zuvor hier aus anderen Teilen Jugoslawiens angesiedelten Volksdeutschen.

Flucht und Vertreibung waren auch das Schicksal der Deutschen aus der 1939 bis 1944/45 als formal selbständiger Staat bestehenden Slowakei und der Karpatendeutschen aus dem östlichsten Teil des Staatsgebiets der Tschechoslowakei. Hier sind schwere und blutige Übergriffe vor allem im Zusammenhang mit dem slowakischen Aufstand gegen die deutsche Wehrmacht 1944 belegt⁶⁰⁾. Gleiches gilt für die deutsche Bevölkerung Slawoniens im jugoslawischen Staatsgebiet sowie mit Einschränkung für jene 10 bis 15 Prozent der deutschen Bevölkerung aus Ungarn, die sich zur Flucht vor der herannahenden Roten Armee entschlossen und nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Auch in den von den zwischenstaatlich vereinbarten Umsiedlungen seit 1939 betroffenen Gebieten, insbesondere in Rumänien, Jugoslawien, Ostpolen und Bulgarien, haben die nach den Umsiedlungsaktionen noch in erheblicher Zahl zurückgebliebenen Volksdeutschen gegen Ende der Kriegshandlungen durch Flucht und Vertreibung das gleiche Schicksal erlitten wie ihre im Wartheland und Slowenien angesiedelten Landsleute. Dies führte entweder zur Flucht in den Westen oder zur Zwangsrepatriierung in die angestammten Siedlungsgebiete mit häufiger anschließender Verschleppung zum Arbeitsinsatz im Innern der Sowjetunion.

In einigen größeren deutschen Siedlungsgebieten Rumäniens, Ungarns und Jugoslawiens, die nicht von den Umsiedlungen ab 1939 betroffen waren — so in Siebenbürgen und Sathmar, im Banat, in der „Schwäbischen Türkei“, in West-Ungarn, in der Batschka, Baranja und in Syrmien —, kam es nicht zur planmäßigen Massenausreibung der deutschen Bevölkerung, obwohl für die Ungarn-Deutschen im Potsdamer Abkommen die Vertreibung generell sanktioniert war. Indessen war das weitere Schicksal der Deutschen in

⁶⁰⁾ Vgl. Dokumentation (Anm. 1), Bd. IV/1, S. 137 ff., Bd. IV/2, S. 711 ff., Böddeker (Anm. 17), S. 330 ff.

diesen Gebieten gekennzeichnet von langen Internierungen in Lagern unter z. T. lebensbedrohenden Umständen, Verschleppungen und Deportationen zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion unter härtesten Bedingungen und unter hohen Verlusten durch Tod und Krankheit, schließlich von — freilich auf eigenen Wunsch erfolgten — Umsiedlungen nach Österreich und Deutschland.

1939 lebten in den späteren „Vertreibungsgebieten“ rund 17 Millionen Deutsche, davon fast zehn Millionen in den reichsdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße und in Danzig, 3,5 Millionen in der Tschechoslowakei, 1,4 Millionen in Polen, 786 000 in Rumänien, 623 000 in Ungarn, 537 000 in Jugoslawien, 250 000 in den Baltischen Staaten und im Memelland, das erst im März 1939 zum Reich zurückkam. Die vorliegenden Berechnungen⁶²⁾ weisen 1,1 Millionen Kriegsverluste und 2,2 Millionen Opfer durch Flucht und Vertreibung nach. Rund 11,7 Millionen Menschen haben durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren, etwa 2,6 Millionen lebten 1950 noch in ihrer angestammten Heimat. Von ihnen fanden in den folgenden Jahrzehnten noch viele als „Spätaussiedler“ den Weg in den Westen.

Die Zahlen sprechen für sich. Die Quellen dokumentieren die menschlichen Schicksale, die sich hinter ihnen verbergen. Jenseits aller angeblichen politischen Zweckmäßigkeit, Minderheitenprobleme durch Umsiedlungen „ein für alle Mal“ zu lösen, jenseits aller völkerrechtlichen Interpretationen oder gar Legitimationen, die sich für den Begriff „Bevölkerungstransfer“ finden lassen, jenseits auch

⁶¹⁾ Nicht berücksichtigt — auch auf Grund der ungenügenden Quellenlage — bleibt in der „Dokumentation der Vertreibung“ (Anm. 1) das Schicksal der deutschen Siedlungsgebiete im Innern der Sowjetunion, der Rußlanddeutschen. Die im Zuge der Gesamterhebung des Kirchlichen Suchdienstes präsentierten Statistiken der zuständigen „Heimatortskartei für Ostumsiedler“ konnte nur jene Gebiete erfassen, die während des Zweiten Weltkrieges unter deutscher Besetzung standen. Immerhin reichen die vorhandenen Informationen aus, um auch hier von einer weitgehenden Entwurzelung der deutschen Bevölkerung aus vormals geschlossenen Siedlungsräumen ausgehen zu können.

⁶²⁾ Vgl. im einzelnen Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, Wiesbaden 1958; Zusammenstellung der Zahlen bei de Zayas (Anm. 2), S. 23f.

Das Ergebnis der Kriegs- und Nachkriegsereignisse war in jedem Fall eine starke Reduzierung und Zerstreuung der deutschen Bevölkerung — wie im Fall Rumänien —, häufig sogar — wie in Jugoslawien — nicht nur die Zerstörung des deutschen Charakters der Siedlungsgebiete, sondern auch das Ende der Geschichte des Deutschtums in diesen Gebieten⁶¹⁾.

V. Bedeutung einer Bilanz

aller erklärbaren Vergeltungsmotive, die einem Teil der furchtbaren Ereignisse vor dem Hintergrund von Hitlers Barbarei in den besetzten Ländern Osteuropas zugrunde lagen, bleibt der historische Befund bestehen, daß die vom deutschen Boden ausgegangene und von Hitler verschuldete Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in einer in der bisherigen Geschichte unbekanntem Größenordnung Millionen von Menschen eine oft von entsetzlichen Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitete Austreibung aus ihrer angestammten Heimat brachte, die zum „Abbruch jahrhundertealter deutscher politischer und kultureller Traditionen in Ost-Deutschland und Osteuropa“ führte⁶³⁾.

Das moralische Urteil über dieses Geschehen fällt Albert Schweitzer in seiner Osloer Rede vom 4. November 1954 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises: „In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.“⁶⁴⁾ Millionen hat man dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, auferlegt. Der unsagbar leidvolle Kreis der Gewalt darf unter keinen Umständen fortgesetzt werden. Die Betroffenen haben dazu bereits 1950 mit ihrem feierlichen Verzicht auf Rache und Vergeltung in der „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“⁶⁵⁾ einen richtungweisenden Beitrag geleistet.

40 Jahre nach Ende der blutigen Herrschaft des NS-Regimes stehen die Namen von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Lidice, Ora-

⁶³⁾ Martin Broszat, Nachruf auf Theodor Schieder, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984), S. 689 f.

⁶⁴⁾ Zitiert nach de Zayas (Anm. 2), S. 193.

⁶⁵⁾ Abdruck u. a. bei Bölddeker (Anm. 17), S. 364ff.

dour, Rotterdam und Coventry, aber auch von Nemmersdorf, Metgethen, Königsberg, Lamsdorf, Aussig und Dresden als ständige Mahnung, jederzeit für eine menschliche Zukunft

ohne Terror, Verbrechen, Flucht und Vertreibung einzutreten, damit der Tod von Millionen Menschen vieler Nationen vielleicht doch nicht ganz umsonst gewesen sein mag.

Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland

I. Einführung

Flucht und Vertreibung sind seit Beginn des Zweiten Weltkriegs Massenphänomene, die weltweit der Geschichte und Politik unseres Jahrhunderts ihren Stempel aufprägen¹⁾. Im Gegensatz zu den zahlreichen ungelösten Flüchtlingsproblemen in anderen Staaten sind — wenn auch zum Teil in einem schmerzlichen Prozeß — die rund 13 Millionen aus dem Ausland, aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. aus der DDR vertriebenen, geflohenen oder zugewanderten Deutschen innerhalb kurzer Zeit in die sich neu formierende Gesellschaft Westdeutschlands eingegliedert worden.

In Anbetracht des raschen Tempos und der erstaunlichen Intensität, in denen sich die Integration vollzog, wurde in Anlehnung an das Schlagwort vom „Wirtschaftswunder“ gemeinhin auch von einem „Flüchtlingswunder“ gesprochen. Kaum jemand hätte in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorherzusagen gewagt, daß innerhalb eines Zeitraums von nicht einmal einer Generation die Eingliederung als im wesentlichen abgeschlossen gelten konnte. Die damals befürchtete Radikalisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft war ausgeblieben, obwohl die soziale Not gerade jener Bevölkerungsteile, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse räumlich entwurzelt worden waren, zunächst das allgemeine soziale Elend drastisch vermehrt und eine ungeheure zusätzliche Belastung für den Wiederaufbau dargestellt hatte. Heute hingegen gehört die Würdigung der Flüchtlingseingliederung als bewundernswerte gesellschaftliche und sozialpolitische Leistung zum festen

Bestand bundesrepublikanischer Selbsteinschätzung.

Zur Kennzeichnung der Betroffenen wurde und wird noch immer eine sehr uneinheitliche Begrifflichkeit verwendet (Vertriebene, Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Ausgewiesene, Umgesiedelte, Neubürger, Sowjetzonen-/DDR-Flüchtlinge, Zugewanderte etc.). Die jüngere Forschung tendiert dazu, für alle von der Massenzwangswanderung erfaßten Menschen den Begriff „Flüchtlinge“ zu gebrauchen. In der Alltagssprache, in den Quellen und in der Literatur der frühen Nachkriegsjahre stand dieses Wort häufig synonym für die Bezeichnung aller Menschen, die damals ihre Heimat aufgeben mußten. Es empfiehlt sich jedoch, vor allem die rechtliche, die politische und die soziale Dimension der unterschiedlichen Bezeichnungen im Auge zu behalten. So verweisen die von den Betroffenen und ihren Vertretungen einerseits und den Einheimischen, den Behörden oder der Gesetzgebung andererseits gewählte Begrifflichkeit und ihr historischer Wandel auf Prozesse der Identitätsfindung und der Integrationsbemühungen²⁾.

Die Flüchtlinge bildeten keineswegs eine homogene Bevölkerungsgruppe. Zu unterschiedlich waren ihre Sozialisation und ihre Lebensbedingungen in den einzelnen Herkunftsgebieten gewesen, zu unterschiedlich hatten sie Flucht, Vertreibung, Aussiedlung erlebt.

Außerdem lassen sich zeitliche Phasen der Flüchtlingsbewegung voneinander abheben. Bereits Ende 1944 hatte eine umfassende Flucht- und Absetzbewegung vor der heranrückenden Roten Armee eingesetzt; in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und in Polen kam es bereits vor Kriegsende zu den

In den vorliegenden Text sind zu einem größeren Teil Passagen aus folgenden Beiträgen des Verfassers übernommen worden: Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen, in: W. Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt 1985; Die Eingliederung der Flüchtlinge, in: D. Galinski/W. Schmidt (Hrsg.), Jugendliche erforschen die Nachkriegszeit, Hamburg 1984.

¹⁾ P. J. Opitz, Flüchtlingsbewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/83, S. 33—45.

²⁾ F. Engel, Nachweis der Vertriebenen und der aus der DDR zugezogenen Deutschen in der amtlichen Statistik, in: Zeitschrift des Bayer. Statist. Landesamtes, Bd. 112 (1980), S. 25—38; Vertriebene und Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984, S. 9—13.

ersten willkürlichen Vertreibungen. Die offiziellen Aussiedlungsmaßnahmen im Gefolge der Potsdamer Vereinbarungen waren im wesentlichen Ende 1947/Anfang 1948 abgeschlossen. Danach kamen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus den Staaten Ost- und Südosteuropas vor allem noch zuvor zurückgehaltene Arbeitskräfte sowie — bis heute andauernd — die sogenannten Spätaussiedler, deren Zuwanderung zuletzt in den Ost-Verträgen rechtlich fixiert wurde.

Mit der Verfestigung der kommunistischen Herrschaft in der sowjetischen Besatzungszone setzte von dort eine Massenabwanderung ein, die zu Zeiten politischer Hochspannung (1947/48, 1953) Höhepunkte erreichte.

II. Zum Forschungsstand

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik beschäftigten sich zahlreiche — meist von staatlicher Seite in Auftrag gegebene — wissenschaftliche Arbeiten mit den Flüchtlingen. Es standen dabei vor allem sozialrechtliche, soziologische und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund. Das dreibändige Sammelwerk „Die Vertriebenen in Westdeutschland“ aus dem Jahre 1959 markiert einen gewissen Abschluß dieser ersten Phase wissenschaftlicher Erörterung³⁾, die insgesamt sehr stark durch die emotionale Betroffenheit der Bearbeiter und durch die ideologische Auseinandersetzung mit den östlichen Staaten charakterisiert geprägt ist.

In den darauffolgenden Jahren, als sich die Situation der Flüchtlinge weitgehend entspannt hatte, trat auch das forschende Interesse auffallend zurück. Gemessen an der unbestritten immensen Bedeutung der Flüchtlingsintegration für die bundesrepublikanische Gesellschaft haben die Historiker sich dieser Thematik sehr spät zugewandt. Erst seit kurzem werden die Flüchtlingspolitik und die historische Lebenswirklichkeit der Flüchtlingsexistenz schärfer in den Blick genommen. Für die konkreten Vorgänge und für das individuelle Erleben von Flucht und Vertreibung sind die in den fünfziger Jahren

³⁾ Die Vertriebenen in Westdeutschland, 3 Bde., hrsg. von E. Lemberg/F. Edding, Kiel 1959; s. auch die in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik erschienenen „Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem“, hrsg. von Bernhard Pfister, Berlin 1954—1962, ferner die vom Bundesministerium für Vertriebene herausgegebene Bibliographie zum Vertriebenenproblem, Bonn 1959.

Aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. aus der DDR kamen in der Regel jüngere Menschen mit höherer Berufsqualifikation. Sie waren aus politischen Gründen oder zur Sicherung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage über die Grenze nach Westen gegangen. Obwohl die SBZ/DDR-Zuwanderer nicht von Anfang an und nicht in vollem Umfang in den Genuß staatlicher Anerkennung als Flüchtlinge gelangt waren, erleichterte ihre — vor allem im Vergleich zu den Ostflüchtlingsen — wesentlich günstigere Alters- und Berufsstruktur die Aufnahme im Westen. Abrupt unterbunden wurde die Zuwanderung aus der DDR durch den Mauerbau in Berlin und die hermetische Abriegelung der DDR-Grenze seit 1961.

vom Bundesvertriebenenministerium gesammelten Zeugenberichte eine äußerst wertvolle Quelle⁴⁾.

Die historisch-demographische Untersuchung, die S. Bethlehem der „Heimatvertreibung“ gewidmet hat, setzt leider erst nach der in vieler Hinsicht für die Thematik bedeutsamen Phase, die vor der Gründung der Bundesrepublik liegt, ein⁵⁾. Einem gegenwärtig in der Geschichtswissenschaft bevorzugten Trend entsprechend, bewegen sich neuere historische Publikationen und Forschungsprojekte hauptsächlich im Rahmen regionaler und lokaler Untersuchungsfelder. Bayern ist bislang das einzige Bundesland, für das eine umfassende, aus den Quellen erarbeitete Studie für die Zeit von 1945 bis 1950 existiert⁶⁾. Als Fall-

⁴⁾ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 5 Bde., Bonn 1954—1963 (Taschenbuchausgabe München 1984).

⁵⁾ Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung, Stuttgart 1982.

⁶⁾ F. J. Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950, Stuttgart 1982. Für Nordrhein-Westfalen ist gegenwärtig ein Forschungsprojekt an der Universität Düsseldorf in Bearbeitung; s. F. Wiesemann/U. Kleinert, Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der britischen Besatzungszone, in: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945—1949, hrsg. von D. Petzina/W. Euchner, Düsseldorf 1984, S. 297—326. Die Integration in Niedersachsen untersucht eine Forschungsgruppe des Arbeitskreises „Geschichte des Landes Niedersachsen nach 1945“ (Universität Göttingen); s. D. Brosius/A. Hohenstein, Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945—1948, Hildesheim 1985. Zu Schleswig-Holstein s. D. Vorpahl, Die Segeberger Flüchtlingskonferenz 1947, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 107 (1982), S. 291—326.

beispiele unterschiedlicher lokaler Entwicklung liegen Untersuchungen über einzelne Städte vor⁷⁾.

Große Lücken weisen unsere Kenntnisse hinsichtlich der Flüchtlingspolitik der alliierten Regierungen und der Besatzungsadministrations in den einzelnen Zonen auf⁸⁾. Auch die Erforschung von Binnenstrukturen und -prozessen der Integration in beruflichen, konfes-

sionellen, schichtspezifischen, dörflichen oder städtischen Milieus befindet sich noch in den Anfängen⁹⁾. In Ergänzung der — meist aufgrund des Quellenmaterials vorgegebenen — administrativen Perspektive werden, wenn auch sehr zögerlich, individuelle und Gruppenerfahrungen von Flüchtlingen unter Anwendung moderner Methoden der Oral History erhellt¹⁰⁾.

III. Rahmenbedingungen

Bei Kriegsende dürfte ungefähr die Hälfte der Menschen, die sich im deutschen Reichsgebiet befanden, „unterwegs“ gewesen sein. Sie waren auf der Flucht, wollten als Evakuierte wieder nach Hause oder waren auf der Suche nach Angehörigen. Nach der Besetzung ordneten die Alliierten, um ein vollständiges Chaos zu verhindern, ein allgemeines Verbot des Individualverkehrs an.

Die französische Besatzungsmacht riegelte ihre Zone gegen die Aufnahme der organisierten Aussiedlertransporte strikt ab, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß sie an den Potsdamer Entscheidungen nicht beteiligt gewesen sei. Als Lösung des Problems empfahl sie die Massenauswanderung nach Übersee. Frankreich fand sich erst zu einer Kooperation mit den Briten und Amerikanern in der Flüchtlingsfrage bereit, nachdem die Entscheidung zugunsten der Gründung eines deutschen Weststaats gefallen war. Ab 1948 beteiligten sich die Franzosen an einem Bevölkerungsausgleich innerhalb der Westzonen, vor allem im Rahmen der Familienzusammenführung.

Die Einflußnahme der britischen und der amerikanischen Militärregierung ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nur in den Hauptlinien erkennbar. Obwohl die Briten von allen Alliierten schon während des Krieges die intensivsten Vorplanungen für die künftige Besatzungszeit betrieben hatten, lag nach Abschluß der militärischen Besetzung keinerlei Konzept für die Bewältigung der Flüchtlingsströme vor. Ihre ursprüngliche Absicht, die räumlich entwurzelten Menschenmassen umgehend in ihre Herkunftsorte zurückzuschicken, war völlig undurchführbar. So operierte die britische Militärregierung ebenso wie die amerikanische im Grunde mit Ad-hoc-Maßnahmen.

Der Zustrom der Neuankommenden wurde zunächst in die ländlichen Gegenden abgelenkt, wo sie besser als in den zerstörten urbanen Zentren untergebracht und gepflegt werden konnten. In den Westzonen wurden somit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern zu Hauptaufnahmeländern. Die Flüchtlinge wurden hier zunächst provisorisch in Lagern oder lagerähnlichen Quartieren untergebracht — für viele ein Zustand, in dem sie sich bereits während des Krieges befanden und den sie häufig noch für weitere Jahre erdulden mußten. Das Lagerleben war in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine weitverbreitete Daseinsform gewesen, deren sozialpsychologische Auswirkungen, zumindest im Hinblick auf die Flüchtlinge, noch weithin unbekannt sind. In den Lagern hielten sich auch viele Kinder und Jugendliche auf, die

⁷⁾ H. Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1945—1950, Wiesbaden 1980; S. Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck, Lübeck 1982; N. Baha, Wiederaufbau und Integration. Die Stadt Delmenhorst nach 1945, Delmenhorst 1945.

⁸⁾ A. M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977; K.-D. Henke, Der Weg nach Potsdam. Die Alliierten und die Vertreibung, in: W. Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt 1985, S. 49—69; J. Foschepoth, Potsdam und danach. Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: ebd., S. 70—91. Der Verf. des vorliegenden Beitrages arbeitet an einer Studie über die britische Flüchtlingspolitik; s. F. Wiesemann/U. Kleinert (Anm. 5), S. 297—306.

⁹⁾ Z. B. das Forschungsprojekt von M. Roseman (Univ. Birmingham) über Neubergleute im Ruhrgebiet.

¹⁰⁾ In Vorbereitung befinden sich Oral-History-Untersuchungen von U. Lachauer (Mannheim) über die Integration der Flüchtlinge aus dem Memelland und von A. v. Plato (Fernuniv. Hagen) über Flüchtlinge im Ruhrgebiet.

Eltern und Verwandte verloren hatten oder durch die Ereignisse von ihren Familien getrennt worden waren. Ihnen galt die besondere Aufmerksamkeit der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen¹¹⁾.

Neben den großen Auffang- und Durchgangslagern gab es in den Kreisen und Städten weitere Lager und Massenunterkünfte. Nach einem zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen Verwaltungen abgestimmten Schlüssel erfolgte je nach Aufnahmefähigkeit die Verteilung auf die einzelnen Stadt- und Landkreise. Die Einweisung in den endgültigen Bestimmungsort konnte jedoch erst geschehen, wenn die Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes und Wohnungsamtes vorlag. Beschlagnahmungen von privatem Wohnraum für die Flüchtlinge riefen hierbei erste und zum Teil heftige Auseinandersetzungen mit der ortsansässigen Bevölkerung hervor. Auch wenn die Flüchtlinge das Glück hatten, Arbeit und Unterkunft zu bekommen, blieben sie in der Regel weiterhin auf die soziale Versorgung und Betreuung durch die Sozialämter und die Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände angewiesen. Herausgerissen aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen, wurden sie in vielfältiger Weise Objekt behördlicher und verbandlicher Zuwendungen und Bevormundungen.

Von den Einheimischen wurden die Flüchtlinge in erster Linie als unliebsame Konkurrenten im Kampf um Lebenschancen, um die Verteilung des knappen Bestandes an Arbeitsplätzen, Wohnraum und Mitteln des täglichen Bedarfs empfunden. Zur rechtlichen und wirtschaftlichen Schlechterstellung kam die soziale Diskriminierung von seiten der Einheimischen, an der die Behörden, da sie üblicherweise mit Einheimischen besetzt waren, mitunter kräftig mitwirkten. Um der oft feindlich eingestellten Umwelt ein Gegengewicht entgegenzusetzen, verstärkten die Flüchtlinge ihre Bindungen an die Familie, an rekonstruierte „Heimatgemeinden“ und Pfarrgemeinden.

Neben den desintegrativen Faktoren gab es jedoch auch recht wirksame Integrationsmöglichkeiten, wie z. B. Eheschließungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, gesellige Vereine, kirchliche Organisationen, Par-

teien, Schule, Arbeitsplatz. In den großen Städten bestand im allgemeinen ein günstigeres Klima für die Eingliederung als in Dörfern und Kleinstädten mit ihrer fester gefügten sozialen Struktur.

Von Anfang an verfolgten die Alliierten gegenüber den Flüchtlingen eine Politik der nicht nur vorübergehenden Aufnahme, sondern der sofortigen und endgültigen Integration, die von den Deutschen selbst zu leisten sei. Andererseits drohte sich aus dem Flüchtlingselend ein gefährlicher gesellschaftspolitischer Sprengsatz zu entwickeln. Die Alliierten verboten jede separate Organisierung der Flüchtlinge, um revanchistischen (auf Rückeroberung der verlorenen Gebiete ausgerichtete) Tendenzen den Boden zu entziehen.

Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungsmacht lockerten zuerst die Briten, dann die Amerikaner ab 1948 stillschweigend das Koalitionsverbot für Flüchtlinge. Den Briten, die gegenüber der Sowjetunion als erste der Westalliierten einen scharfen Kurs steuerten, kamen die politischen Aktivitäten, namentlich des Hauptausschusses der Ostvertriebenen, nicht ungelegen — bildeten doch die Forderungen nach Rückgewinnung der Ostgebiete im Zeichen des Kalten Krieges ein Element der permanenten Verunsicherung des Ostens. Dieser ideologische Aspekt in der Auseinandersetzung zwischen den Großmächten änderte freilich nichts an dem Grundsatz von Amerikanern und Briten, den Prozeß der De-facto-Integration der Flüchtlinge voranzutreiben.

Die Flüchtlinge wurden auf die politische Mitwirkung in den bestehenden Parteien verwiesen, die sich ihnen in sehr unterschiedlicher Weise — meist im Vorfeld von Wahlen — öffneten. Politische Radikalisierungerscheinungen bei den Flüchtlingen waren nur temporär oder regional eingegrenzt. Ansonsten hatten für wenige Jahre an den Brennpunkten der Flüchtlingskonzentration Flüchtlingsparteien, die nach Gründung der Bundesrepublik zugelassen waren (z. B. der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten/BHE), oder auch Parteien mit ausgeprägter Anti-Flüchtlingstendenz (wie z. B. die Niedersächsische Landespartei oder die Bayernpartei) größeren Zulauf gefunden. Im übrigen stand politisches Engagement in jenen Jahren weit zurück hinter den Anstrengungen jedes einzelnen, zunächst die elementaren Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

¹¹⁾ H. Rudolf, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945—1972*, Bd. 1, Göttingen 1984.

IV. Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen

Von der Fähigkeit der Wirtschaft, die Flüchtlinge als Arbeitskräfte zu absorbieren, gingen sicherlich die stärksten Integrationsimpulse aus. Diese wurden zuerst in Nordrhein-Westfalen wirksam, denn hier bestanden dafür wesentlich günstigere Voraussetzungen als in den übrigen Flüchtlingsaufnahmeländern. Im folgenden soll auf die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen näher eingegangen werden, da diesem Land bei der Lösung des Flüchtlingsproblems in Westdeutschland geradezu eine Motorfunktion zufiel.

Bei Kriegsende wiesen die Wohnungen und Produktionsstätten in den industriellen Zentren an Rhein und Ruhr einen höheren Zerstörungsgrad auf, als dies in anderen Regionen der Fall war. Die Städte waren weitgehend entvölkert. Soweit die Bevölkerung nicht unmittelbar für die Kriegsproduktion und für die Versorgung benötigt wurde, war sie bereits ab 1942 in weniger bombengefährdete Gegenden evakuiert worden. Angesichts der Zerstörungen war aber nach Kriegsende an eine rasche Rückkehr der Evakuierten an ihre ursprünglichen Wohnorte nicht zu denken. Die britische Militärregierung erklärte im August 1945 die meisten Stadt- und Landkreise in den Provinzen Nordrhein und Westfalen zu „restricted areas“. Damit waren die linksrheinischen Gebiete, die rheinischen Städte und das Ruhrgebiet für die Zu- und Rückwanderung gesperrt, und der Flüchtlingszustrom konzentrierte sich auf die Randgebiete, vornehmlich auf Ost-Westfalen.

Für die deutschen Behörden waren die Flüchtlinge zunächst ausschließlich Objekt sozialfürsorgerischer Betreuung. Ein Zwang zu weiterreichender Planung ergab sich dann nach Bekanntwerden des Umsiedlungsbeschlusses des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945. Nun zeichnete sich der Umfang der künftigen Umsiedlung aus dem Osten deutlicher ab. Die britische Zone sollte eineinhalb Millionen Deutsche aus den polnisch besetzten Gebieten aufnehmen. Mit dem Unternehmen „Schwalbe“ gelangten auf diese Weise bis November 1946 rund 700 000 Ausgewiesene nach Nordrhein-Westfalen.

Die Briten legten die Flüchtlingsverwaltung vollständig in die Hände der Deutschen, sie selbst wollten lediglich kontrollierend beob-

achten¹²⁾. Im Rahmen der Militärregierung ressortierten die fürsorgerischen Aspekte der Flüchtlingsangelegenheiten bei der Public Health Branch. Den Transport und die Durchgangslager überwachte die Prisoners of War and Displaced Persons Division. Auf britischer Seite wuchs die Manpower Division bei der Behandlung des Flüchtlingsproblems in eine Schlüsselposition hinein, denn sie legte im Zusammenwirken mit den deutschen Behörden die jeweils gültige Verteilung der Neuankömmlinge auf die einzelnen Kreise fest; sie reorganisierte und steuerte gleichzeitig auch den Arbeitsmarkt.

Zum Teil wurden die Flüchtlinge aus Nahrungsmittelimporten ernährt, die wiederum von Großbritannien auf dem Weltmarkt in Dollar gekauft werden mußten. Dies stellte neben den laufenden Besatzungskosten eine erhebliche Belastung für die britischen Finanzen dar. Um hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen, waren die Briten auf Entnahmen aus der Kohle- und Stahlproduktion ihrer Zone angewiesen. Deshalb räumten sie der Wiederkurbelung des rheinisch-westfälischen Industriepotentials höchste Priorität im Rahmen ihrer Deutschland- und Besatzungspolitik ein. Hierfür notwendige Arbeitskräfte wurden zunächst in Kriegsgefangenen- und Flüchtlingslagern rekrutiert. Im Sommer 1945 arbeitete die Militärregierung einen Plan zur weiteren Evakuierung von rund 80 000 nicht unmittelbar für die Produktion benötigten Menschen aus dem inneren Ruhrgebiet nach Ost-Westfalen aus. In die dadurch freiwerdenden Wohnungen sollten zunächst Bergleute, die sich in Schleswig-Holstein in Lagern befanden, mit ihren Familien einziehen. Ihr Abtransport, der Arbeitseinsatz und die gesamte Versorgung wurden von der North German Coal Control in Essen organisiert. In der Folgezeit wurden von den Besatzungsbehörden in Zusammenarbeit mit den deutschen Verwaltungen und den Bergbauunternehmen zahlreiche „Ruhr Miners Programms“ zur Anwerbung von Bergleuten oder zur Umschulung als „Neubergleute“ durchgeführt.

Die ersten „Schwalbe“-Transporte trafen bereits im November 1945 ein. Sie kamen geschlossen in den Durchgangslagern an und

¹²⁾ F. Wiesemann/U. Kleinert (Anm.-5), S. 297 bis 306.

wurden nach wenigen Tagen Aufenthalt von dort unter dem Gesichtspunkt der errechneten Unterbringungskapazitäten in die Aufnahmekreise weitergeleitet. Eine Verteilung nach beruflicher Qualifikation war zum damaligen Zeitpunkt kaum möglich. Von den Polen wurden viele arbeitsfähige deutsche Männer zunächst noch von den Transporten ausgenommen, da sie dort für den wirtschaftlichen Wiederaufbau dringend gebraucht wurden. Außerdem war diese Personengruppe ohnehin zum größten Teil entweder zur Wehrmacht eingezogen oder von den deutschen Behörden beim Zurückweichen der Front frühzeitig evakuiert worden. So ist es zu erklären, daß der Anteil der Arbeitsunfähigen bei den „Schwalbe“-Transporten sehr hoch lag, wodurch die soziale Belastung in den Flüchtlingsaufnahmegebieten noch zusätzlich anstieg. Im Juli 1946, als die Zahl der „Schwalbe“-Aussiedler in der britischen Zone bereits die Zahl von einer Million überschritten hatte, sah der britische Deutschlandminister Hynd einzig in der Wiederbelebung der Industrie in großem Maßstab und in verbesserter Nahrungsmittelversorgung Lösungsmöglichkeiten des Flüchtlingsproblems¹³⁾.

Da den Flüchtlingen jede politische Organisation verboten worden war, gründeten sie zunächst Selbsthilfevereinigungen auf lokaler Ebene. Aber auch diese wurden von der Militärregierung und von den deutschen Behörden größtenteils verboten, teils wurden sie einfach ignoriert, d. h., sie erhielten von dort keine Förderung. Ab 1947 wurden zahlreiche überörtliche Interessengemeinschaften aktiv. Soweit sie berufsständisch orientiert waren, tolerierten und kontrollierten die Briten ihre Tätigkeit.

Mißtrauisch von der Militärregierung wie von den deutschen Behörden und den Parteien beobachtet, entfaltete der aus Schlesien stammende Geistliche Rat Georg Goebel im ostwestfälisch-lippischen Raum — einer Region mit hoher Flüchtlingsdichte — eine äußerst rege Verbandstätigkeit. Unter seiner Führung konstituierte sich im Juni 1947 in Münster ein „Hauptausschuß der Ostvertriebenen“, in dem sich 24 berufsständische, landsmannschaftliche und soziale Vereinigungen zusammenfanden. Der Hauptausschuß erhob den Anspruch, Vorläufer eines Repräsentativor-

gans der Ostvertriebenen zu sein. Goebel versuchte, über von ihm gesteuerte Orts- und Kreisverbände dem Hauptausschuß den Charakter einer populistischen Bewegung — fernab von innerverbandlicher Demokratie — zu verleihen.

Als in der amerikanischen und britischen Zone das „Koalitionsverbot“ trotz heftiger Proteste aus Polen und der Tschechoslowakei nicht mehr streng gehandhabt wurde, gründete Goebel zusammen mit dem ehemaligen Oberpräsidenten von Oberschlesien und späteren Bundesvertriebenenminister, Hans Lukaschek, einen „Gesamtverband der Ostvertriebenen“, für den Lukaschek im Januar 1949 die Genehmigung der Briten auf Zonenebene erhalten hatte. Immer bestrebt, den politischen Einfluß von Vertriebenenverbänden möglichst gering zu halten, brachte das nordrhein-westfälische Sozialministerium den von ihm abhängigen Landesflüchtlingsbeirat dazu, die Initiative zur Gründung des „Landesverbands der Ostvertriebenen“ (später „Landesverband vertriebener Deutscher“) zu übernehmen und dort wichtige Positionen zu besetzen. Damit war Goebels politischen Ambitionen im Landesverband weitgehend der Boden entzogen. Seine Nachfolge als Vorsitzender des Landesverbands trat 1950 der Steuerjurist und Fachmann für Lastenausgleichsfragen, Bernhard Geisler, an. Unter Geislers Führung steuerte der Landesverband einen deutlich gemäßigten Kurs. Bis 1951 konnte der Landesverband rund 21 Prozent der Ostvertriebenen als Mitglieder gewinnen. Das bedeutet, umgerechnet auf Familienmitglieder, daß er die Interessen von mehr als der Hälfte der Ostvertriebenen im Lande vertrat. Zehn Jahre später hatte sich der Mitgliederbestand jedoch halbiert — wohl ein Indiz dafür, welche tiefgreifende Wirkungen von der Lastenausgleichsregelung auf die Verbandsarbeit und auch auf die Integrationswilligkeit der Betroffenen ausgegangen waren¹⁴⁾. Die Stimmenanteile des BHE lagen bei Wahlen in Nordrhein-Westfalen stets weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Zum Teil schon seit 1945 existierten in der britischen Zone von der Militärregierung angeordnete Flüchtlingsausschüsse. In Nordrhein-Westfalen wurden diese mehr oder weniger zufällig zusammengesetzten Gremien im Jahr 1947 nach einem einheitlichen Ver-

¹³⁾ Memorandum „The Problems of the German Refugee Populations in the British Zone“, 26. 7. 1946, Public Record Office/London (PRO) FO 371/55617/C9507.

¹⁴⁾ J.-D. Steinert, Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945—1954, Phil. Diss., Düsseldorf 1985.

fahren gewählt und in Beiräte umbenannt. Als Kontrollorgane der Flüchtlingsämter auf den Ebenen der Regierungsbezirke, der Kreise, Städte und Gemeinden bestanden ein Landtagsflüchtlingsausschuß sowie Kontrollausschüsse bei den Kreistagen und Städten. Ferner erhielten berufsständische Vertretungen einen halboffiziellen Status. Die bedeutendsten waren der Verband der Heimatvertriebenen Wirtschaft, in dem sich selbständige Unternehmer zusammenschlossen, und der Verband der Ostvertriebenen Landwirte. Durch die vielfältige Einbindung von Flüchtlingsvertretern in die Tätigkeit der Verwaltungen sollte, dies war die Absicht von staatlicher Seite, ein Interessenausgleich unter staatlicher bzw. kommunaler Kontrolle herbeigeführt werden. Separatorganisationen mit politischem Anspruch mußten aus dieser Sicht als Störfaktor empfunden werden. Das Sozialministerium stützte sich auf die Beiräte bei den verschiedenen Verwaltungsebenen und stärkte ihre Position gegenüber den Verbänden. Dies konnte um so leichter geschehen, als die Rivalität zwischen dem Landesverband der Ostvertriebenen und den Landsmannschaften die Durchsetzungsfähigkeit von Flüchtlingsinteressen in diesen Organisationen in vielen Bereichen blockierte.

In Nordrhein-Westfalen wurde kein eigenes Ministerium, Staatssekretariat oder Staatskommissariat, keine staatliche Sonderbehörde für Flüchtlingsfragen, wie sie in anderen Ländern bestanden, errichtet. Es gab lediglich ein Landesflüchtlingsamt im Sozialministerium unter Leitung eines Ministerialrats und entsprechende Referate im Arbeits- und Wiederaufbauministerium.

Die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein wirkten aufgrund ihrer geographischen Lage gegenüber Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Flüchtlingsbewegung als eine Art Auffangbecken und Pufferzone. Dort wurden die ersten Sammellager errichtet. In den Länderverhandlungen um eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlingsströme kehrte Nordrhein-Westfalen immer wieder und letztlich mit Erfolg den Vorrang des Aufbaus seiner Industrie als Herzstück der deutschen Wirtschaft hervor. Auch Bayern, das auf eine rasche Rückführung der Evakuierten drängte, mußte sich diesem Argument beugen.

Während Nordrhein-Westfalen permanent seine ihm auferlegten Aufnahmequoten nicht erfüllte und sich — auch gegenüber der Militärregierung — auf die Taktik des Hinhaltens

verlegte, verhandelten gleichzeitig Beamte des Sozialministeriums in den anderen Ländern, vornehmlich in Schleswig-Holstein, über die sofortige und unbürokratische Übernahme von Spezialarbeitskräften — nach der Devise, zunächst die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen und dann erst das „Sozialgepäck“ nachzuholen.

Im eigenen Interesse unterstützte die britische Militärregierung die fast ausschließlich am Arbeitsmarkt und am Wiederaufbau orientierte Flüchtlingspolitik Nordrhein-Westfalens. Die Zustimmung fand allerdings ihre Grenze in der sozialen Verantwortung der Briten für die gesamte Zone. Die katastrophalen Zustände in den Gegenden mit hoher Flüchtlingskonzentration gefährdeten die öffentliche Sicherheit, es drohte der Ausbruch von Seuchen. Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz vom November 1947, wo Großbritannien und die USA die Weichen der Deutschlandpolitik in Richtung auf die Gründung eines Weststaates stellten, rechnete die britische Militärregierung mit einem Massenexodus aus der sowjetisch besetzten Zone. Um einem dann drohenden Zusammenbruch der deutschen Flüchtlingsverwaltung vorzubeugen, entwickelte die Militärregierung zur Entlastung der Notstandsgebiete einen Plan („Operation Caravan“) zur Umverteilung der Flüchtlinge in der britischen Zone und sogar zur direkten Übernahme der Flüchtlingsverwaltung durch die Briten, falls dies notwendig werden sollte. Vor den Deutschen wurde diese ultima ratio der britischen Überlegungen zunächst streng geheim gehalten, denn nur allzu gerne, so argwöhnten die Offiziere der Manpower Division, hätten sich die deutschen Behörden der Verantwortung für die Bewältigung des Flüchtlingselends entledigt. „Operation Caravan“ sah unter anderem die Unterbringung von 137 000 Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein in Nordrhein-Westfalen vor. Außerdem sollten hierher sämtliche aus der sowjetisch besetzten Zone kommenden Personen direkt weitergeleitet werden, die die Grenze in Schleswig-Holstein überschritten hatten.

Zusätzlich zu diesen Verpflichtungen sah sich Nordrhein-Westfalen einem ständig wachsenden Zustrom „illegaler“ Zuwanderer ausgesetzt, die hauptsächlich aus der sowjetischen Besatzungszone ins Land kamen. Ihr Zuzug war für die Behörden äußerst schwer zu kontrollieren, außerdem stellte er jede konkrete Planung in Frage. Teils suchten diese Menschen auf eigene Faust — meist in den größte-

ren Städten — Unterkunft und Verpflegung, teils meldeten sie sich in den bereits überfüllten Lagern.

Diese „illegalen“ Zuwanderer wurden vom nordrhein-westfälischen Sozialministerium in zwei Kategorien eingeteilt: in jene, die aufgrund körperlicher Eignung, beruflicher Qualifikation und Arbeitswilligkeit umgehend in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden konnten. An diesem Personenkreis zeigte das Land stärkstes Interesse, denn der Bedarf an Arbeitskräften war „riesengroß“¹⁵⁾. Ihm stand die „asoziale Einwanderung“ gegenüber. In diese Kategorie fiel gemäß der Definition des Sozialministeriums (neben Körperbehinderten, Kriegsbeschädigten und Kranken) vor allem die große Gruppe der „angeblichen“ Flüchtlinge, „die an sich schon mit unreellen Absichten hierherkommen. Den ersten Eindruck, den man von ihnen hat, wenn man sie herumstehen sieht in den Lagern, ist der, daß es sich um den Typ jener Schwarzhändler handelt, die man in den Großstädten findet ... Wir müssen nach Möglichkeit versuchen, diese Leute in Lagern zusammenzufassen. Es muß allerdings noch erreicht werden, ... daß diese Lager mit Polizeibefugnissen ausgestattet (werden) bzw. sich unter Aufsicht der Polizei befinden, damit das unerlaubte Entfernen, wie es in unseren bisherigen Lagern ständig der Fall ist, unterbunden wird ... Ein großer Teil dieser jungen Leute im Alter von 18 bis 28 Jahren ist zweifellos durch die Anwendung geeigneter Erziehungsmittel und durch die Vermittlung einer angemessenen Arbeit wieder zu erziehen und wieder zu ordentlichen Menschen zu machen“.

Unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung unerwünschter, d. h. im Arbeitseinsatz nicht „verwertbarer“ Zuwanderung gab der zuständige Referent des Sozialministeriums im Flüchtlingsausschuß des Landtags folgende Empfehlung: „Solange die britische Zone nicht wirksamer von der Ostzone abgeriegelt ist als zur Zeit, besteht die Möglichkeit, die Grenze hin und her zu überschreiten. Es müßte ein verstärkter Einsatz von Polizei und wahrscheinlich auch eine Absperrung von unübersichtlichen Strecken erfolgen, damit wir einen kontrollierten Übergang an der russischen Zonengrenze bekommen. Das ist an und für sich aus anderen Gründen bedauerlich. Wir wollen alles tun, um diese unselige

¹⁵⁾ Im folgenden nach dem Protokoll der 1. Sitzung des Landtagsflüchtlingsausschusses vom 16. 7. 1947, Landtagsarchiv, Düsseldorf.

Zonenaufteilung zu beenden, aber solange wir aus der russischen Zone einseitig derartige asoziale Elemente herüberbekommen, ist es eine Frage der Selbsthilfe, wie wir uns von diesen Elementen freimachen.“

Sicher überspitzt, aber im Kern doch zutreffend, charakterisierte ein Besatzungsoffizier der Manpower Division die Landesflüchtlingspolitik mit der Bemerkung, das Land habe im Grunde nur ein Interesse an Bergleuten, Stahlarbeitern und Polizisten¹⁶⁾. Den Vorschlag einer strikten Abriegelung der Zonengrenze verwarf die Militärregierung erst nach längerer Diskussion, nachdem klar geworden war, daß London — nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung in England — an der bisherigen Politik des „open door“ festhalten wollte, im Gegensatz zu den Amerikanern, die tatsächlich im Jahr 1947 die Grenze vorübergehend schlossen.

An der massenweisen „illegalen“ Zuwanderung drohte das nordrhein-westfälische Konzept einer in den wirtschaftlichen Wiederaufbau integrierten Flüchtlingspolitik zu scheitern. Überdies wurde hierbei die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Landesregierung deutlich. Die Minister für Arbeit und Wiederaufbau gehörten der KPD an, Sozialminister Amelunxen war Mitglied der Zentrumspartei. Eine Kooperation zwischen den Ministerien fand kaum statt. Der SPD angehörende Regierungspräsidenten weigerten sich, Anordnungen der von Karl Arnold (CDU) geführten Landesregierung durchzuführen. Auch CDU-Politiker scheuten sich, insbesondere vor Wahlen, im Lande unpopuläre Maßnahmen zur Linderung der Flüchtlingsnot gegenüber den Einheimischen durchzusetzen.

Die von Kommunal- und Kreisbehörden bis hinauf zur Ebene der Regierungspolitik häufig praktizierte Verweigerung oder gar Obstruktion veranlaßte die Militärregierung, ihre Kontrollfunktion stärker als bisher wahrzunehmen. Im Sommer 1948 drohte der Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident Arnold mit Amtsenthebung wegen Mangels an Autorität. Unter Aufsicht des leitenden Offiziers der Manpower Division wurde die Flüchtlingspolitik der drei zuständigen Fachministerien koordiniert¹⁷⁾, und die Militärbehörden in den Kreisen wurden öfter als bisher bei der Lösung der Probleme vor Ort eingeschaltet.

¹⁶⁾ Vorlage vom 27. 9. 1948, PRO FO 1013/774.

¹⁷⁾ Protokollé 1948/49, PRO FO 1013/1709 und 1711.

Nach der Währungsreform mußten die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt größere Rückschläge hinnehmen, weil nunmehr häufig ein Austausch von Arbeitsplätzen zugunsten der zurückkehrenden Einheimischen (Evakuierte und Kriegsgefangene) stattfand und weil zahlreiche Schein-Arbeitsverhältnisse gelöst wurden. Als Ersatz für fehlende einheimische Arbeitnehmer waren die Flüchtlinge aber zur Wiederaufnahme und zum Ausbau der Friedensproduktion unentbehrlich geworden.

Staatliche Umsiedlung, Wohnungsbauförderung und Arbeitskräfte lenkung waren nach der Währungsreform trotz des Postulats der Marktwirtschaft planerische Elemente der Landespolitik zur Eingliederung der Flüchtlinge¹⁸⁾. Der Militärgouverneur für Nordrhein-Westfalen bekräftigte im Sommer 1949 die Integrationsstrategie der Regierung Arnold, als er nach Berlin schrieb: „Ich glaube, es wäre möglich, die Landesregierung dazu zu überreden, große und weitreichende Pläne zur Aufnahme von Flüchtlingen als Arbeitskräfte anzunehmen, unter der Voraussetzung, daß sie die Möglichkeit erhält, die Flüchtlingsbewegung mit der Beschäftigungslage zu

verbinden. Wenn dieser Prozeß verstärkt und weiter entwickelt wird, dann könnte dies, meiner Ansicht nach, wahrscheinlich *die* Lösung des Flüchtlingsproblems in Deutschland sein.“¹⁹⁾

Kurz vor Abschluß des Besatzungsstatuts legte der Militärgouverneur für die britische Zone in einem längeren, für das Foreign Office in London bestimmten Memorandum grundsätzliche Gedanken zum Flüchtlingsproblem vor. Er ging davon aus, daß dieses Problem in den nächsten zwanzig Jahren noch die britische Politik beschäftigen würde. In seinen Augen konnte nur ein politisch und wirtschaftlich stabiles Westdeutschland, das dafür Lösungen gefunden hatte, die ihm zuge dachte zentrale Rolle beim Wiederaufbau Westeuropas und bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus spielen²⁰⁾.

Trotz zu Anfang erheblicher sozialer Belastungen stellten die Flüchtlinge für die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen ein außerordentlich positives Entwicklungsmoment dar. Zugleich entfaltete der Arbeitsplatz seine Kraft als wirkungsmächtigste Integrations-„Agentur“.

V. Ergebnisse und Wirkungen

Mit Gründung der Bundesrepublik schieden die Besatzungsmächte aus der Verantwortung für die Flüchtlinge aus. Die wesentlichen Kompetenzen in der Flüchtlingsgesetzgebung gingen nun von den Ländern auf den Bund über, dessen intensive sozialpolitische Ausrichtung, insbesondere in den fünfziger Jahren, zur Entschärfung des gesellschaftspolitischen Konfliktpotentials und zur Förderung des Integrationsprozesses beitrug. Der „Lastenausgleich“ führte weder zu einer Änderung der Sozialstruktur, noch tangierte er grundsätzlich die bestehenden Vermögensverhältnisse; dennoch erleichterte er nicht unbeträchtlich die individuelle Eingliederung.

Sobald der wirtschaftliche Wiederaufbau in Gang gekommen war, löste er wiederum verstärkende Integrationsimpulse aus. Allerdings geschah dies auf seiten der Flüchtlinge unter großen sozialen Opfern. Die Integration vollzog sich bis in die sechziger Jahre hinein

offenbar als ein „Unterschichtungsprozeß“, wie er kennzeichnend auch für herkömmliche Massenmigrationsphänomene ist: Der Einstieg ins Erwerbsleben erfolgte für die Flüchtlinge — und hier vor allem für die älteren Jahrgänge, für die ehemals Selbständigen in Handel und Gewerbe und in der Landwirtschaft — mit gegenüber den Einheimischen zunächst deutlich verminderten Erwerbschancen²¹⁾.

Neben den Antriebskräften des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie den staatlichen und kommunalen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen hat die Eigeninitiative (u. a. Gründung von Selbsthilfeorganisationen, Flüchtlingsansiedlungen und -betrieben) die Eingliederung beträchtlich erleichtert.

¹⁹⁾ 8. 6. 1949, PRO FO 1013/368 (engl. Text).

²⁰⁾ Memorandum „The Refugees and the Demographic Problem presented by Western Germany“, 26. 2. 1949, PRO FO 1013/368.

²¹⁾ P. Lüttinger, Die Entwicklung der Erwerbschancen von Vertriebenen und Flüchtlingen 1939—1971, Soz.wiss. Dipl.Arbeit, Univ. Mannheim 1984.

¹⁸⁾ F. Wiesemann/U. Kleinert (Anm. 5), S. 306 ff.

Der konkrete Vorgang der Eingliederung deckt eine breite Skala von Verhaltensweisen und Einstellungen der Flüchtlinge wie der Einheimischen ab. Die wechselseitigen Prozesse des Zusammentreffens verschiedener Bevölkerungsgruppen konnten graduell abgestufte Ergebnisse hervorbringen: vom völligen Aufgehen und Verschmelzen der Flüchtlinge in der umgebenden Gesellschaft bis hin zur zeitweiligen oder vereinzelt sogar andauernden sozialen Ausgrenzung. In der Regel formten die Flüchtlinge die Gesellschaft, die sie vorfanden, ebenso um, wie diese von ihr geprägt wurde.

In den Ergebnissen der neueren historischen Forschung wird diese Doppelfunktion der Flüchtlingseingliederung für die Entwicklung der deutschen Nachkriegsgesellschaft hervorgehoben. Einerseits verstärkten die Flüchtlinge aufgrund ihrer Orientierung an traditionellen Werten und Verhaltensmustern (Versuch der Rekonstruktion des Status quo ante) das restaurative Element. Die Negativerfahrungen von Flucht, Vertreibung, Aussiedlung, Abwanderung formten tiefgreifend ihre eigene Einstellung gegenüber kommunistischen Herrschaftspraktiken und sozialistischen Gesellschaftsentwürfen ebenso wie

auch die des Großteils der übrigen Bevölkerung. Auf der anderen Seite war das Verhalten der Flüchtlinge stärker als das der Einheimischen durch eine außerordentlich hohe berufliche und räumliche Mobilität bestimmt, durch Wettbewerbsdenken, große Leistungs- und Anpassungsbereitschaft.

Im Zusammentreffen der Flüchtlinge und anderer, ebenfalls neu hinzukommender Bevölkerungsgruppen mit den Einheimischen wurden nicht zuletzt überkommene konfessionelle Milieus und Siedlungsstrukturen aufgelockert. In geradezu idealtypischer Weise scheint sich in dem gelungenen Prozeß der Flüchtlingsintegration eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung widerzuspiegeln, die als „Modernisierungsschub unter konservativen Vorzeichen“²²⁾ charakterisiert worden ist. Insgesamt läßt sich feststellen, daß es weniger eine Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Bundesrepublik gegeben hat, sondern daß eher umgekehrt die Bundesrepublik im Grunde selber erst das Ergebnis dieses erfolgreichen Integrationsprozesses ist.

²²⁾ P. Waldmann, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik, hrsg. von J. Becker u. a., München 1979, S. 188.

Hans Raupach: Der Zusammenbruch des deutschen Ostens

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/85, S. 3—14

Die Größe und Bedeutung der deutschen Einbußen an Land und Volk in Mittel-Osteuropa nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches sind vom Geschichtsverständnis kaum zu erfassen. Eine nur zeitgeschichtliche Betrachtung vermag die ganze geschichtliche Dimension des Geschehenen nicht zu begreifen, denn diese reicht in die Antriebskräfte und Ergebnisse der deutschen Ostbewegung seit dem Mittelalter zurück, die neuen Volksböden, neue Stämme und eine veränderte Kulturlandschaft jenseits der Sudeten und Karpaten geschaffen hat.

Der soziale und nationalbewußte Aufstieg der zehn benachbarten kleineren Völker im 19. Jahrhundert, die damit einhergehende Schmälerung der deutschen Position, mehr noch aber die schon lange währende, nach den Grenzziehungen von 1919/20 und in der Weltwirtschaftskrise verschärfte Notlage der deutschen Ostprovinzen bedrohten die Existenzfähigkeit des Reiches und/oder einzelner deutscher Volksgruppen. Der in den nationalen Gegensätzen der Habsburger Monarchie aufgewachsene Hitler bündelte in seiner Parteiideologie die Wahnidee neuen Lebensraumes im Osten, die Zerstörung der deutsch-jüdischen Symbiose sowie die Unterdrückung slawischer Völker und führte im Rußlandfeldzug das Reich in die kriegsentscheidende Niederlage.

Die nachdrängende Sowjetmacht unterstützte die Vertreibung der Deutschen und errichtete in Ost-Mitteleuropa die seit der Zeit des Panslavismus erstrebte russische Hegemonie. Die Welt hat sich mit diesen Tatsachen abgefunden. Das Selbstverständnis der Deutschen steht davor, mit ihnen ins Reine zu kommen.

Josef Henke: Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und Südosten 1944—1947

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/85, S. 15—34

Auch vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Darstellung von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat keineswegs nur eine historisch-wissenschaftliche Aufgabe, sondern auch mit politischen und moralischen Kategorien zu behandeln. Daran ändert auch die besondere historische Quellenbasis nichts, die im wesentlichen aus umfangreichen Sammlungen von Erlebnisberichten und anderen Aufzeichnungen der Betroffenen besteht. Die Verpflichtung zur objektiven Darstellung von Flucht und Vertreibung kann keinesfalls mit apologetischen Tendenzen hinsichtlich der NS-Verbrechen in Zusammenhang gebracht werden. Auschwitz und Nemmersdorf haben dieselbe historische Wurzel.

Die Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 bestätigte und ermöglichte die in früheren Kriegskonferenzen als Randproblem im Zusammenhang mit der politischen Nachkriegsordnung bereits im Grundsatz beschlossene Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat und mißbrauchte zudem den Tatbestand der Flucht von Millionen als pseudomoralische Rechtfertigung für den „Bevölkerungstransfer“.

Die Ereignisse im östlichen Teil Ostpreußens im Herbst 1944 machten erstmalig jenen grausigen Charakter des Flucht- und Vertreibungsgeschehens bekannt, der die Gesamtheit von Tausenden von Erlebnisberichten und Zeugenaussagen in erschreckender Übereinstimmung prägte. Sie wiederholten sich nach der sowjetischen Großoffensive vom Januar 1945 in vielfältiger Weise. Die Not der Flüchtlinge, die Mißhandlungen der auf dem Treck überrollten oder der in der Heimat Verbliebenen, die leidvollen Schicksale der schließlich endgültig aus ihrer Heimat im Osten und Südosten Vertriebenen — sie stellen bitteres Unrecht dar und führten zum Abbruch jahrhundertalter politischer und kultureller Traditionen. Im Zusammenhang mit den vorausgegangenen Verbrechen des NS-Regimes ist dieser Vorgang als eine ständige historische wie moralische Mahnung zu begreifen, um eine Zukunft ohne Terror, Verbrechen und gewaltsame Vertreibung zu sichern.

Falk Wiesemann: Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/85, S. 35—44

Die Würdigung der Flüchtlingsintegration als eine bewundernswerte gesellschaftliche und sozialpolitische Leistung gehört heute zum festen Bestand bundesrepublikanischer Selbsteinschätzung. Die gelungene Bewältigung des Flüchtlingsproblems hat jedoch gemeinhin die Tatsache verdeckt, daß die Neuankommenden für ihre Einfügung in die neue Gesellschaft große soziale Opfer erbrachten. Erst seit einigen Jahren widmet sich die historische Forschung intensiver den konkreten Vorgängen von Flucht, Vertreibung und Integration.

Vom Anfang bis zum Ende der Besatzungszeit verfolgten die Alliierten gegenüber den Flüchtlingen und den Flüchtlingsverwaltungen eine Politik der nicht nur vorübergehenden Aufnahme, sondern der sofortigen und endgültigen Integration, die zu leisten Aufgabe der Deutschen selbst sei. Angesichts des Fehlens einer deutschen Zentralgewalt waren die Besatzungsregierungen darauf bedacht, daß die Flüchtlinge nicht im Widerstreit regionaler Egoismen allein gelassen wurden.

Zunächst vermehrten die Flüchtlinge die allgemeine soziale Not, vor allem in den Hauptaufnahmeländern (Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen), sie waren in vielfältiger Weise Objekte behördlicher und sozialfürsorgerischer Zuwendungen und Bevormundungen. Doch sehr rasch bildeten sie ein unentbehrliches Arbeitskräftereservoir. Von der erfolgreichen Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß gingen die stärksten Integrationsimpulse aus.

Anhand der Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen werden in dem Beitrag Hemmnisse und Antriebskräfte der Integration in den Jahren vor der Gründung der Bundesrepublik skizziert.